

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Achillesferse

Achilles war – der griechischen Mythologie zufolge – ein Urenkel des Zeus. Die Meerjungfrau Thetis machte ihn durch ein Bad im Wasser des Styx am ganzen Körper unverwundbar – mit Ausnahme der Ferse, an der sie ihn beim Eintauchen festhielt. Im Trojanischen Krieg wurde er dort tödlich getroffen. Heute spricht man – im übertragenen Sinne – von der Achillesferse, wenn man den besonderen Schwachpunkt einer Sache oder eines Menschen meint.

Beziehen wir das der Antike entlehene Bild auf die Gegenwart des scheinbar kraftstrotzend daherkommenden Imperialismus, der durch zur Schau gestellte Stärke von seinem unabwendbar nahenden Ende abzulenken sucht. Er tritt mit dem Anspruch ewigen Bestehens auf. Seine Ideologie spiegelt vor, das längst im Innersten verrottete System habe sich für alle Zeiten eingerichtet.

Nicht wenige gehen davon aus, daß der „Ethyl-Kapitalismus“ durch eine Lawine schon bald heraufziehender Hungerrevolten auf das heftigste attackiert werden dürfte. Mais, Sojabohnen, Zuckerrohr und andere Kulturen baut man unterdessen anstelle von Reis, Weizen und Roggen auf riesigen Flächen an, um eine schnelle und profitable Ablösung des knapper werdenden Erdöls durch „grünes Benzin“ herbeizuführen. In gigantischem Ausmaß vollzieht sich jetzt das, was einst in Nordamerika seinen Anfang nahm, als Millionen verhungerten, während man Lokomotiven mit Weizen befeuerte und Milch in den Rinnstein goß. Vor Gier blinde Kapitalisten verschärfen den Hunger in der Welt, ohne zu begreifen, daß sie damit an jenem Ast sägen, auf welchem sie selbst sitzen möchten. Sind die bewußt vorangetriebene Lebensmittelverknappung und die damit verbundene Preistreiberei vielleicht die Achillesferse?

Doch der Ausbeuterklasse droht noch eine andere Gefahr: das Leid mit der westlichen „Leitwährung“ und der dadurch ausgelöste Zusammenbruch des kapitalistischen Weltfinanzsystems.

Als ich in den 60er Jahren in der Nordamerika-Abteilung des DDR-Außenministeriums u. a. mit der Beobachtung von Wirtschaftsentwicklungen im imperialistischen Hauptland befaßt war, sah sich die zwar private, aber als Staatsbank fungierende Federal Reserve der USA noch dazu gezwungen, den Partnerbanken der Unterzeichnerländer des westlichen Bretton-Woods-Abkommens für jeweils 35 Dollar eine Unze Feingold auszuhändigen. Diese Golddeckung ist längst aufgehoben, der Weltmarktpreis für die gleiche Quantität des Edelmetalls beträgt jetzt 1070 Dollar. Zugleich müssen die Amerikaner für einen Euro rund 1,60 Dollar berappen.

Was an den Börsen vor sich geht, sind Geldgeschäfte ohne jede reale Deckung, erfolgt doch die Berechnung noch immer auf der

Basis des Dollars, der nicht einmal mehr das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wird. Würde China, was es im wohlverstandenen Eigeninteresse nicht tun kann, seine Valutareerven von 1 Billion Dollar schlagartig auf die Geldmärkte werfen, wären die Vereinigten Staaten über Nacht ruiniert. Auch die ressourcenreichen Östaaten – darunter Rußland – könnten den Dollar in gleicher Weise aus den Angeln heben. Sie machten dann den bereits nackten König zum Bettler.

Als sich 1929 der New Yorker Börsenkrach ereignete, genügte der Zusammenbruch einer Handvoll Geschäftsbanken, um die Weltwirtschaftskrise auszulösen. Heute sind vor allem von mächtigen USA-Immobilienpekulanten verursachte Bankenabstürze geradezu Legion. Der IWF bezifferte die aktuellen Verluste dieser Festungen des Kapitalismus mit 1 Billion Dollar. Die Schweizer Superbank UBS „versenkte“ allein 40 Milliarden.

Und was geschieht in der angeblich so stabilen und prosperierenden BRD, deren Kaufhaus- und Supermarktketten von weltweit zusammengerafften Waren überfließen und so die Vorstellung eines auf ewig gesicherten hohen Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten suggerieren? Eine Bank nach der anderen hat sich „verspekuliert“ und muß halbersoffen aus dem Strudel gezogen werden. Mal ist's die West LB, mal die Sachsen LB, mal die Bayern LB – von der bis ins Mark diskreditierten privaten IKB ganz zu schweigen, bei der die bundeseigene Kreditanstalt für den Wiederaufbau mit 40 % größter Anteilseigner ist.

Der „schwarze Freitag“ wäre längst mit tausendfacher Urgewalt wieder über uns hereingebrochen, hätten die Wirtschaftsstrategen des Kapitals nicht aus ihrem Desaster gelernt und im Gesamtinteresse des Systems eine globale Rettungsaktion für kaputte Banken eingeleitet. „Der Blinde trägt den Lahmen weg“: Auf Staatsgeheiß helfen sich die angeschlagenen Geldhäuser gegenseitig aus der Patsche. Dabei greifen sie dem Steuerzahler tief in die Tasche. Der kleine Mann muß das große Ungeheuer retten. Doch ein solcher Vorgang läßt sich nicht endlos wiederholen.

Unser knapper Exkurs in die Welt der Abzocker und Profiteure führt zu dem Ergebnis: Achilles war nicht der einzige Sterbliche, dessen scheinbare Unverwundbarkeit sich als Illusion erwies. Auch der Riese Kapitalismus wird, historisch betrachtet, auf der Strecke bleiben. Seine Ablösung ist nur eine Frage der Zeit und des bewußten Handelns jener Kräfte, die ihm den Garaus bereiten können.

Klaus Steiniger



INHALT

Morsche Pfeiler des Weltwährungssystems	S. 2
Festliche „RotFuchs“-Veranstaltung zum 190. Geburtstag von Karl Marx	S. 3
Gleichberechtigung und „Gleichberechtigung“	S. 4
Wie die Kommunistin Lilo Herrmann in Güstrow geehrt wird	S. 5
Die Maikäfer und die Nazis	S. 6
Gibt es da etwa irgendwelche Parallelen?	S. 6
Eine Meinungsumfrage zur DDR, die nach hinten losging	S. 7
Der BND und die parlamentarische Kontrolle	S. 8
Manager-Löhne 2007	S. 8
Gibt es auch linken Antikommunismus?	S. 9
Aus der Geschichte der LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf (3)	S. 10
Verengter Blick ist hinderlich	S. 11
Der „RotFuchs“ auf historischem Boden	S. 11
Ein Treffen im Karl-Liebknecht-Haus	S. 12
Die Merkel-Münze: Goldköpfchen für alle	S. 12
Vom Solidaritätsgedanken zum Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“	S. 13
Kleds frühe Kommentare	S. 14
Unsere Rostocker Kaserne trug den Ehrennamen „Fiete Schulze“	S. 15
Walter Ruge über das Flunkern der bürgerlichen Journaille	S. 16
■ Pulverfaß Balkan RF-Extra I	
■ Das Epos der Partisanenkinder RF-Extra III	
Ein makabres Kuba-Spiel	S. 17
Brief aus der „Heldenstadt“	
Warum die CIA den Dalai Lama jetzt aus der Kiste holte	S. 18
Tibet und Olympia	S. 19
AFRICOM ist unerwünscht	S. 20
Um was ging es bei der sowjetischen Beistandshilfe für Afghanistan?	S. 20
Der Raúl Reyes, den ich kannte	S. 21
Wie ich Bundeswehr-Fans in einer Taverne auf Kreta erlebte	S. 22
Tod im Mittelmeer	S. 23
Was uns Pablo Picassos „Guernica“ heute zu sagen hat	S. 24
Gedichte	S. 25
Nachträglich zum Achtzigsten von Peter Hacks	S. 26
Theoretiker und Praktiker der Kriminalliteratur: Hasso Mager	S. 26
Die aufschlußreiche Sicht der Bischöfin Maria Jepsen	S. 27
Suhler „RotFuchs“ griff zur Feder	S. 27
Archie und die Intendantin	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Warum der Dollar keinen Fetzen Papier mehr wert ist Morsche Pfeiler des Weltwährungssystems

Der entscheidende Schritt weg vom Staatsgeld war 1913 die Gründung des Federal Reserve System in den USA. Schon Ende des 19. Jahrhunderts starteten die Banken, die durch das Rothschild-Imperium kontrolliert waren, eine Kampagne, um die reiche Wirtschaft der USA unter ihre Kontrolle zu bringen. Die europäischen Rothschilds finanzierten die J. P. Morgan & Co. Bank, die Bank Kuhn Loeb & Co., John D. Rockefellers Standard Oil Co., Edward Harrimans Eisenbahn und Andrew Carnegies Stahlwerke.

Um 1900 sandten die Rothschilds Paul Warburg, einen ihrer Agenten, in die USA, um mit der Kuhn Loeb & Co. Bank zusammenzuarbeiten. Jacob Schiff und Paul Warburg starteten eine Kampagne für die Errichtung der „Federal Reserve Bank“ (FED) als fest installierter privater Zentralbank in Amerika. Unter der Führung der beiden Großfinanzgruppen Rothschild und Rockefeller gelang es, eine nichtstaatliche Zentralbank zu schaffen, die das Recht besitzt, eigenes Geld auszugeben, das gesetzliches Zahlungsmittel wurde und für welches anfangs noch die amerikanische Regierung garantierte. Die Einführung der FED 1913 ermöglichte nun den internationalen Bankiers, ihre finanzielle Macht in den USA zu festigen. Paul Warburg wurde der erste Vorsitzende der FED. Dem Beschluß zu deren Gründung folgte der 16. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der es der Regierung ermöglichte, das persönliche Einkommen der US-Bürger zu besteuern. Das war die Konsequenz daraus, daß die US-Regierung kein eigenes Geld mehr drucken durfte. Nun hatten sich die internationalen Bankiers den indirekten Zugriff auf das Privatvermögen der amerikanischen Staatsbürger verschafft. Zu diesem Zeitpunkt waren die wichtigsten Aktienbesitzer der FED:

1. Die Rothschildbanken in Paris und London
2. Lazard Brothers Bank in Paris
3. Israel Moses Seif Bank in Italien
4. Warburg Bank in Amsterdam und Hamburg
5. Lehman Bank in New York
6. Kuhn Loeb & Co. Bank in New York
7. Rockefellers Chase Manhattan Bank in New York
8. Goldman Sachs Bank in New York.

Von dieser privaten Bank (FED) wurden nach dem Ersten Weltkrieg die Goldreserven der Welt zusammengekauft, mit der Folge, daß viele andere Währungen ihren Goldstandard nicht mehr halten konnten und in der Deflation zusammenbrachen – der ersten Weltwirtschaftskrise. Auch während des Weltkrieges verlangten die USA von den kriegführenden Nationen Gold für die Bezahlung von Rüstungsgütern. Deutschlands Gold mußte nach Kriegsende als Beute abgeliefert werden.

So sammelten sich mehr als 30 000 Tonnen Gold der Welt allein in den USA. Es diente als Deckung für den US-Dollar. Da aber ein größerer Teil der Dollars in den Zentralbanken der Welt als Reservewahrung gehalten wurde, konnten die USA mehr Banknoten drucken und ausgeben, als sie an Goldbasis besaßen. Die Länder der Welt brauchten nämlich die Valuta, um jene Rohstoffe zu kaufen, welche nur auf Dollarbasis gehandelt wurden. Neben Gold wurde also der US-Dollar immer stärker in den anderen Zentralbanken zur Hauptwährungsreserve. Die Dollarherrschaft über die Welt hatte begonnen. 1971 kündigte USA-Präsident Richard Nixon (1969–1974) die Pflicht zur Einlösung des Dollars in Gold (den Golddollarstandard) und zugleich die Haftung des Staates für den US-Dollar auf. Seitdem sind die Dollarnoten weder real durch Gold noch durch eine Staatshaftung gedeckt, also eine freie private Währung der FED. Und die von ihr selbst bestimmte Dollarumlaufmenge (die FED veröffentlicht diese seit März 2006 nicht mehr) wurde zum unlösbaren Problem: Denn während sich in den letzten 30 Jahren die Gütermenge der Welt nur vervierfachte, hat sich die Geldmenge vervierzigfacht. Doch wie funktioniert diese Privatbank, welche das Recht hat, den Dollar zu drucken? Die FED produziert „Federal-Reser-

ve-Noten“ = Dollarscheine. Diese werden dann für Obligationen (Schuldverschreibungen) an die USA-Regierung verliehen. Sie dienen der FED als „Sicherheit“. Diese Obligationen werden von den FED-Banken gehalten, die wiederum jährliche Zinsen darauf beziehen. Ein raffinierter Schritt. Bereits 1992 betrug der Wert der Obligationen, die durch die Privatbanken der FED gehalten wurden, rund 5 Billionen US-Dollar, und die Zinszahlungen der US-Steuerzahler dafür steigen ständig. Dieses ganze unglaubliche Vermögen hat die FED – ein Zusammenschluß, wie gesagt, privater Banker – erschaffen, indem sie der USA-Regierung Geld leiht und dafür hohe Zinsen kassiert. Der Gegenwert: farbig bedrucktes Papier, genannt „Dollar“. Dieser Schwindel fällt kaum jemandem auf. Dazu kommt, daß die FED durch die Obligationen der USA-Regierung das Pfandrecht, staatlich und privat, auf den Grundbesitz der gesamten Vereinigten Staaten von Amerika hat.

Zahllose Gerichtsverfahren, angestrengt mit dem Ziel, das FED-Gesetz rückgängig zu machen, waren bisher ohne Wirkung. Der erste, der es versuchte, war Präsident John F. Kennedy, der am 4. Juni 1963 ein präsidiales Dokument einbrachte („Executive Order Number 11110“), um die FED zu kippen. Kurz darauf wurde er wohl vom eigenen Geheimdienst erschossen. Die erste Amtshandlung seines Nachfolgers, Lyndon B. Johnson, war, genau diesen Schritt seines Vorgängers noch in der Präsidentenmaschine auf dem Flug von Dallas nach Washington rückgängig zu machen. Und heute? Mit allen Mitteln versuchen die Privatbanken, ihre gigantische Einkommensquelle „US-Dollar“ aufrechtzuerhalten und abzusichern. Staaten, welche ihre internationalen Handelsbeziehungen auf Euro-Basis umstellen wollen, oder das – wie Iran – bereits getan haben, werden zu Terroristen erklärt. Regierungen werden gezwungen, Sachgüter ohne Ende gegen wertlose Dollars in die USA zu liefern. Durch die hemmungslose Geldvermehrung hat die Hochfinanz der Vereinigten Staaten unbegrenzte liquide Mittel, mit denen sie weltweit einkaufen kann. Im globalen Maßstab werden die Zentralbanken unter Druck gesetzt, die wertlosen Scheine als „Währungsreserven“ zu halten.

Der US-Dollar ist das private Geld des Großkapitals, von niemandem außer ihm selbst garantiert, zur Gewinnmaximierung mißbraucht, hemmungslos multipliziert und als Instrument seiner Weltherrschaft und Hilfsmittel für den Raub aller wichtigen Rohstoffe und Sachwerte der Welt eingesetzt.

Quelle: Internationaler Hintergrundinformationsdienst für Politik, Wirtschaft und Wehrwesen, inter info, Folge 344, Juli und August 2007

Übersetzt von Isolda Bohler

ZWISCHENRUF

Wie kann es nur passieren, daß ein – teilweise staateigenes – Kreditinstitut wie die IKB Deutsche Industriebank AG ein milliarden schweres Desaster hinlegt, obwohl doch Lichtgestalten der freien Marktwirtschaft wie zum Beispiel Randolph Rodenstock (Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA), Michael Rogowski (ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI), dessen Nachfolger Jürgen R. Thumann sowie Martin Kannegießer (amtierender Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall) den IKB-Aufsichtsrat und den offiziellen Beraterkreis der Bank schmücken? Was machen die dort nur den lieben langen Tag? Ansonsten stets unfehlbar, spielen sie plötzlich das Unschuldslamm: „Die Krise hat uns ebenso überrascht wie Sie“, behauptet Aufsichtsratschef Ulrich Hartmann vor den Aktionären. Na dann gute Nacht!

Aus: ver.di-News Henrik Müller

Unserem Star-Autor

WALTER RUGE

– dem Meister der Standhaftigkeit und des geschliffenen Wortes – ein herzlichliches Hallo zum **93.** Geburtstag am **7. Juni!**

Seine Freunde vom RF

In der Stadt, der 1953 der Ehrenname Karl Marx verliehen wurde, trafen am 3. Mai „RotFuchs“-Freunde aus allen Landesteilen zusammen, um des 190. Geburtstages des Begründers unserer Weltanschauung zu gedenken. Sie taten es nicht, um an ihn als einen der Vergangenheit zuzurechnenden Mann zu erinnern, „wie es die Sozialdemokraten in Trier, seiner Geburtsstadt, tun. Nein, und abermals nein: Marx lebt, weil seine Erkenntnisse gelten und leben und weil der Impuls nicht zum Erliegen kommt, der von seinen Gedanken ausgegangen ist.“

Das waren Grußworte, die der namhafte marxistische Philosoph Prof. Dr. Hans Heinz Holz aus San Abbondio (Schweiz) den Hunderten, die in den überfüllten Saal des Soziokulturellen Zentrums „Kraftwerk“ drängten, übermittelte. Mit seiner Botschaft wurde die Veranstaltung eröffnet. Leider konnte der 81jährige nicht persönlich anwesend sein, da die kurz aufeinanderfolgenden Operationen zweier gebrochener Wirbel ihn reiseunfähig machten. Und doch war er mitten unter uns. Über eine große Leinwand sahen wir das vertraute Gesicht und hörten die Worte eines großen Gelehrten, eines mit dem Kampf der Arbeiterklasse eng verbundenen Wissenschaftlers, eines sich für die Sache aufopfernden Kommunisten. In ihrer Eindringlichkeit, Wahrhaftigkeit und Würde erreichten sie nicht nur den Verstand, sondern auch die Herzen der Anwesenden. HHH hob das historisch unvergängliche Verdienst von Marx ins Bewußtsein: Erst nachdem durch ihn „die logisch-methodologische Einheit von Natur- und Geschichtserkenntnis hergestellt“ worden ist, sind wir „aus dem Nebel eines magisch-mythischen Denkens der Geschichte aufgetaucht und können vernünftig handelnde Subjekte sein, die ihre Geschichte selbst machen, wenn auch unter gegebenen Voraussetzungen“.

Diesen Gedanken aufgreifend, würdigte der Festredner Prof. Dr. Götz Dieckmann, stellvertretender Vorsitzender des RF-Fördervereins, das Gesamtwerk von Marx, hob aber auch die schweren Bedingungen hervor, die sein Entstehen prägten. Es ist undenkbar ohne Engels, dessen Freundschaft und eigene theoretische Leistung zur Bedingung für die Schaffung des Gebäudes des wissenschaftlichen Sozialismus wurden. Aber auch Marxens Frau Jenny, die Töchter, Kampfgefährten und Freunde haben einen unverwechselbaren Anteil daran. Anhand von Zeitdokumenten und Briefen ließ uns der Historiker nachempfinden, welche gigantische Kraft den Analysen der beiden Gründungsväter unserer Theorie innewohnt. Doch „sein wirklicher Lebensberuf war, nach dem Zeugnis von Friedrich Engels an Marx' Grab, der Kampf. Dem hat er alles untergeordnet. Er setzte nicht allein darauf, künftige Generationen würden schon die richtigen Schlüsse aus seinen einmal in die Welt gesetzten Erkenntnissen ziehen. Er stand stets im Feuer, in vorderster Front. Darum blieb ihm nur das Exil, dafür hat er lange Jahre mit seiner Familie am Rande des Elends leben müssen.“

Festliche „RotFuchs“-Veranstaltung zu „Mohrs“ 190. Geburtstag in Karl-Marx-Stadt

Kampf als Lebensberuf

Unsere Verpflichtung ist es, seine Werke nicht nur zu lesen, sondern sie auch zu studieren. Nur so erschließt sich uns ihr ganzer Reichtum. Wollen wir „bewußt handelnde Subjekte“ sein, dürfen wir, wie Götz Dieckmann im Erinnern an Lenins Erkenntnis betonte, den Boden des Marxismus niemals verlassen. In den schweren Zeiten, die wir heute durchleben, sind wir aufgerufen, „mit unseren – gemessen an Marx – sehr bescheidenen Fähigkeiten in die Speichen des Rades zu greifen, um die drängenden Fragen der Gegenwart zu erhellen. Nur so können wir mitentscheiden, ob es sich um die untergehende oder die aufsteigende Sonne handelt. Das werden wir aber nur dann, wenn wir uns strikt im Rahmen des großen Plans bewegen, dessen Konturen die Begründer unse-

ganze Stunde lang ein auf hohem künstlerischem Niveau gestaltetes Programm zu Ehren von Karl Marx gestaltete und damit große Begeisterung auslöste. Das erwähnte Lied besingt den Opfermut der Barrikadenkämpfer und kündigt von deren Willen, auch unter widrigsten Umständen nicht aufzugeben. So geht der Kampf weiter. Wir bleiben bei Marx, Engels und Lenin. Das bekräftigte besonders eindrucksvoll der gemeinsame Gesang der Internationale zum Abschluß der Veranstaltung. Wer dabei sein konnte, wird ein stolzes Gefühl ob der grandiosen Marx-Feier, an deren Erfolg die Genossen der Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen keinen geringen Anteil haben, und der deutlich gewachsenen Ausstrahlung des „RotFuchs“-Fördervereins mitgenommen haben.



Foto: Armin Neumann

rer Anschauung bereits im Vormärz mit kräftigen Linien umrissen. Diesen Plan, seine Bereicherung und Präzisierung durch theoretische Arbeit und lebendige Erfahrung von mehr als anderthalb Jahrhunderten zu erfassen, ist von größter Bedeutung“.

Zu dieser Erfahrung gehört der mit Lenins Namen verbundene Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der den Epochenwechsel der Geschichte einleitete, der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten, darunter der DDR. Auch viele der an der Festveranstaltung teilnehmenden Genossinnen und Genossen zählten zu den Wegbereitern des neuen Lebens. Unter den Anwesenden sah man Egon Krenz und Siegfried Lorenz, ehemaliger 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Karl-Marx-Stadt. Beide wurden herzlich begrüßt.

Die Niederlage des Sozialismus stürzte viele in zeitweilige Orientierungslosigkeit. Doch wie bei den Pariser Kommunarden vor 137 Jahren war im ehemaligen Haus der Pioniere, dem Ort unserer Zusammenkunft, das Lied der Süßkirschenzeit zu hören – gesungen von der renommierten Chemnitzer Gruppe „Quijote“, die eine

Nach einem für die RF-Chronik bestimmten Gruppenbild von Teilnehmern vor dem Tagungsgebäude begaben sich optimistisch gestimmte Kommunisten und Sozialisten zum imposanten Marx-Monument im Zentrum der Stadt. Trotz seiner merkwürdigerweise gerade in Auftrag gegebenen Einrüstung und dem Hinweis „Betreten der Baustelle verboten“ stiegen sie die Stufen zum Sockel hinauf, um dort Sträuße roter Nelken niederzulegen.

Bruni Steiniger

Angst vor zu viel rot

Hinz und Kunz sind längst vergessen.
Doch Karl Marx lebt unterdessen heute mitten unter uns!
Und wer sagt: „Karl Marx ist tot!“ hat nur Angst vor zu viel rot, denkt, Gespenster, werden kommen und ihm wird dann abgenommen, all sein Reichtum, sein Besitz.
Könnte sein, es ist kein Witz?!

Elisabeth Monsig

Verglichen mit der DDR haben BRD-Frauen weit schlechtere Karten Gleichberechtigung und „Gleichberechtigung“

Frau Dr. Beate Hoecker hat 1998 das aufschlußreiche Buch „Frauen, Männer und die Politik“ im Bonner Dietz-Verlag herausgebracht. Sie war zu dieser Zeit Dozentin für Politik an der Akademie der Wirtschaft in Bremen.

Frau Hoecker erläutert die Entwicklung der Gleichberechtigung in der BRD vor und nach dem Anschluß der DDR. Beginnend mit einem geschichtlichen Teil der Frauenbewegung allgemein, beschäftigt sie sich sehr objektiv nicht nur mit den Gesetzesreformen zur Gleichberechtigung seit 1949 in der BRD, kritisiert den Gleichberechtigungsartikel im Grundgesetz der Verfassungsreform von 1994 als hinter dem „Einigungsvertrag“ zurückgeblieben und geht in einer Vielzahl statistischer Übersichten auf die Unterschiede männlich – weiblich auf dem Gebiet der Bildung und vor allem auf die Beteiligung am politischen Leben ein. Ihre Schrift resultiert aus einer Aufgabenstellung der SPD.

Bei der Frauenerwerbsquote standen die Bürgerinnen des sozialistischen deutschen Staates nach ihren statistischen und wissenschaftlich geschätzten Angaben an der Spitze aller Frauen im europäischen Vergleich (nämlich mit 83 bis 86 Prozent; die besten anderen: Schweden 78 Prozent, Dänemark rund 75 Prozent, Finnland 72 Prozent, Großbritannien 67,5 Prozent usw., während sich die BRD lediglich im Mittelfeld befand).

Diese Tatsachen gaben wohl auch den Ausschlag dafür, daß nach dem Anschluß der DDR viele ostdeutsche Rentnerinnen höhere Bezüge als manche westdeutschen Frauen erhielten, was damals große Verwunderung und beinahe Entsetzen auslöste und zu dem Schimpfwort „Rabenmütter“, die ihre Kinder in die Kindergärten gaben, beitrug (siehe auch RF Nr. 122, Seite 10). Heute erkennen selbst einige CDU-Politikerinnen, daß das nur zum Vorteil der Kinder sein kann.

Am **4. Juni** begeht eine der Mitbegründerinnen des „RotFuchs“-Fördervereins, unsere liebe Freundin und Genossin

Dr. Annemarie Mühlefeldt

aus Berlin, ihren **80. Geburtstag**.

Sie hat sich als Hochschullehrerin für Politische Ökonomie und treue Kommunistin hohes Ansehen erworben.

Förderverein und Zeitschrift wünschen Ihr Kraft, Zuversicht und Mut für den weiteren Lebensabschnitt.

Beim weiteren Studium des Lern- und Arbeitsbuches der Beate Hoecker sah ich mich veranlaßt, selbst in den Statistischen Jahrbüchern der DDR nachzuschauen und zu vergleichen.

Während in der DDR konsequent für die überwiegende Mehrheit der Mädchen und Jungen der Zehnklassenabschluß – sieht man von der erweiterten Oberschule ab – durchgesetzt wurde, litt die Ausbildung in den Ländern der BRD unter der Zersplitterung in Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien usw. Die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus in der DDR führte dazu, daß sich mehr Frauen für ein Studium interessierten und auch angenommen wurden. Anfang der 70er Jahre war der Anteil weiblicher Studenten in der BRD und in der DDR noch annähernd gleich hoch, nämlich 30,2 bzw. 30,7 Prozent. 1990 betrug er in der BRD 38,2 Prozent, während die DDR bereits 1988 nicht weniger als 52,5 Prozent erreicht hatte. Diese Tendenz ist sogar noch 1996/97 zu erkennen: Während in Gesamtdeutschland 42,5 Prozent der Studierenden weiblich sind, beträgt deren Anteil im Osten 48,6 Prozent.

Wie sah es bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens aus? Im Bundestag machte der weibliche Anteil Anfang der 70er Jahre gerade einmal 6,6 Prozent aus, während die Volkskammer bereits 31,8 Prozent vorweisen konnte. Und als im Bundestag 1987 bis 1990 nicht mehr als 15,4 Prozent erreicht wurden, lag die Vergleichsziffer in der Volkskammer 1986 immerhin bei 32,2 Prozent.

Allerdings blieben auch in der DDR die Spitzenpositionen erstaunlich fest in der Hand von Männern. Es kursierten trefende Witze über die einzige Alibifrau in der Regierung. Sehr langsam wurden in den unteren Leitungspositionen Frauen nachgezogen, die Bereiche Volksbildung und Handel kamen als erste mehr in ihre Hände. Bei den Schöffen der Kreis- und Bezirksgerichte wurden bis 1988 Anteile von 57,2 bzw. 52,9 Prozent vermeldet. In den Bezirks- und Kreistagen sowie den Gemeinden hielt sich die Frauenquote bis 1989 bei 39 bis 44 Prozent. Es gab Frauen als Oberbürgermeisterinnen großer Städte, so z. B. in Erfurt.

Im zwangsvereinigten Deutschland betrug die Prozentsätze 1997 in den Länderparlamenten West 28,4 und Ost 29,2.

Wie sieht es bei den Parteien aus?

Nach Angaben von Frau Hoecker berichteten CDU und CSU 1997 von etwa 15 bis 25 Prozent Frauen, FDP und SPD von 25 und 28 Prozent, während die Grünen 37 und die PDS 42 Prozent weibliche Mitglieder in ihren Reihen hatten.

Die hohe Zahl von Frauen im politischen und Arbeitsleben der DDR war vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Die Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung galt nicht nur als politisches Prinzip,

sondern wurde auch in der Verfassung der DDR verankert. Sicher beging man bei der Umsetzung eine Reihe von Fehlern. Auch die Abhängigkeit vom Stand der Überzeugtheit der männlichen Leiter spielte eine Rolle. Doch die Statistik beweist, daß bereits zu einem frühen Zeitpunkt erhebliche Fortschritte erzielt worden waren.

2. Die materiellen Verhältnisse nach dem Krieg, ohne Marshallplan-Spritzen und allein mit den Wiedergutmachungsleistungen an die UdSSR belastet, verlangten von den Frauen die Beteiligung am Erhalt der Familien, was zugleich ihre Autorität stärkte.

3. Frauen wurden bei der Aus- und Weiterbildung bevorzugt (z. B. gab es Frauensonderklassen während der Arbeitszeit).

4. Der Aufbau von Krippen, Kindergärten und Horten für die Schüler wurde planmäßig gefördert. Von 2341 Krippen im Jahre 1955 erhöhte sich deren Zahl bis 1988 auf 7770 Einrichtungen, während sich die Zahl der Kindergärten in derselben Zeit von 6468 auf 13399 mehr als verdoppelte. Ähnlich war das bei Hortgruppen. Dazu wurde qualifiziertes Personal herangebildet. Während 1955 eine Erzieherin im Durchschnitt noch 16 Kinder betreute, waren es 1988 nur noch 10,5 Kinder.

5. Die Errichtung großer Neubaukomplexe, in denen nur kurze Wege zu den Kindereinrichtungen und Schulen zurückzulegen waren, ersparte den berufstätigen Frauen viel Zeit.

Viele der selbstbewußten und qualifizierten Ost-Frauen, die noch im arbeitsfähigen Alter waren, wanderten seit 1989 in den Westen und ins Ausland ab, da sie im sogenannten Anschlußgebiet keine ihnen entsprechende Arbeit bekommen konnten.

Allein in Thüringen überstieg der Abwanderungsverlust bei Frauen den der Männer um 11 Prozent. Wenn im Alter von 18 bis 29 Jahren zwischen 1998 und 2006 über 25 000 junge Männer das Bundesland verließen, waren es bei Frauen sogar noch 10 000 Personen mehr. Die Gründe? Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit, Teilzeittätigkeit, geringfügiger Beschäftigung und Armutslöhnen betroffen. Es gilt nicht mehr das DDR-Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und vor allem Frauen sind heute Langzeitarbeitslose.

Alle diese negativen Tendenzen sind alarmierend.

Ich bedaure, daß sich auch im RF zu wenig Autorinnen und Leserbriefschreiberinnen zu Wort melden, um diese Zustände anprangern. Flucht ins Private kann in dieser gnadenlosen Zeit kein Ausweg sein.

Lydia Kuhnt,

mit Unterstützung von Maria Walerzdowsky und Paul Schmidt

Wie die Kommunistin Lilo Herrmann in Güstrow geehrt wird

Unverordneter Antifaschismus

1971 wurde in Güstrow bekannt, daß das Pädagogische Institut im September 1972 den Status einer Pädagogischen Hochschule erhalten sollte und ihr damit zugleich der Name der von den Faschisten ermordeten Kommunistin Liselotte Herrmann verliehen würde. Sogleich machten sich zwei Genossen, die Kunstszene Horst Bastian und Günter Endlich, daran, den Entwurf eines Gedenksteins zu erarbeiten und ihn in die Tat umzusetzen. Bei der Gründung der Hochschule ist er feierlich eingeweiht worden. Seither steht dieser Gedenkstein vor dem Hauptgebäude



und erinnert nicht nur an die Kommunistin, Studentin und Mutter Liselotte Herrmann, sondern auch daran, daß es hier einmal eine sehr erfolgreiche, national und international bekannte und anerkannte Pädagogische Hochschule gegeben hat, an der Tausende und Abertausende von Lehrern ausgebildet worden sind. Sehr bald schon faßte der Senat der Hochschule zwei wichtige Beschlüsse. Der erste betraf die Stiftung einer Liselotte-Herrmann-Plakette, die alljährlich an drei Personen verliehen werden sollte, verbunden mit der Eintragung in das Ehrenbuch der Hochschule: an den Bestabsolventen, an einen bewährten Mitarbeiter der Hochschule und an eine Persönlichkeit, die sich um die Unterstützung der Einrichtung besonders verdient gemacht hatte – in der Regel Lehrer, die als Mentoren unsere Studenten in den Praktika betreuten. Zweitens sollte alljährlich im Juni, am Tag der Ermordung Liselotte Herrmanns, eine Gedenkveranstaltung stattfinden. Das wurde dann auch bis 1989 so gehandhabt und zwar, dem Charakter der Hochschule entsprechend, als ein Appell für Thälmann-Pioniere. An diesen Feiern nahmen neben Hochschulangehörigen und Güstrower Bürgern buchstäblich Jung und Alt teil. Stühle und Bänke wurden aufgestellt, auf denen dann eingeladene Arbeiterveteranen saßen. Neben ihnen wurden die Mitglieder der besten Pioniergruppe des Kreises plaziert. Der Rektor der Hochschule verlieh ihr feierlich den Namen „Liselotte-Herrmann-Gruppe“. Ich sehe noch heute die Pioniere mit großen, erwartungsfrohen Augen vor mir stehen, um stolz das ihnen verliehene Fähnchen für ihren Wimpel entgegenzunehmen. Diese würdige antifaschistische Veranstaltung übte auf die Mädchen und Jungen – so berichteten uns Lehrer und Pionierleiter – eine sehr nachhaltige Wirkung aus; auf das Verhalten, die Disziplin und die Lernbereitschaft, um in

ihrer jeweiligen Schule Vorbild zu sein. Und noch eine andere Tradition wurde geprägt: Viele Jungverheiratete begaben sich direkt vom Standesamt zum Gedenkstein und legten dort Blumen nieder; er gehörte also schon gar nicht mehr der Hochschule allein, sondern zunehmend der Güstrower Öffentlichkeit und allen, die der Kommunistin Liselotte Herrmann auch ohne „verordneten“ Antifaschismus Ehre erweisen wollten.

Mit alledem war, wie mit der Hochschule überhaupt, nach der Konterrevolution natürlich Schluß. Der damalige Kultusminister von Mecklenburg-Vorpommern, ein ehemaliger Dorfpfarrer namens Wutzke, wohl ein guter Freund des CDU-Ministerpräsidenten Gomolka, hatte es sehr eilig, die Einrichtung „abzuwickeln“. Die neuen Herren waren auch eifrig bemüht,

alles, was an die sozialistische Vergangenheit erinnerte, zu beseitigen. Allerdings scheiterten sie bei dem Versuch, auch den Gedenkstein zu schleifen, da er unter Denkmalschutz gestellt worden war. Also griff man zu einem anderen Mittel, um ihn aus der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen: Gärtner wurden beauftragt, große Pflanzen in unmittelbarer Nähe des Monuments zu setzen. Der Stein sollte allmählich überwuchert werden, was auch geschah. Seit Jahren war schon das KJVD-Emblem an der Ziegelseite des Gedenksteins völlig bedeckt,

und die große Vorderfront wurde bereits von Kletterpflanzen überzogen.

Ende 2007 geschah dann ein Wunder. Eines Tages waren alle Gewächse beseitigt. Es ist anzunehmen, daß die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes vom Denkmalschutz veranlaßt wurde, dem die Güstrower „RotFüchse“ natürlich sehr dankbar dafür sind. Im Juni jedes Jahres legen einige von ihnen Blumen für Lilo Herrmann nieder. Wir sind davon überzeugt, daß es immer mehr werden, denn in unseren Herzen und Gedanken lebt der Antifaschismus weiter!

Prof. Dr Hans Lutter

Unser Autor war der Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule „Liselotte Herrmann“.



Johannes Konopka aus Naumburg titelte seine 1952 für eine Ausstellung in Leningrad geschaffene Grafik „Golgatha – Auschwitz“.

Die Maikäfer und die Nazis

Viele Jahre gab es keine Maikäfer. Den Kindern mußte man Bilder der schokoladenbraunen Dinger zeigen, sonst hätten sie manche Lieder und manche Geschichten nicht verstanden. Tauchte dann irgendwo ein lebendiger Maikäfer auf, dann wurde er bestaunt. Man hatte geglaubt, die Insekten seien ausgestorben. Dabei hatten sie sich nur ins Erdreich zurückgezogen und einfach auf günstige Lebensbedingungen gewartet.

Ganz ähnlich erging es uns mit den Nazis. Wie die Maikäfer schienen sie verschwunden, und man hatte sie unter der demokratischen Kruste der Bundesrepublik kaum entdeckt. Aber richtig verschwunden waren sie nie. Man hatte ihnen den Volksgerichtshof und die Galgen weggenommen, aber nicht die Lehrstühle an den juristischen Fakultäten. Die Orden mit den Hakenkreuzen trugen sie nur noch in geschlossenen Veranstaltungen und zeigten sie den Jungen. Wochentags sah man den Lehrern, den Richtern, Staatsanwälten, und auch denen, die es nach ganz oben bis zur Kanzlernähe geschafft hatten, nichts an. Sie waren Demokraten geworden und hatten fleißig Engerlinge hervorgebracht. Wenn ihr glaubt, aus den Engerlingen entwickelten sich nur dumme Jungens, die Synagogen anstecken, Ausländer verprügeln und Grabsteine beschmädern, dann irrt ihr euch, Freunde. Nein, die meisten besitzen keine Zündhölzer und keinen Brandsatz. Sie hocken zum Beispiel in Polizeibehörden. Und wenn dann eine Synagoge brennt, sagen sie sofort: Das waren die Araber! Oder wenn ein Ausländer erstochen wird, rufen sie: Er hatte ein Liebeshändel! Sie sind auch zur Stelle, wenn Nazis randalieren, und sie nehmen die Gegendemonstranten fest. Sie untersuchen die Nazitaten gründlich und lange – so gründlich, bis die Spuren verwischt sind.

Manche Maikäfer tragen Juristenroben. Sie beteuern, aus der Vergangenheit gelernt zu haben. „Verbrecher dürfen nicht straflos ausgehen“, sagen sie und klagen bei der oberen Instanz über die untere Instanz, daß wegen eines Formfehlers de-

ren Urteil aufgehoben wird. Ein Schurke, wer Schlechtes dabei denkt! Wir sind ein Rechtsstaat, Herrschaften!

Aber die braunen Käferchen machen noch andere harmlose Dinge. Sie pflegen Gräber, legen Friedhöfe an. Und dann schreiben sie auf Grabsteine, die darunter liegen, seien für Führer und Vaterland gefallen. Ob diese Helden vielleicht Obersturmführer bei der SS gewesen sind, scheint nicht interessant. Es war ihr Beruf!

Das ist doch keine Verherrlichung! Auf anderen Grabsteinen steht ja auch „Malermeister Schultz“ oder „Schneider Schickedanz“. Wieder andere braune Käfer sind dabei zu beweisen, daß in den Konzentrationslagern nur Kohle verbrannt wurde und die eingesperrten Nazis nach dem Krieg viel mehr gelitten haben als Juden, Zigeuner, Antifaschisten und Schwule. Und so ganz langsam setzt sich das als Wahrheit durch!

Aber die Maikäferengerlinge hielten sich übrigens nicht an die Grenze, die durch Deutschland ging. Im Osten mimikrierten sie und wurden Schmetterlinge, weil man Maikäfer dort „grausam“ verfolgte. War da nicht so ein gelehrter Doktor, den man einfach hinrichtete, weil er medizinische Versuche an Häftlingen ausgeführt hatte? Seit der „Wende“ gibt es die Maikäfer im

ganzen Land wieder. Und von Jahr zu Jahr werden es mehr. Manche sind als Maikäfer nicht voll entwickelt. Die Bräune fehlt ihnen noch ein wenig. Aber die kommt schon noch! Die Engerlinge sehen in Filmen, lesen in Zeitschriften und Büchern, was für tolle Kerle ihre Großeltern waren, die da in braunen Behörden, in Gerichten und in der Industrie arbeiteten. So werden sie, ohne es zu bemerken, braune Maikäfer.

„Jetzt übertreibst du aber,“ ruft man mir zu. „Konzentrationslager, Gaskammern, SS, SA und Judenverfolgungen kann sich heute international niemand mehr erlauben!“ Das ist schon wahr, mein Lieber! Hast du aber mal darüber nachgedacht, daß Faschismus nicht unbedingt so aussehen muß wie Hitlers Maikäfer?

Mir dröhnen Julius Fuciks Worte manchmal im Kopf: „Menschen, seid wachsam!“ Ihr wißt ja, der war ein großartiger Antifaschist! In Dresden soll es einmal einen Platz gegeben haben, welcher seinen Namen trug.

Peter Abraham

Peter Abraham schrieb u. a. das Szenarium zu dem erfolgreichen Film des DDR-Fernsehens „Rotfuchs“ mit Angelika Waller in der Hauptrolle (siehe RF, Nr. 82, S. 27).

Gibt es da etwa irgendwelche Parallelen?

Am 10. November 1938 erklärte Hitler vor der Nazi-Presse: „Es war notwendig, das ... Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen.“

Dazu war es aber notwendig ... bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt

zu schreien begann ... Diese Arbeit hat Monate gefordert, sie wurde planmäßig begonnen, fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.“

Am **10. Juni** um **17.30 Uhr** antwortet **Prof. Dr. Götz Dieckmann** im Treffpunkt der Volkssolidarität **Halle-Neustadt**, Hettstedter Straße 1, auf die Frage

Ist die
Jahrhundert-Torheit
schon wieder
Herrschafts-
programm?

Thema ist der Antikommunismus.

Die Veranstaltung wird von unserer Regionalgruppe ausgerichtet.

Am **21. Juni** um **9.30 Uhr** spricht **Dr. Dagmar Enkelmann**, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke auf einer Veranstaltung der

RF-Regionalgruppe Strausberg und Umgebung über das Thema:

**Möglichkeiten
und Grenzen,
Leistungen und
Ergebnisse
linker Politik
in der BRD**

Die Zusammenkunft findet im Klub am See, Wriezener Straße 11, statt.

Am **21. Juni** um **10 Uhr** spricht **Prof. Dr. habil Heinz Karl**, Berlin, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** im Soziokulturellen Zentrum Arche N, Reitbahnweg 38, über das Thema

**Trotzkismus
gestern
und heute**

Am **28. Juni** um **14 Uhr** findet im Burgkeller am Markt eine Veranstaltung unserer **Regionalgruppe Gera** statt. Zum Thema

**Zusammenhänge
und Hintergründe
des 17. Juni 1953**
spricht **Wolfgang Willms**.

Eine Meinungsumfrage zur DDR, die nach hinten losging Mehr Licht als Schatten

Mit Hilfe der mdr-Sendung „Fakt ist ...“ vom 7. April und der „Super-Illu“ vom 10. April, die deren Chefredakteur Jochen Wolff während des TV-Programms werbend anpries, ist ein bemerkenswerter Streit ausgelöst worden. Im Fernsehen hieß die Frage, die Zuschauer zu beantworten hatten, ob frühere DDR-Bürger mehr positive oder mehr negative Erinnerungen an ihren verflornten Staat hätten. Das Ergebnis der Sondierung war für die mdr-Macher niederschmetternd, für unsereins aber höchst erfreulich. Auf die Frage, ob die DDR mehr gute oder mehr schlechte Seiten besessen habe, entschieden sich 78,4 % (!) für das erste. Ausgangspunkt der Umfrage war ein Buch des Schauspielers Herbert Köfer, in dem dieser resümierte, er habe gern in der DDR gelebt. Warum sollte Köfer das nicht bekennen dürfen? Weshalb folgte ein (verordnetes) Medienspektakel? Wie viele Leute haben sich feindselig über die vielgeschmähte „SED-Diktatur“ ausgelassen, ohne dafür jemals gerügt worden zu sein? Weshalb werden in der „Super-Illu“ gleich ein Bundesminister und zwei Länder-Ministerpräsidenten aufgeboten, um sich hinter die Behauptung Tiefensees zu stellen: „Die DDR war ein Unrechtsstaat.“?

„Waren Sie gerne DDR-Bürger, Herr Tiefensee?“, wurde der angeblich „wichtige Vertreter der Ostdeutschen“ gefragt. Schon hier ist einzuwenden: Wer hat denn wann und wo ausgerechnet Tiefensee diesen Titel verliehen? Oder nehmen wir den jämmerlichen Günther Emmerlich, der seit 1990 zu jeder antikommunistischen Sülze seinen Senf dazugibt? Könnte es nicht sein, daß solche „Disidenten“, „Oppositionelle“, „Systemkritiker“ und notorischen Wendehälse lediglich einen zeitlich begrenzten Gebrauchswert haben, um ein verordnetes Geschichtsbild über die DDR zu bedienen? Mag jeder die Liste der „Zeitzeugen“ in der „Super-Illu“ prüfen: Von den zwölf, die zu Wort kamen, bestand die Hälfte aus Politikern oder solchen, die sich dafür halten: Tiefensee, Althaus, Böhmer, Löttsch (Abgeordnete der „Linken“), Reiche (CDU-Abgeordnete), Ludwig (SPD). Die andere Hälfte bildeten zwei nach 1990 erfolgreiche Unternehmer – Viola Klein und Volkmar Frenzel – sowie Günther Emmerlich, Peter Sodann, Petra Zieger und Achim Mentzel.

Gab es denn in der DDR weder Arbeiter noch Bauern, noch Wissenschaftler? Hat die „Super-Illu“ niemanden gefunden, der sich zu seiner Biographie ohne Wenn und Aber bekennen wollte? Gibt es die nicht? (Ich selbst könnte auf Anhieb viele Namen nennen.) Wer hat eigentlich die DDR gewollt und aufgebaut? In der Sendung „Fakt ist ...“ durfte Sahra Wagenknecht die Rolle der selbstbewußten

DDR-Bürgerin übernehmen. Sie hat ihre Chance couragiert genutzt. Sahra begann ihren Beitrag mit den Worten: „Es ist unbestritten, daß die DDR negative Seiten hatte. Das Problem ist nur, daß man nach 1989 versucht hat, sie ausschließlich auf ein Negativbild zu reduzieren. Das funktioniert zumindest bei den Leuten nicht, die die DDR erlebt haben.“

Wer will das „Negativbild“ und warum? Welche Rolle spielt dabei der „Diktaturen-Vergleich“? Mancher erinnert sich an die Forderung des Ex-Justizministers Kinkel an die angeblich unabhängigen Richter der BRD, die DDR unbedingt zu „delegitimieren“. Natürlich galt diese Order auch für Publizisten und willige Historiker. Heute lautet die „Kernfrage“ deutscher Geschichtsschreibung nach Michael Beileites, Birthlers Mann in Sachsen: „Wie werden die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur politisch und historisch eingeordnet, und welchen Stellenwert kann die Aufarbeitung der jeweiligen Diktatur in der Erinnerungskultur Deutschlands einnehmen?“

Heinz Eggert, „Pfarrer gnadenlos“, der Sahra Wagenknecht wütend widersprechen wollte, bezeichnete die DDR grundsätzlich nur als „Diktatur“. Eggert versuchte, die DDR als Hölle zu karikieren.

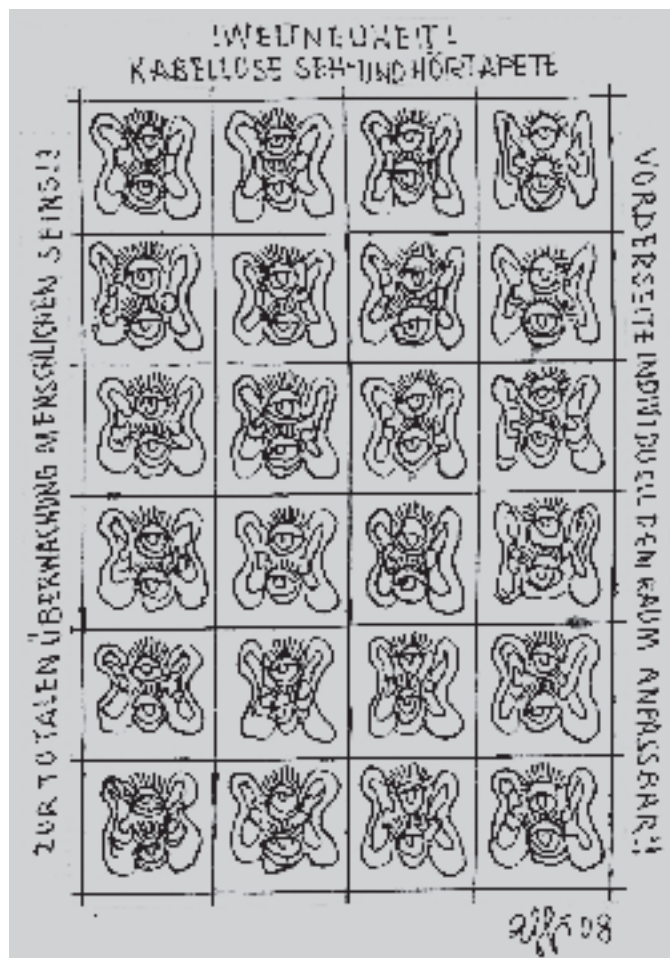
Unter diesem Aspekt sind auch die Stellungnahmen in der „Super-Illu“ zu betrachten, selbst wenn manche Wertung differenzierter vorzunehmen wäre. Dieter Althaus schränkte im Unterschied zum pauschalen Urteil der unbedarften CDU-Abgeordneten Reiche ein, daß „die DDR vor allem ein Unrechtsstaat“ gewesen sei. Sie war also für ihn auch noch etwas anderes, was er uns allerdings nicht verraten wollte. Günther Emmerlich bezeichnete die DDR als „Diktatur mit allen tragischen Konsequenzen“, ohne mitzuteilen, unter welchen „tragischen Konsequenzen“ gerade er zu leiden hatte. (Die negativen Folgen für nicht wenige Dresdner Künstler und Wissenschaftler nach 1990 sind mir bestens bekannt.)

Es fällt auf, daß nur gewendete Politiker den Begriff „Unrechtsstaat“ benutzten, keiner von den anderen, die zu Wort kamen, urteilte so haßerfüllt. Manche näherten sich partiell sogar einer Sympathieerklärung für die DDR. Wer will schließlich seine eigene Lebensleistung schmähend?

Über den Begriff „Unrechtsstaat“ gibt es hinreichend Literatur, die aus der Feder von Juristen stammt. Deren Fazit: Das Völkerrecht kennt ihn nicht. Nirgendwo und nirgendwann ist die DDR im UNO-

System je als „Unrechtsstaat“ angeklagt worden. Hans-Dietrich Genscher hatte von 1973 bis 1990 die Möglichkeit, ihre Politik vor den Vereinten Nationen anzuprangern. Warum hat das damalige Bundesaußenminister nie getan? „Unrechtsstaat“ ist eine Vokabel derer, die zwar von „friedlicher Wiedervereinigung“ reden, den Besiegten aber die Kehle zudrücken. Nur so können sie Siegerjustiz praktizieren und das Geschichtsbild über die DDR verfälschen.

Daß es in der DDR auch ernste Defizite und sogar bedauerliche Justizirrtümer gab, bleibt unbestritten. Es wird aber für die Herrschenden gefährlich, wenn sie zum Maßstab für vergleichende Urteile gemacht werden. Niemand muß sich von importierten Ideologen und deren ostdeutschen Nachbetern erzählen lassen, wie wir gelebt haben. Auch ein scheinheiliges Lob aus deren Munde ist eine Beleidigung. Wir sollten uns an die Mahnung Erich Kästners halten: „Niemand dürft ihr so weit sinken, den Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.“



Grafik: Karlheinz Effenberger

Prof. Dr. Horst Schneider

Der BND und die parlamentarische Kontrolle

Der Fisch fängt am Kopf an zu stinken

Die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste ist ein Witz“, bemerkte Wolfgang Neskovic, ehemals Richter am Bundesgerichtshof und heute als Vertreter der PDL Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) im Bundestag am 2. Mai in der „Berliner Zeitung“. Wie recht hat der Mann in dieser Frage! Der BND ist der Auslandsnachrichtendienst der BRD, also ein Geheimdienst. Ein solcher muß auch geheim arbeiten dürfen, aber eben auch können. Grundlage seiner Tätigkeit ist die jeweilige Fassung, müssen die Gesetze des eigenen Staates sein. Denen sind alle Mitarbeiter verpflichtet. Andererseits sollte aber auch der Staat diesen Mitarbeitern volles Vertrauen entgegenbringen, er darf nicht nur fordern, sondern er hat auch die entsprechenden Möglichkeiten zu schaffen, damit sie arbeiten können und dabei Schutz erhalten.

Dies in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu erreichen ist unmöglich. Wo jeder nur auf seinen Vorteil bedacht ist und Geld die Moral ersetzt, kann man kaum erwarten, daß für die Geheimdienstler das Gemeinwohl im Vordergrund steht. Nach meiner eigenen Erkenntnis gab und gibt es im BND durchaus fachlich befähigte Mitarbeiter, aber mehrheitlich sind sie politisch und ethisch-moralisch ungesteuert. Sie machen ihren Job, mehr auch nicht.

Bereits unter Adenauer wurde eine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste installiert. Sie wird bis heute fortgeführt. Das Gremium blieb jedoch bei einem „demokratischen Mäntelchen“, erfolglos und fragwürdig. Seine Mitglieder – Abgeordnete der im Bundestag vertretenen Parteien – sind stets nur dann in der Öffentlichkeit wahrnehmbar, wenn durch bekanntgewordene Praktiken des Geheimdienstes ihre Macht- und Kraftlosigkeit gerade nachgewiesen wird. Dann wollen sie Muskeln spielen lassen, die sie eigentlich gar nicht besitzen. Oftmals fehlt ihnen die notwendige sachliche und fachliche Kompetenz, andererseits ist von Mitgliedern, die früher selbst an verantwortlicher staatlicher Stelle mit Geheimdienstfragen befaßt waren und möglicherweise selbst „Pannen“ mit zu verantworten haben, kaum volles Engagement zu erwarten. Das trifft z. B. auf den früheren Geheimdienstkoordinator Schmidbauer zu.

Alle sind jedoch interessiert, daß das „Mäntelchen“ erhalten bleibt. Die „Demokratie“ darf öffentlich keinen Schaden nehmen. Die jeweils Regierenden denken doch gar nicht daran, die Dienste in ihrer rechtswidrigen Arbeit zu zügeln. Sie brauchen sie, um sich selbst das Image der Sauberkeit zu bewahren. Nur bekannt werden darf nichts. Der Ärger darüber entläßt sich dann heuchlerisch in Empörung.

Wenn es das Gremium also wirklich ernst meinte, läge die eigentliche Kontrollmöglichkeit und -notwendigkeit im Bundeskanzleramt. Der Kanzleramtsminister, Koordinator der gesamten Geheimdiensttätigkeit, und der zuständige Abteilungsleiter sind die Verantwortlichen. Ihnen kommt die Richtlinienkompetenz und die Anleitung bei deren Umsetzung zu. Was aber hat der seit längerem tagende Untersuchungsausschuß zur Tätigkeit des BND bisher gebracht? Nichts! Geheimdienstliche Gesetzesverletzungen hat es doch nicht erst in jüngster Vergangenheit in der BRD gegeben. So wären an die Herren Schmidbauer, Hanning, Steinmeier, Uhrlau und de Maizièere schon weitere Fragen zu stellen. Eine umfassende Kontrolle der Geheimdienste durch einen

Parlamentsausschuß hieße, diesen selbst zum Geheimdienst zu machen und den eigentlichen zu liquidieren.

Ich wiederhole: Wer einen Geheimdienst will, muß ihn auch geheim arbeiten lassen. Der Abgeordnete Neskovic zweifelt mit gutem Grund daran, daß der jetzige BND-Präsident überhaupt dazu in der Lage ist, interne Reformen durchzuführen, weil er weder das Vertrauen seiner Mitarbeiter noch das des Parlaments genießt. Das ist jedoch nicht die Hauptfrage. Diese liegt im System und bei den dafür Verantwortlichen. Wie heißt es doch so schön: Der Fisch fängt am Kopf an zu stinken.

Generaloberst a. D. Werner Großmann

Unser Autor war Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS der DDR.

Manager-Löhne 2007

Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere.“

P. J. Dunning, zitiert in Karl Marx: Das Kapital (Bd. I), MEW 23/788

- Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann verdiente 2007 13,98 Millionen €. Bei angenommenen 60 Stunden pro Woche (Manager müssen hart arbeiten und machen so manche Überstunde ...) entspricht das einem Stundenlohn von ca. **4660 €**
- Daimler-Vorstandschef Dieter Zetsche verdiente im vergangenen Jahr 10,1 Millionen €, Stundenlohn ca. **3300 €**
- Linde-Chef Wolfgang Reitzle bekam 8,06 Millionen €, Stundenlohn ca. **2690 €**
- E.on-Vorstandsvorsitzender Wulf Bernotat erhielt 2007 5,33 Millionen €, Stundenlohn ca. **1780 €**
- Allianz-Vorstandsvorsitzender Michael Diekmann verdiente 2007 5,20 Millionen €, Stundenlohn ca. **1730 €**
- BASF-Unternehmenschef Jürgen Hambrecht bekam 5,21 Millionen €, Stundenlohn ca. **1740 €**
- Volkswagen-Chef Martin Winterkorn erhielt im vergangenen Jahr 4,93 Millionen €, Stundenlohn ca. **1643 €**
- Der Chef von Fresenius Medical Care, Ben Lipps, erhielt 4,51 Millionen €, Stundenlohn ca. **1500 €**
- TUI-Chef Michael Frenzel bekam 4,48 Millionen €, Stundenlohn ca. **1490 €**
- Bayer-Vorstandschef Werner Wenning bekam im letzten Jahr 4,44 Millionen €, Stundenlohn ca. **1480 €**
- Der frühere Post-Chef Klaus Zumwinkel bekam im vergangenen Jahr 4,31 Millionen €, Stundenlohn ca. **1440 €**
- Der Chef der Münchener Rück, Nikolaus von Bomhard, verdiente 4,19 Millionen €, Stundenlohn ca. **1400 €**

- Adidas-Chef Herbert Hainer verdiente 2007 4,18 Millionen €, Stundenlohn ca. **1390 €**
- Thyssen-Krupp-Chef Ekkehard Schulz erhielt im vergangenen Jahr 4,02 Millionen €, Stundenlohn ca. **1340 €**
- BMW-Vorstandsvorsitzender Norbert Reithofer bekam 2007 3,75 Millionen €, Stundenlohn ca. **1250 €**
- Continental-Chef Manfred Wennemer bekam 2007 3,66 Millionen €, Stundenlohn ca. **1220 €**
- Henkel-Vorstandsvorsitzender Ulrich Lehner verdiente 2007 3,38 Millionen €, Stundenlohn ca. **1130 €**
- MAN-Vorstandsvorsitzender Hakan Samuelsson verdiente 3,29 Millionen €, Stundenlohn ca. **1095 €**
- Deutsche-Börse-Chef Reto Francioni bekam im vergangenen Jahr 3,28 Millionen €, Stundenlohn ca. **1090 €**
- Klaus-Peter Müller von der Commerzbank erhielt 2007 2,72 Millionen €, Stundenlohn ca. **910 €**
- Siemens-Vorstandsvorsitzender Peter Löscher verdiente 2,71 Millionen €. Er ist seit Juli 2007 im Amt, Stundenlohn ca. **905 €**
- Telekom-Vorstandsvorsitzender René Obermann bekam 2,66 Millionen €, Stundenlohn ca. **885 €**
- Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber verdiente im vergangenen Jahr 2,21 Millionen €, Stundenlohn ca. **735 €**
- Infineon-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Ziebart erhielt 2,04 Millionen €, Stundenlohn ca. **680 €**
- Der Chef von Hypo Real Estate, Georg Funke, verdiente 1,88 Millionen €, Stundenlohn: kärgliche **625 €**

Durchschnittlich nahmen die Manager-Bezüge 2007 um 12 (!) Prozent zu. Zum Vergleich: Die „normalen“ Stundenlöhne stiegen im Schnitt um 1,3 Prozent ...

Gibt es auch linken Antikommunismus? Unvereinbarkeitsbeschlüsse

In den „Mitteilungen“ der Kommunistischen Plattform der PDL wurde unlängst die Auffassung vertreten, linken Antikommunismus gebe es nicht. Ich möchte einwenden, daß ich anderes erlebe. Ein Beispiel: „Im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen zum Verhältnis unserer Partei zu ihrer Vergangenheit und der Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien, insbesondere der DKP, geht der Landesvorstand DIE LINKE. Landesverband Thüringen, von folgenden Positionen aus. Er bittet die Delegierten des Bundesparteitages, diese bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.“ So lautet die Einleitung zum Beschluß Nr. B-08-014, den der Landesvorstand der Linkspartei Thüringen am 14. März 2008 gefaßt hatte.

Dieser Antrag – auch als Unvereinbarkeitserklärung bezeichnet – endete mit den Worten: „Deshalb betont der Landesvorstand, daß eine Abgrenzung von anderen linken Parteien, auch von der DKP, nicht nur formal, sondern vor allem inhaltlich und politisch begründet sein muß.“ Im Text wird daran erinnert, daß die PDS schon am Beginn ihrer Existenz „mit dem Stalinismus gebrochen“ habe und warum. Dies alles sei in Gegenwart und Zukunft auch für die Linkspartei absolut bindend. Was diese Bemerkung allerdings mit der DKP zu tun haben soll, ist mir schleierhaft. Die Formulierungen „Bruch mit dem Stalinismus“ und gleich daran anschließend „Abgrenzung von der DKP“ sollen den Eindruck erwecken, diese politische Formation sei eine Partei, die sich zu den Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit unter Stalin bekenne.

Am 11. Februar – also noch vor dem „Fall Christel Wegner“ – berichtete die „junge Welt“ von einer Rede Gysis in Hamburg. Der Politiker erklärte dort, es gebe „unüberbrückbare Gegensätze“ zwischen seiner Partei und der DKP, und diese sei „eine marxistisch-leninistische Sekte“.

Niemand stellt in Abrede, daß Meinungsunterschiede zwischen PDL und DKP bestehen – übrigens gerade auch aus der Sicht dieser Partei. Sie sind für mich allerdings nicht unüberbrückbar. In der „jungen Welt“ verkündete Gysi am 15. Februar: „Es gibt für uns keinen Weg zurück zur DDR. Es gibt für uns keinen Weg zur Verstaatlichung der Produktionsmittel.“

Hierbei wird der Eindruck erweckt, derjenige, welcher für die Verstaatlichung von Produktionsmitteln eintrete, wolle die DDR in allem so zurückhaben, wie sie gewesen ist. Verstaatlichung hat aber nicht unbedingt etwas mit Sozialismus zu tun. Für mich ist sie das Ziel einer Etappe auf dem Weg dorthin. Das Eintreten für eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse

ist der eigentliche Grund, weshalb ich in der PDL bin. Dabei geht es ja nicht um kleine und mittlere Betriebe, sondern um Schlüsselunternehmen wie Bahn, Post, Telekommunikation, Energie – Bereiche, die in vielen kapitalistischen Ländern verstaatlicht sind –, aber auch um die Deutsche Bank. Deren Chef Josef Ackermann „verdient“ in der Stunde etwa 5000 Euro. Das teilte Maybrit Illner in einer Sendung des BRD-Fernsehens mit (siehe auch linke Seite).

Soll das immer so weitergehen?

In einer anderen Talkshow derselben Moderatorin gab DGB-Chef Michael Sommer zu Protokoll: „Den meisten Managern reicht es nicht, wenn sie das 90fache eines Arbeitnehmers verdienen. Ich kenne einen Manager, der verdient das 272fache.“

Bei einer weiteren Anpassung der Linkspartei an den Kapitalismus (wie sie zuvor von der SPD und den Grünen vollzogen wurde) verliert diese immer mehr an Glaubwürdigkeit. Denn die Allmacht des Kapitals ist unmenschlich, zerstörerisch und zukunftsverneinend! Aus diesen und vielen anderen Gründen müssen die Linken die Systemfrage stellen!

Zurück zum „Unvereinbarkeitsbeschluß“ – insbesondere im Verhältnis der PDL zur DKP. Ich empfinde ihn als Beleidigung und Verrat an den Kommunisten, die unter Hitler in Konzentrationslagern gequält, gefoltert und ermordet wurden. Zugleich auch an allen Mitgliedern von KPD und DKP, die unter Adenauer in der BRD verfolgt und eingesperrt wurden, die später Berufsverbote erhielten, aber trotz aller Diskriminierung stets solidarisch zur DDR standen. Sie taten das, weil sie diesen Staat als Beispiel für ein künftiges sozialistisches Gesamtdeutschland be-

trachteten. Ich halte „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ für Verrat an den Genossinnen und Genossen der DKP und der Kommunistischen Plattform der Linkspartei, die aufopferungsvoll für soziale Gerechtigkeit streiten. Übrigens wird auch das Andenken jener Kommunisten geschmäht, welche unter Stalin schuldlos zu Tode kamen. Ich frage mich, wie weit entfernt ist Gregor Gysi eigentlich noch von einem SPD-Politiker wie Wolfgang Thierse, der sich selbst als linken Antikommunisten betrachtet.

Es gibt natürlich auch noch andere Funktionsträger in der PDL, die die Partei mit aller Kraft nach rechts drücken. Besonders umtriebig ist dabei André Brie.

Zum Gesamtbild gehört auch das Eingeständnis Gysis: „In einem Land, in dem es sowohl den Staatssozialismus als auch einen ausgeprägten Antikommunismus gab, braucht das Zusammengehen von SPD und uns Linken Zeit und zunächst wieder eine sozialdemokratisierte SPD.“

Wessen Fürsprecher ist unser Medienanwalt eigentlich?

Die von der Führung der Linkspartei verfolgten Koordinaten scheinen festzustehen: definitive Abgrenzung zur DKP und perspektivisches Zusammengehen mit der SPD. Vom „rot-roten“ Berliner Senat wird das ja bereits „eindrucksvoll“ vorgeführt. Geht es fast nur noch ums Mitregieren? Entartet die Linkspartei früher oder später zum sozialdemokratischen Zahlverein? Kommt es irgendwann zu einem neuen Vereinigungsparteitag unter umgekehrten Vorzeichen? War's das?

„Antikommunismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts.“ Diese Erkenntnis von Thomas Mann halte ich nach wie vor für richtig. **Achim Kreuzer, Weimar**



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Aus der Geschichte der LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf (3)

Streit um Offenställe

Im LPG-Musterstatut vom 9. April 1959 war u. a. festgelegt worden: „Aus den zur Verteilung an die Mitglieder verbleibenden Geld- und Naturaleinnahmen werden mindestens 80 % entsprechend der Anzahl der im Laufe des Wirtschaftsjahres von jedem Mitglied geleisteten Arbeitseinheiten ausgegeben. Der übrige Teil der Geld- und Naturaleinnahmen wird als Bodenanteil entsprechend der Größe und Güte der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen verteilt, die von den Mitgliedern als ihr Eigentum eingebracht oder auf ihren Namen ins Bodenbuch eingetragen werden. Die Höhe der Bodenanteile für eingebrachte Nutzflächen von Großbauern wird durch den Beschluß der Mitgliederversammlung festgelegt. Sie soll die Durchschnittsgröße der von den anderen Mitgliedern eingebrachten Bodenflächen nicht überschreiten. Die gleiche Begrenzung der Auszahlung der Bodenanteile erfolgt, wenn durch Erbschaft oder sonstigen Erwerb einer Flächen besitzt, deren Größe den Durchschnitt in der LPG erheblich übersteigt.“

Als Durchschnittsbodenanteile für Großbauern (über 20 ha landwirtschaftliche Nutzfläche) wurden bei uns 15 ha beschlossen. Die Vollversammlung am 25. März 1958 traf auch die Entscheidung, Mitgliedern ohne persönliche Hauswirtschaft von der LPG monatlich 1750 g Fleisch, 750 g Butter und täglich 0,5 l Milch kostenlos abzugeben.

Das nunmehr genossenschaftliche Vieh war nach dem Übergang zum höheren Typ III zunächst noch in mehreren Altställen untergebracht – die Mehrzahl der Milchkühe im Erbgerichtsstall, welcher mit neuen Futterkrippen und Freßgittern ausgerüstet wurde. Eine Mechanisierung war in diesen Ställen kaum möglich. Heu, Stroh und Rüben mußten die Viehpfleger mit Körben aus den Scheunen über den Hof heranholen.

Bezeichnend für die damalige Zeit war, daß die letzte Vollversammlung am 30. Dezember (!) stattfand. So wurde das Statut bis zum letzten Tag des Jahres eingehalten. In der Versammlung wurde kritisiert, daß der Mähdreschereinsatz, der

erstmalig erfolgt war, wegen zu spätem Drusch hohe Kornverluste gebracht hatte. Der anwesende Vertreter der MTS erklärte, daß künftig Direktor und Agronom bei Nichterfüllung der Pläne der LPG aus solchen Gründen keine Jahresendprämien mehr erhalten würden.

In der ökonomischen Zielstellung jener Zeit ging es darum, die Pro-Kopf-Produktion Westdeutschlands zu erreichen und zu überbieten. Erstmals wurde erörtert, die monatliche Brigadeabrechnung einzuführen. Auf Beschluß der Vollversammlung wurde am Ende der Beratung jeweils das ausführliche Protokoll verlesen, genehmigt und unterschrieben.

Wir nahmen den ersten Offenstall in Betrieb. Der Bau eines zweiten war wegen des Standortes nicht unumstritten. Einige Mitglieder sprachen sich gegen die Errichtung an gleicher Stelle aus. Als Gründe für die Ablehnung wurden vor allem die ungeschützte Lage gegen den kalten Ostwind im Winter und der lange, aufwendige Zufahrtsweg zum Stall angeführt. Die Kommission des Kreises lehnte jedoch den von uns vorgeschlagenen anderen Standort ab. Die ganze Offenstallfrage löste in den folgenden Jahren viele Diskussionen aus. Diese Stallform entsprach jedoch den damaligen ökonomischen Möglichkeiten unserer Republik, weil sie billiger war und – wenn am richtigen Standort befindlich – auch gesünder für das Vieh.

Der von uns gewünschte Platz hätte der Infrastruktur des Dorfes nur gut getan, weil er, außerhalb des Ortes gelegen, alle Transporte durch diesen überflüssig gemacht hätte. Leider ließ sich die Mehrheit der Mitglieder oft zu viel von Leuten in ihre Belange hineinreden, die fachlich nicht kompetent genug waren.

Ab Juli 1959 wurde dann mit dem Bau des zweiten Offenstalles begonnen. Vorrangig sollte das Milchhaus mit Fischgrätenmelkstand, Milchkühlanlage, Waschraum sowie Heizhaus errichtet werden. Aber zunächst war die Wasserversorgung nicht ganz geklärt.

An der Vollversammlung, die am 28. Oktober stattfand, nahm eine Brigade des Patenbetriebes VEB Kunstblume Sebnitz

teil. Sie wirkte dann auch im Dorfe, um die restlichen Einzelbauern für den Zusammenschluß zu gewinnen.

Mit Winterbeginn, wenn auch sehr spät, wurde der zweite Offenstall mit Milchkühen belegt. Bei in einem anderen Stall untergebrachten Kälbern gab es Verluste, die in erster Linie durch Darmerkrankungen bedingt waren. Auf der Jahreshauptversammlung am 15. Januar 1960 trat unser Bürgermeister Konrad L. in die LPG ein. Der Schulleiter Karl R. begründete, warum die Schüler verstärkt mit Technik und auch Tieren vertraut gemacht werden sollten. Er gab bekannt, daß mit dem Fach „Polytechnischer Unterricht“ (Unterrichtstag in der Produktion) begonnen werde. In dieser Versammlung wurde heftig über die Verbesserung des Futteranbaus, insbesondere der Grünlandpflege, diskutiert.

Unterdessen gab es mehrere sehr kritische Auseinandersetzungen über Leitungsentscheidungen. Ich rügte scharf, daß Schafdung an Privatpersonen verkauft worden sei, statt damit die Bodenfruchtbarkeit auf den Genossenschaftsfeldern zu verbessern.

Die Melkerbrigade erarbeitete sich ein gemeinsames Programm mit dem Ziel, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben. Es war der Beginn des Ringens um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“. Wir versäumten es aber, unseren Vorsitzenden von diesem Vorhaben zu informieren. Vielmehr hefteten wir unser Programm mit allen Verpflichtungen und unterschrieben von den Brigademitgliedern sofort an das Schwarze Brett, um alle LPG-Mitglieder zu unterrichten. Dem Vorsitzenden mißfiel das, und mir als Brigadeleiter brachte der Vorfall natürlich Kritik ein.

Die Brigade hatte damals eine Stärke von acht bis zehn Kolleginnen und Kollegen. Gern erinnere ich mich an die gemeinsamen Besuche der Felsenbühne Rathen. Wir fuhren zunächst mit dem Bus und wanderten dann zu Fuß über den Amselfall zum Naturtheater. Nach der Vorstellung kehrten wir in einer Gaststätte ein, und weiter ging es mit einem Schiff der „Weißen Flotte“ bis Bad Schandau. Von dort führte der Weg per Bus zur „Grundmühle“, wo der Tag in angenehmer Weise mit einem Abendbrot ausklang.

Für fast alle Brigademitglieder war der Theaterbesuch ein bisher einmaliges Erlebnis. Dadurch gab es auch manch hübsche Episode. Als während der Wolfschluchtszene eine Brücke mit Getöse zusammenbrach, rief unsere Meta Michael entsetzt aus: „Oh gott, doas sullte ni boassiern!“ Emil Dathe kommentierte während der Vorstellung das Geschehen auf der Bühne lautstark und ohne Unterlaß. Das brachte uns nicht das Wohlwollen neben uns sitzender Zuschauer ein.

(wird fortgesetzt)

Werner Döring

Am **11. Mai** beging die Lebens- und Kampfgefährtin unseres Genossen Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Heinz Holz,

Silvia Holz-Markun

ihren **70. Geburtstag**.

Wir übermitteln dieser außergewöhnlichen Frau, die sich große Verdienste um die revolutionäre Arbeiterbewegung und das wissenschaftliche Werk ihres Mannes erworben hat, nachträglich in herzlicher Verbundenheit liebe Grüße nach San Abbondio in der Schweiz

Die **Regionalgruppe Erfurt und Umgebung** lädt für den **28. Juni** um **10 Uhr** in die Gaststätte „Melchendorfer Klaus“, Singerstr. 14, zu einer Gesprächsrunde über das Thema

**Die konter-
revolutionären
Ereignisse am
17. Juni 1953** ein.

Gäste sind herzlich willkommen.

Die DDR war Teil eines sozialistischen Staatenbundes

Verengter Blick ist hinderlich

Was im Beitrag über die Ursachen unserer Niederlage von Helmut Timm (RF 122) ausgesagt wird, halte ich für unzureichend. Daß wir „etwas völlig Neues in Angriff genommen“ haben, „dabei Wege beschritten, die nicht immer zum erhofften Ziel führten“, daß „der Klassenfeind unsere Schwächen gnadenlos ausnutzte“ und daß wir „Fehler begangen“ haben, ist zutreffend, bleibt aber meines Erachtens an der Oberfläche.

Erstens ist ein verengter Blick auf die DDR für den Erkenntnisprozeß hinderlich. Wir waren Teil eines Staatenbundes, der auf grundsätzlicher politisch-ideologischer Übereinstimmung der herrschenden Parteien beruhte und sich gemeinsame Instrumente seiner Entwicklung und Sicherung wie RGW und Warschauer Vertrag geschaffen hatte. Es stand außer Zweifel, daß wir ohne die UdSSR und die anderen Verbündeten als Rückhalt allein nicht lebensfähig gewesen wären. Ursachen der Geschehnisse von 1989/90 bilanzieren zu wollen, verlangt deshalb, den Verfall und Zerfall im internationalen Maßstab einzubeziehen.

Zweitens fragt sich: Worauf gründeten wir unsere Überzeugung vom vermeintlich gesetzmäßigen Sieg?

Die freiwillig und vereint erstmals für ihre eigenen Interessen arbeitenden Werktätigen würden im Vergleich zur Ausbeuter-Wirtschaftsordnung eine höhere Arbeitsproduktivität erreichen, nahmen wir an. Begründet bezeichnete Lenin diese Frage als die entscheidende. Wir haben sie nicht gelöst. Die kapitalistische Ökonomie offenbarte ungeahnte Reserven und eine hohe Dynamik; ihre Effektivität nahm im Verlauf des 20. Jahrhunderts geradezu sprunghaft zu. Dagegen gelang es uns nur in begrenztem Maße, die mit gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln gegebenen Potenzen zur Wirkung zu bringen. Dr. Werner Liebig hat im RF 122 dazu kenntnisreich und eindrucksvoll geschrieben.

Zudem sahen wir in einer zur Sicherung und Verteidigung der sozialistischen Umwälzung notwendigen Diktatur des Proletariats den Weg und die Form, die höchste Stufe der Demokratie für die arbeitenden Klassen zu verwirklichen. Die unmittelbare Beteiligung der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen an der Machtausübung auf allen Ebenen würde dem Staatsorganismus höchste Stabilität und die Akzeptanz des Volkes sichern. Wie das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ zu immer mehr Zentralismus und vergleichsweise wenig Demokratie verkam, hat die Praxis gezeigt. Die Mehrheit der Bürger hat sich als regiert, nicht als regierend erlebt.

Summa summarum: Einige Grundaussagen unserer Theorie über die Wege zum Sozialismus und über seine Ausgestaltung haben die Prüfung durch die Praxis nicht bestanden. Daß Fehler bei

der Ausführung hinzukamen, war wohl unvermeidlich, aber sie sind im Ursachenkatalog nachrangig.

Was ergibt sich aus dem zuvor Gesagten – und was nicht?

Vor allem ergibt sich nicht, daß die Notwendigkeit zur grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse entfallen würde. Der Kapitalismus – gleich wie er sich nennen mag – führt in die Katastrophe. Das ist nicht nur nicht widerlegt, sondern bestätigt sich nahezu täglich.

Ebensowenig kann man folgern, daß eine andere, die Menschheitsexistenz und Menschheitsentwicklung gewährleistende Ordnung der Gesellschaft nicht möglich wäre. Die Wege dazu sind neu zu bedenken. Das ist in erfreulicher Vielfalt im Gange. Das im RF 122 publizierte „Diskussionsangebot der KSCM“ ist ein Beispiel dafür; die Erfahrungen, die in Kuba, in China, in Lateinamerika gesammelt werden, geben viel Stoff für kritisches Studium.

Existentiell wichtig ist für unsere Chancen: Nie mehr dürfen wir glauben, jetzt den Weg gefunden zu haben – den einzig

richtigen, dem wir nur noch unbeirrt zu folgen brauchen. Es gehört zu den verhängnisvollen Fehlern unserer Bewegung, das Vermächtnis von Engels und Lenin mißachtet zu haben, nach jedem Schritt zu prüfen, ob er in die richtige Richtung geführt hat, und immer wieder neu zu durchdenken, welche Korrekturen erforderlich werden. Dafür ist der ganze Reichtum an Gedanken in der marxistischen Literatur nutzbar zu machen. Und wir sollten nicht hochmütig sein gegenüber Ideen sich dem Humanismus verpflichtet sehender bürgerlicher Demokraten.

Es ergibt sich auch nicht, daß wir das Recht verloren hätten oder frei von der Pflicht wären, auf diese Umgestaltung hinzuwirken. Wozu haben wir unsere Bildung erworben und wozu unsere Erfahrungen bei einem ersten Anlauf, Sozialismus zu verwirklichen? Jedenfalls nicht, um sie wegzuworfen. Trotz der erlittenen Niederlage hat er eine Menge an beispielhaften Lösungsansätzen erbracht, die nutzbar bleiben. Unsere Enkel werden es besser ausrichten – gestützt auf unsere Ermutigung und schmerzhaft erworbene Erkenntnisse. **Dr. Klaus Panster**

Der „RotFuchs“ auf historischem Boden

Die „RotFuchs“-Redaktion ist bekanntlich umgezogen. Ihr Sitz befindet sich jetzt im Rheinischen Viertel von Berlin-Karlshorst. Die Rheinstraße trug bis 1992, als sich die konterrevolutionären Bilder- und Schilderstürmer über sie hermachten, den Namen eines antifaschistischen Helden: Fritz Schmenkel war als junger Kommunist an der Ostfront zu den sowjetischen Partisanen übergegangen und hatte in deren Reihen gegen die Hitlerwehrmacht gekämpft. Den Faschisten in die Hände gefallen, wurde er am 22. Februar 1944, kurz vor seinem 28. Geburtstag, in Kiew hingerichtet. Von 1976 bis zur schändlichen Umbenennung hieß die Karlshorster Straße, von der die Rede ist, nach diesem tapferen Sohn der deutschen Arbeiterklasse. Jetzt wird gefordert, im neu zu gestaltenden Rheinsteinpark eine Gedenktafel für ihn anzubringen. Doch mit unserer Straße hat es noch eine andere Bewandnis: Hier befindet sich jenes denkwürdige Gebäude, in dem die Führung der faschistischen Wehrmacht im

Mai 1945 vor der Roten Armee und deren westlichen Alliierten die bedingungslose Kapitulation der hitlerschen Aggressoren unterzeichnete. Hunderttausende haben das Historische Museum der Sowjetarmee am Ende der Fritz-Schmenkel-Straße besucht. Es besteht noch immer, trägt aber heute als Deutsch-Russisches Museum einen etwas anderen Charakter.

Übrigens, wer es sich noch nicht notiert haben sollte: Unsere Redaktionsadresse lautet jetzt: **RotFuchs**, Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger, **Rheinstraße 10, 10318 Berlin.** **K. S.**



Foto: Bernd Fischer

Alternative Gedanken früherer Mitglieder der NDPD

Treffen im Karl-Liebknecht-Haus

Am 28. März 1990 wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) im Parteienregister der DDR gelöscht. Schon 45 Tage nach ihrer Wahl auf einem skandalösen Parteitag erwiesen sich die als selbsternannte Erneuerer bestimmten Mitglieder des letzten NDPD-Parteiorgans als Liquidatoren der Partei. Den Restmitgliedern samt Parteivermögen hatten sie ohne Befragung der Basis dem Bund Freier Demokraten – Die Liberalen – (getarnt als „kooperativer Beitritt“) übergeben. Sie waren dann in den Schoß der FDP, der Partei des kapitalistischen Marktradikalismus, gekrochen. Die meisten NDPD-Mitglieder ließen sich jedoch von dieser Westpartei nicht über den Tisch ziehen.

ND-Leser erinnern sich vielleicht daran, daß zu jeder Bundestagswahl von 1994 bis Mitte dieses Jahrzehnts eine Wahl-Alternative pro PDS, zuletzt unterzeichnet von 181 ehemaligen NDPD-Mitgliedern, veröffentlicht wurde. Selbst die „FAZ“ und „Die Welt“ brachten jedesmal Auszüge aus diesen Dokumenten, die sie natürlich im Sinne der Herrschenden kommentierten.

Am 29. März fand das traditionelle Jahrestreffen von Unterzeichnern dieser Wahl-Alternativen statt. Obwohl jeder Dritte inzwischen nicht mehr unter den Lebenden weilt und vielen Alters- oder

Gesundheitsgründe die Reise nach Berlin verwehrt, war der Konferenzsaal im Karl-Liebknecht-Haus mit über 60 früheren NDPD-Mitgliedern wieder voll besetzt. Einhellige Zustimmung fand dort das gegen Jahresende 2007 von der Fraktion der PDL in den Bundestag eingebrachte Paket aus 17 Anträgen zur Überwindung der 17 Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD noch bestehenden Diskriminierung und Rentenungerechtigkeit gegenüber etwa drei Millionen Ost-Rentnern.

Unverständnis herrschte darüber, daß es nachgerade schizophrene ist, wenn viele der Betroffenen immer noch den Rentenkürzungsparteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne ihre Stimme geben. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach Artikel 30 des Einigungsvertrages alle für das sogenannte Beitrittsgebiet geltenden Ausnahmen gegenüber dem Recht der alten BRD bis 31. 12. 1995 befristet waren. Die vollständige Angleichung des niedrigeren Rentenwertes (Ost) an den höheren Rentenwert (West) hätte also längst erfolgt sein müssen. Auch in dieser Hinsicht wird der zwischen Ungleichem geschlossene

„Einigungsvertrag“ von der Bundesregierung als ein Fetzen Papier betrachtet.

Gesprächspartner am Nachmittag unseres Treffens war Egon Krenz. Als Zeitzeuge aus dem Zentrum der sich damals schon im freien Fall befindlichen DDR schilderte er in beeindruckender Weise, kritisch und selbstkritisch, die Vorgänge im Herbst 1989, darunter auch die schillernde Rolle von Gorbatschow und der letzten KPdSU-Führung insgesamt. Nicht unerwähnt blieb die Tatsache des friedlichen Verlaufes jener Ereignisse. Egon Krenz hatte bekanntlich jeglichen Schußwaffengebrauch gegen Demonstranten verboten, es sei denn, die Sicherheitskräfte wären angegriffen worden. Wenn er jetzt darauf hinwies, daß jeder die DDR so sehe, wie er sie erlebt hat, dann bestätigte sich das in der teilweise sehr kritischen Aussprache, aber vor allem im Bekenntnis der Anwesenden, sich in der DDR wohl gefühlt zu haben. Egon Krenz wurde von uns ehemaligen NDPD-Mitgliedern herzlich verabschiedet.

Erhard Lonscher

Unser Autor war Mitglied des Sekretariats des Hauptausschusses der NDPD.

Die Merkel-Münze: Goldköpfchen für alle

Nun kommt der Aufschwung auch bei denen ganz unten an. Was bislang nur Finanzmagnaten und Wirtschaftsboos von A wie Ackermann bis Z wie Zumwinkel genießen konnten, bricht jetzt auch für Hartz-IV-Empfänger, entgeltgeminderte Ostrentner und das sonstige „Prekariat“ an – das goldene Zeitalter nämlich.

Die Verheißung ist wörtlich zu nehmen. Denn wie die Braunschweiger Münzhandelsgesellschaft in einer Offerte anbietet, können „alle Sammler“ nunmehr eine „aus reinstem Gold“ – mit einem Reinheitsgrad von 999/1000 – gefertigte „Ehrenprägung“ erwerben. Und das zum (zeitlich befristeten) Spottpreis von lächerlichen 29,90 €. Gewidmet ist diese Gedenkmünze einer Frau, der große Bedeutung zukomme, weil sie – nach sieben männlichen Amtsvorgängern – nun als erste Bundeskanzlerin die Regierungsgeschäfte führt. Als eine Art Goldmarie fungiert also Angela Merkel. Ihr Konterfei ziert deshalb die Münzvorderseite. Dem Ziseleur muß allerdings ihr Foto nicht zur Verfügung gestanden haben. Als Münzen-Goldköpfchen blickt den Betrachter ein Antlitz von solch ergreifender Einfalt an, daß er die Geehrte schwerlich zu identifizieren vermag – und schon gar nicht auf die Idee kommt, daß diese Frau eine riskante und verderbliche Politik zu verantworten hat. Ansonsten jedoch ist die Edition (Prägequalität „Polierte Platte“) mit Sorgfalt genau auf den Personenkreis zugeschnitten, für den sie



gedacht ist: Wer als Rentner, Arbeitsloser, Ein-Euro-Jobber oder dergleichen ein solches Prachtstück erwirbt, muß sich zum Schutz vor Diebstahl nicht zusätzlich noch einen Tresor kaufen – die Ehrenprägung läßt sich dank ihrer Abmessung bequem in einem Tablettenröhrchen parken, wo sie kein Langfinger je suchen würde – mißt sie doch im Durchmesser nur ganze 12,5 mm und entspricht damit dem einer Kopfschmerztablette. Über das Gewicht dieses Goldschatzes, „den sich jeder leisten kann“, verrät die Braunschweiger Offerte zwar nichts. Man darf jedoch davon ausgehen, daß der selbst bei körperlicher Beeinträchtigung viel leichter transportiert werden kann, als das bei einer mit Waren im gleichen Kaufwert gefüllten ALDI-Tüte der Fall wäre.

Wolfgang Clausner

Am **25. Juni um 15 Uhr** findet im Mehrgenerationenhaus **Rostock-Evershagen**, Maxim-Gorki-Straße 52, eine Veranstaltung des Marxistischen Bildungskreises bei der Regionalgruppe zu dem Thema

Die Bedeutung von Band I des „Kapitals“ für die aktuelle Kapitalismuskritik statt.

Gesprächsleiter ist Dr. Walter Lambrecht.

Die „**RotFuchs**“-Regionalgruppe **Templin** lädt für den **26. Juni um 17 Uhr** in den Seniorenklub der Stadt, Historisches Rathaus, zu einer Diskussionsrunde

Politische Entwicklungen in Rußland

ein.

Interessenten sind herzlich willkommen.

Vom Solidaritätsgedanken zum Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“ Der „Nationalkommunismus“

Den Artikel des Genossen Liebig „Zum Hinterherhinken bei der Arbeitsproduktivität“ in der März-Ausgabe habe ich mit großem Interesse und Gewinn gelesen. Seine Feststellungen über das Mißverhältnis von Akkumulation und Konsumtion in unserer Wirtschaft, der Wirtschaft der DDR – vor allem seit den siebziger Jahren – treffen ins Schwarze. Allerdings krankt auch sein Beitrag an der gleichen eingeschränkten Sicht wie die meisten Artikel in der „RotFuchs“-Debatte zu den Ursachen des Sieges der Konterrevolution, die mit den Aufsätzen von Genossen Mäder und Timm in der Januar-Ausgabe 2007 eingeleitet wurde.

Die Enge dieser Sicht besteht darin, daß der Blick nur auf die DDR gerichtet ist, als sei 1989/90 nur sie, und das nur an den eigenen Fehlern, untergegangen. Völlig ausgeblendet wird, daß dieser Untergang ein kollektiver Untergang war, daß also eine Ursachensuche, die sich auf ein einzelnes Glied der Kette verschwendender sozialistischer Staaten Europas beschränkt, fehlgehen muß, weil sie die entscheidende Ursache, jene, die die gemeinsame Niederlage herbeigeführt hat, ausblendet.

Im Artikel des Genossen Liebig zeigt sich diese beschränkte Sicht darin, daß er außer Betracht läßt, daß die DDR-Wirtschaft nicht autark, sondern Bestandteil der international vernetzten Wirtschaftsgemeinschaft der RGW-Staaten war, und es deshalb nicht genügt, den Tatbestand unzureichender Investitionen zur Erneuerung der Grundfonds in der DDR zu konstatieren. Dieser Feststellung muß sich vielmehr die Frage und deren Beantwortung anschließen, weshalb im Rahmen des RGW solche Fehler zugelassen und nicht korrigiert wurden, obwohl dessen Aufgabe ja darin bestand, dafür zu sorgen, daß die Volkswirtschaftspläne aller sozialistischen Mitgliedsländer den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus des Sozialismus entsprachen und dementsprechend auch aufeinander abgestimmt wurden.

Um das zu können, mußte er ein Gremium sein, das fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus arbeitete. Dies war in seinen ersten Jahren – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde 1949 gegründet – der Fall.

In der Perspektive war er das Organ, das aus einem Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe, der an die einzelnen Staaten nur Empfehlungen geben konnte, zur zentralen Plankommission aller Mitgliedsländer weiterentwickelt würde, in der alle vertreten und dessen Festlegungen für sie ebenso bindend sind, wie es bislang die Pläne in den einzelnen Ländern waren.

Aber diese normale Entwicklung wurde 1955 durch einen Beschluß jäh abgebrochen, der die Entwicklung jedes so-

zialistischen Landes zu dessen eigener Angelegenheit erklärte, in die sich fortan kein anderer Staat der Gemeinschaft einzumischen habe.

Diese nationalistischen, dem internationalistischen Wesen der Beziehungen sozialistischer Staaten zueinander diametral entgegengesetzten Prinzipien wurden in einer gemeinsamen Erklärung verkündet, welche die Unterschriften von N. S. Chruschtschow und Josip Broz Tito trugen. In dieser sowjetisch-jugoslawischen Deklaration vom 2. Juni 1955 hieß es: „Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: ... gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten – Einmischung weder aus wirtschaftlichen noch aus politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen –, da die Fragen der inneren Einrichtung, des Unterschieds in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind.“

Das war die von den Westmächten wohlwollend begrüßte Verkündung des sogenannten Nationalkommunismus, der nun an die Stelle des sozialistischen Internationalismus gesetzt wurde, zu dessen unbestrittenen, auf Marx zurückgehenden Prinzipien die Rechenschaftspflicht jeder kommunistischen Partei und folglich auch jedes sozialistischen Landes gegenüber allen anderen kommunistischen Parteien und allen anderen sozialistischen Staaten gehörte.

Damit wurde der RGW zu einer Institution, die immer weniger Bedeutung und Einfluß besaß. Die sozialistischen Länder nahmen nun kaum noch Rücksicht aufeinander, während umgekehrt die kapitalistischen Länder der Europäischen

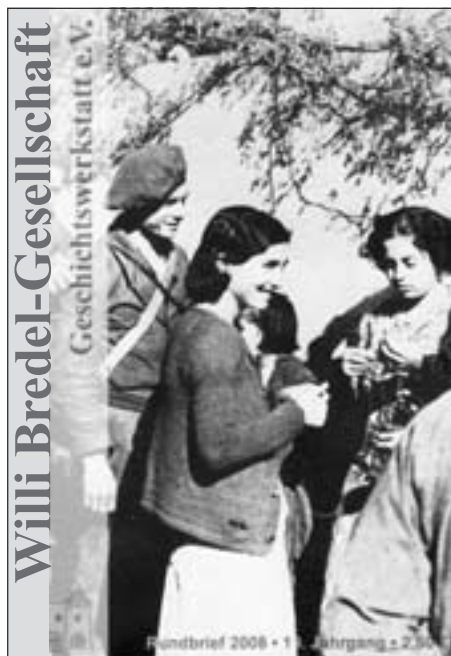
Gemeinschaft ihre Politik ständig mehr aufeinander abstimmten.

Heute ist die Europäische Union in der Koordinierung und Lenkung der Innen- und Wirtschaftspolitik ihrer Mitgliedsländer durch die Zentrale weiter, als es die „sozialistische Staatengemeinschaft“ je war. In die Ursachendebatte gehört auch die Beachtung der Rolle, welche die DDR im RGW spielte. Dabei ist hervorzuheben, daß ihre Delegation zur Ratstagung im Jahre 1956 ein Memorandum einbrachte, in dem es hieß: „Wir erwarten, daß diese Beratung zu einem Beschluß führt, der eine enge systematische Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie sichert: Notwendig ist, den gegenwärtigen Rat zu einem zentralen Organ zu entwickeln, das in engstem Zusammenhang mit dem Gosplan (Staatsplan, K. G.) der UdSSR die großen Aufgaben der Volkswirtschaft in den volkswirtschaftlichen Ländern richtungweisend lenkt.“ Diese richtige Forderung besaß seit der Verkündung der oben zitierten sowjetisch-jugoslawischen Deklaration keine Aussicht auf Erfüllung, denn das unvermeidliche und ganz offenbar auch gewollte Ergebnis dieser Deklaration – Wozu hätte man sie sonst in die Welt gesetzt? – war die fortschreitende Desintegration im RGW-Bereich.

Bei dem durch Genossen Liebig behandelten Problemkreis wäre auch noch zu untersuchen, inwieweit der Devisenhunger, der die DDR-Führung, wie er zutreffend schildert, zum Export wertvollster Investitionsgüter in den Westen veranlaßte, nicht auch mit den Veränderungen in der Außenhandelspolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten der DDR gegenüber in den 60er, 70er und 80er Jahren zu tun hatte.

Dies alles ist in Betracht zu ziehen, wenn wir „unsere Fehler“ und ihr Gewicht bei der Beantwortung der Frage nach den Ursachen unserer Niederlage richtig beurteilen wollen. In dieser Hinsicht scheint mir die bisherige Debatte zu dieser Frage im „RotFuchs“ noch sehr ergänzungsbedürftig.

Dr. Kurt Gossweiler



Die Hamburger Willi-Bredel-Gesellschaft hat ihren neuen Rundbrief mit eindrucksvollen Materialien über den Spanienkrieg eingeleitet. Das Titelbild der Publikation zeigt Interbrigadisten des Bataillons „Edgar André“ im Dorfquartier bei Madrid. Die Ausgabe kann unter folgender Adresse bezogen werden: Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt e. V., Im Grünen Grunde 1 b, 22337 Hamburg, Telefon 040/59 11 07, E-Mail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de

Als der rote „Kanalarbeiter“ noch bei BBC und NWDR wirkte

Kleds frühe Kommentare

Diese Texte hat Karl-Eduard von Schnitzler vor mehr als sechzig Jahren veröffentlicht. Was für einen Sinn hat es, sie heute wieder vorzulegen? Journalisten schreiben Kommentare für den Tag, nicht für die Ewigkeit. Gedanken, Meinungen, Urteile korrespondieren mit Vorgängen der Gegenwart. Deshalb werden sie geschrieben, von einigen vielleicht aufgenommen, so hofft der Autor. Dieser oder jener denkt wohl auch einen Augenblick darüber nach – und das war's. Journalistische Kommentare sind flüchtig, zumal Rundfunkkommentare. Warum also wurden sie hier noch einmal gedruckt? Als ich diese Texte zum ersten Mal in die Hand bekam – einige Wochen nach Kleds Tod – gab Marta Rafael von Schnitzler sie mir zu lesen. Da verstand ich sofort, warum sie es nicht vermochte, diese Manuskripte einfach als Altpapier zu entsorgen. Es waren Hunderte maschinengeschriebener Blätter, vierter oder fünfter Durchschlag, handschriftliche Korrekturen dazwischen, vor mehr als einem halben Jahrhundert notiert, aber jede Zeile, jeder Gedanke von einer Aktualität, die weh tut.

Kleds erste Kommentare sind Aussagen eines Augenzeugen über die blutigsten und unruhigsten Jahre des vergangenen Jahrhunderts, Tatsachen aus einer Zeit, die für die Mehrzahl der heute Lebenden fernste Vergangenheit ist. Er reflektiert politische und militärische Ereignisse und die darin handelnden Menschen. Aber Kled wertet und urteilt auch, begründet seine Position zu den Vorgängen. Dem Leser des Jahres 2008 zwingt sich die grausame Wahrheit auf: Das da ist ja nicht aus der Welt! Noch immer gelten den Planungsstäben der globalen Kapitalmächte Krieg und militärische Aggression als bevorzugte Handlungsoptionen. Und noch immer bedienen sie sich besonders gern antikommunistischer Lügen und Verleumdungen – wie in jenen Jahren. In diesem Buch wird nur ein kleiner Teil der Kommentare vorgelegt, mit denen sich Kled in den Jahren 1944 bis 1947 zu Wort gemeldet hat. Aus seinen persönlichen Aufzeichnungen wissen wir, daß dies nur eine Auswahl ist. Die hier wiedergegebenen Texte hatte er für eine größere Veröffentlichung vorgesehen, die er nicht mehr fertigstellen konnte. Wir dürfen an-

nehmen, daß sie ihm besonders wichtig waren.

Der Inhalt des Bandes ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste Teil enthält Rundfunk-Kommentare, die Kled 1944/1945 als Kriegsgefangener in England über BBC gesprochen hat. Er behandelt darin die Ereignisse der letzten Monate des Krieges. Der britische Rundfunk hatte damals ein spezielles Programm unter dem Titel „Hier sprechen deutsche Kriegsgefangene zur Heimat“ eingerichtet. Es hatte seinen festen Sendeplatz täglich um 19 Uhr für dreißig Minuten. Es gab Nachrichten, kurze Berichte und Interviews und natürlich immer einen aktuellen Kommentar. In seiner Biographie „Meine Schlösser oder Wie ich mein Vaterland fand“ (1989, Neues Leben, Berlin / Neuauflage 1995, Edition Nautilus, Hamburg) hat Kled den politischen Kurs dieser Rundfunkprogramme auf die knappe Formel gebracht: „Antifaschistisch-demokratisch, alles für das Ende des Krieges, Wahrheit über die deutsche Geschichte. Wir machten ehrliche Politik für ein neues Deutschland, wollten zur Rückkehr Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker beitragen.“

Der zweite Teil bringt Kommentare und längere Rundfunkvorträge, die Kled über den NWDR Köln gesprochen hat. Er war 1946 von der britischen Besatzungsmacht, der der Sender unterstand, als Leiter der Politischen Abteilung und zeitweilig als amtierender Intendant eingesetzt worden. Die Briten wünschten seine Mitarbeit. Er hatte sich bei der BBC ihren Respekt als konsequenter Antifaschist errungen. Auch in diesen Sendebeträgen wird Schnitzlers eindeutiges Engagement für einen grundlegenden Wandel in Deutschland, für eine gesellschaftliche Alternative, überzeugend erkennbar. Daß er damit nicht nur Zustimmung „bei der Besatzungsbehörde“ fand, versteht sich. So wurde Kled Ende 1947, als sich die westlichen Alliierten Schritt um Schritt aus der Antihitlerkoalition in den kalten Krieg absetzten, zusammen mit anderen aufrechten Antifaschisten (u. a. Karl Georg Egel, Karl Gass, Max Burghard, Hans Günther Cwojdrak) aus dem Rundfunk hinausgedrängt. Kled ging Ende 1947 nach Berlin. Im März 1948 begann er seine Tätigkeit im Berliner Rundfunk. Ein Anhang enthält Abschnitte aus der Gedenkrede von Prof. Dr. Günter Erbach bei der Trauerfeier am 19. Oktober 2001 in Eichwalde, außerdem Daten zu Schnitzlers Biographie und zu seinem publizistischen Schaffen sowie vier Seiten Fotos. Am 28. April wäre Kled übrigens 90 Jahre alt geworden.

Heinz Grote
K.-E. von Schnitzler „Frühe Denkanstöße“, Erste Rundfunkkommentare 1944–1947, (über BBC London und NWDR Köln), NORA-Verlag, 2008, 17,50 €, ISBN 978-3-86557-142-7



Die Inflation

Man sieht die Bundesdruckerei im Streß, denn Euros werden nachgedruckt. Indes der „Aufschwung“ Merkels sich nun spürbar neigt, jedoch die Inflation gefährlich steigt. Regierung, Kabinett und Bundestag – man hört nichts, still ist's! Wie im Sarkophag. Kein Wortgefecht und nichts im Protokoll, wie wer wodurch den Trend beenden soll. Weltwährungskrisen und das Kapital, schon 29 war das eine Qual. Das große Elend stieg millionenfach, die Konjunktur sank ab, sie wurde schwach. Da spricht betäubend der Minister Glos: „Die Menschenwürde schreiben wir doch groß!“ Wer heut' durch Zwang ein-Euro-jobben muß, steht später mit der Rente ganz am Schluß. Die Menschenwürde, hier im eignen Land, die hat demnächst noch weniger Bestand. Herr Pflüger schrie es in die Welt hinaus, „Ja – alle Macht, die geht vom Volke aus!“

Die Losung diente dem Erhalt – wie doof, von der Beamenschleuder Tempelhof. Hat das Chamäleon Pflüger mal gefragt: „Was hätt' das Volk zum Euro-Start gesagt?“ Ja! Volkes Macht, die wurde ignoriert. Man hat Verfassungstexte selbst signiert. Der Bund, aus Angst vorm Volk – die Hosen voll. Nur die Franzosen fanden das nicht toll. Doch wehe dem, das deutsche Volk steht auf und brächte seine Wut zum Überlauf, dann kämen Schäubles Trümpfe erst ins Spiel. Vergleich: Ermächtigungsgesetz als Ziel! Noch meint er, dieses dichtverzweigte Netz, vom Bundestag beschlossen und Gesetz, allein sich gegen Terroristen wehrt! Hat Hitler sich um das Gesetz geschert? Wenn Volkes Macht aus Not sich Rechte sucht, wird es schon bald als Terrorist verflucht. Da brechen täglich Lebensläufe weg! Geschichte warnt: „Die Inflation! Comeback!“

Hans Horn

Unsere Rostocker Kaserne trug den Ehrennamen „Fiete Schulze“ Ein revolutionäres Vorbild

In Vorbereitung der Namensgebung für die Rostocker Ulmenkaserne der NVA im Jahre 1964 stellten wir fest, daß wir eigentlich wenig über Fiete Schulze wußten. Also machten wir uns auf die Suche und entdeckten das 1959 im Berliner Dietz-Verlag erschienene Buch: „Fiete Schulze – Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gestapo-Gefängnis in Hamburg“. Darin hatte Erich Weinert einen Bericht der Tochter Fiete Schulzes – seinerzeit in der Sowjetunion – nacherzählt.

Auch mit Fietes in Hamburg lebender Tochter Wilma Giffrey konnten wir über die dortige Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Kontakt treten. Unsere Suche nach Mitstreitern Fiete Schulzes bei den Hamburger Arbeiterkämpfen vor 1933 hatte Erfolg. Die Genossen halfen uns bereitwillig. So brachten wir in Erfahrung, daß im Museum für Deutsche Geschichte eine Totenmaske Fiete Schulzes vorhanden sein könnte.

Nach kurzer Zeit erhielten wir von dort eine Kopie der Maske. Der Sendung lag die Mitteilung bei, daß in der ersten Zeit der Naziherrschaft von zum Tode verurteilten Gefangenen Totenmasken angefertigt wurden. Später hob man diese Anordnung auf.

Am 9. Oktober 1964 fand im Zusammenhang mit dem 15. Jahrestag der DDR die feierliche Namensgebung der Fiete-Schulze-Kaserne statt. Wenige Tage später wurde Fietes 70. Geburtstag zum Anlaß genommen, im Beisein von vier seiner ehemaligen Kampfgenossen ein Gedenkzimmer im Objekt einzuweihen. Die Enthüllung der Totenmaske bewegte die Teilnehmer sehr.

Am 12. Juli 1966 besuchte Wilma Giffrey erstmals unsere Kaserne. Sie zeigte sich von der Würdigung ihres Vaters tief beeindruckt.

Auf unsere Anregung hin gestaltete der Rostocker Maler Karl-Heinz Kühn für das Gedenkzimmer ein Porträt Fiete Schulzes. Es befindet sich jetzt im Magazin des Militärmuseums Dresden.

Mit Hilfe Wilma Giffreys und der NVA-Zeitschrift „Armeerundschaue“ wurden weitere Mitstreiter Fiete Schulzes ausfindig gemacht. Es gelang uns auch, briefliche und danach persönliche Kontakte zu Jelena Serebrowskaja aus Leningrad und Jenny Voss aus Pawlodar herzustellen.



Beide standen Fiete Schulze während seines mehrjährigen Aufenthaltes in der Sowjetunion zur Seite.

Intensive Nachforschungen verhalfen uns zu zahlreichen Büchern über die Hafenstadt und den Hamburger Aufstand, darunter Larissa Reisners „Hamburg auf den Barrikaden“ und „Von Astrachan nach Barmbeck“.

Auch unsere Suche nach weiteren Namensträgern verlief erfolgreich und brachte uns 23 Bekanntschaften ein. Darunter befanden sich Schulen in Berlin, Leipzig und Fürstenwalde. Überdies gehörten ein Arbeitskollektiv des Palastes der Republik sowie eine Jugendgruppe aus dem Dorf Sildemow bei Rostock dazu. Erfreut nahmen wir zur Kenntnis, daß ein Torpedoschnellboot der Volksmarine und ein Frachtschiff der Deutschen Seereederei Rostock den Namen Fiete Schulze trugen. Bedauerlicherweise sank dieses Schiff bei einem Unwetter in der Biskaya. Mit unseren neuen Partnern begannen wir einen regen Erfahrungsaustausch, der wechselseitige Besuche einschloß. In Rostock fand ein dreitägiges Fiete-Schulze-Freundschaftstreffen statt.

Zur Verbreitung von Kenntnissen über den beispielhaften Kommunisten wurden von uns mehrere Falblätter und bis zum 10. Jahrestag der Fiete-Schulze-Kaserne drei Broschüren herausgegeben. Zu einem durch die Sektion Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie „Friedrich Engels“ der DDR vom Militärverlag herausgegebenen Doppelband „Lebendige Traditionen“ trug ich eine Porträtskizze über Fiete Schulze bei.

Unser Wunsch nach Aufstellung eines Gedenksteins in der Fiete-Schulze-Kaserne stieß auf Zustimmung. Deshalb erhielt der Bildhauer Wieland Schmiedel den Auftrag, ihn zu gestalten. An dieser Schaffensperiode nahmen wir regen Anteil. Höhepunkte dabei waren mehrere Atelierbesuche in Crivitz bei Schwerin. Anlässlich des 75. Geburtstages von Fiete Schulze wurde der Gedenkstein in der Kaserne enthüllt und die an ihr vorbeiführende Ulmenstraße in Fiete-Schulze-Straße umbenannt. An diesem Zeremoniell nahmen sowjetische und polnische Waffenbrüder sowie zahlreiche Einwohner Rostocks teil.

An Fiete Schulzes 80. Geburtstag am 22. Oktober 1974 fand in unserer Kaserne das erste zentrale Treffen der Fiete-Schulze-Kollektive aus der gesamten DDR statt. Ein von uns gestiftetes Fiete-Schulze-Ehrenbanner wurde der Oberschule Fürstenwalde für vorbildliche Traditionspflege überreicht.

Voller Stolz nahmen wir zur Kenntnis, daß Fiete Schulze am 25. Oktober 1970 in den Ehrenhain der Hamburger Widerstandskämpfer 1933–1945 auf dem Ohlsdorfer Friedhof umgebettet wurde. Seine juristische Rehabilitierung erfolgte erst 46 Jahre nach seiner Ermordung. Einer Initiative der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes entsprechend ließ die Staatsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht 1981 das Todesurteil gegen Fiete Schulze gerichtlich aufheben. Die Rostocker Fiete-Schulze-Kaserne gibt es heute nicht mehr. Einige Fakultäten der Universität, die früher Wilhelm Piecks Namen trug, haben in ihren Gebäuden Einzug gehalten. Die Fiete-Schulze-Straße heißt wieder Ulmenstraße. Aber der Gedenkstein steht noch auf seinem Platz und wird gepflegt. Hoffen wir, daß es gelingt, an diesem Ort wieder würdige Veranstaltungen durchzuführen, wie es seit Jahren in Sildemow am dortigen Obelisk zu Geburts- und Todestagen von Fiete Schulze geschieht.

Mir ist es mit Hilfe einiger Gleichgesinnter 1990 glücklicherweise gelungen, alle Materialien aus dem Fiete-Schulze-Gedenkzimmer sicherzustellen und dem Enkel des großen Revolutionärs, Werner Giffrey, für die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg zu übergeben. Die Totenmaske war allerdings schon verschwunden, ist aber auf dem Gedenkstein nachgestaltet. Mein gesammeltes Forschungsmaterial haben die Hamburger Genossen der DKP übernommen, um es entsprechend zu archivieren.

Fiete Schulzes Tochter Wilma ist am 17. Juli 2007 im Alter von 92 Jahren verstorben. Es war mir eine Ehre, an der Beisetzung auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf teilnehmen zu können.

Am **3. Juni** wird unser treuer und verlässlicher Genosse

Bernd Koletzki

aus Hangelsberg **70 Jahre** alt.

Bernd hat sich um den Aufbau und die Stärkung des RF-Vertriebsnetzes hochverdient gemacht.

Herzlichen Glückwunsch!

Kurt Loge, Rostock

Walter Ruge über das Flunkern der bürgerlichen Journaille Ein Brief an den RBB

An den
Rundfunk Berlin-Brandenburg
Radio multikulti/Russische Redaktion
Masurenallee 8-14
14057 Berlin

Zunächst einmal herzlichen Dank für die Kopie Ihrer Sendung auf CD. Es bleibt schwer, Sie mit Ihrem Firmenzeichen Multikulti einzuordnen; man stellt sich am ehesten eine bunte Menge vielfarbiger junger Menschen mit ungewöhnlicher Musik – so etwas wie einen Karnevalszug – vor. Das ist sicher ungerecht, um so mehr als Sie ja eine russischsprachige Institution sind, somit sicher Anspruch auf Seriosität erheben.

Hier soll versucht werden, dieses Image – behutsam – in Frage zu stellen.

Offensichtlich verfügen Sie über eine Sendezeit von jeweils 30 Minuten, da bleibt nicht viel für einen Walter Ruge – und das vermerke ich nicht aus Eitelkeit! –, sondern weil in derart knapper Zeit Berichte sehr schnell zur „Häppcheninformation“ – ein treffender Ausdruck aus der Branche – verkommen. Es klingelt zwar, sagt aber im Grunde genommen überhaupt nichts aus. Das mag bei den landläufigen Themen hinreichen, bei diesem sollte man schon überlegen, ob es bei Zeitmangel nicht besser wäre, generell zu verzichten. Zur Vereinfachung der Prozedur verwenden Sie den Sibirien-Film „Über die Schwelle“. Sie laden Tonpassagen des Ruge aus diesem Film herunter. Das ist Ihr gutes Recht. Die Frage ist nur, warum Sie die umständliche Fahrt zu mir nach Potsdam unternommen haben, um ganze 59 Sekunden (von insgesamt 5 Minuten und 15 Sekunden, 18,9 %) von diesem O-Ton in der Sendung zu bringen; das reicht nicht aus, um deren Glaubwürdigkeit zu demonstrieren, ist auch nicht sehr ökonomisch gedacht.

Ihr Sprecher verfällt – besonders bei den Nachrichten – in einen eigenartigen Galopp, hastet, als ob er einen Sekundenzeiger vor sich hat, und wird dabei – und das ist der Makel – recht unverständlich. Kein Beinbruch, denn diese „Nachrichten“ haben es in sich, besser haben nichts „in sich“, sind billigster Boulevardklatsch. Und wozu diese Eile, „weniger, aber besser“ wäre anzuraten. Gewiß, auch Wladimir Putin spricht etwas überhastet, aber er artikuliert sich klar, ist verständlich;

daran könnten Sie sich ein Beispiel nehmen.

So viel also zur Technik. Gravierender wird es, wenn sich ihr Textschreiber – der ja auch zu Wort kommen möchte und augenscheinlich in Potsdam mit vor Ort war – einschaltet: Er macht „seinen Job“ bedenkenlos unprofessionell.

O-Ton Ihres Sprechers: „Von seinen 92 Jahren verbrachte Walter Ruge 25 Jahre als ‚politischer Häftling‘ über dem Polarkreis.“ Das ist doch fabulös, pure Erfindung. Nirgends ist davon die Rede, weder im Film noch in meinem Buch „Treibeis am Jenissei“ noch beim Gespräch in meiner Wohnung. Ihnen steht völlig frei, über meinen Verbleib in der UdSSR zu berichten oder dies zu unterlassen, aber es muß schon irgendwie mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Ich kann damit leben, aber Sie machen sich unglaubwürdig. So kann ich die DVD niemandem abspielen, da jedermann weiß, daß sie vorne und hinten nicht hinhaut.

Kurz gefaßt: Ich war 8 Jahre freier Sowjetbürger in Moskau, dann 8 Jahre als unfreier Sowjetbürger in Omsk am Irtytsch, dann 4 Jahre als unfreier Sowjetbürger über dem Polarkreis, und dann noch 5 Jahre im Nordural (davon 3 Jahre „frei“, voll rehabilitiert). Also 4 Jahre über dem Polarkreis! Was Sie selbst noch einmal ganz anders – wieder willkürlich falsch – weiter unten darstellen. Ihr Textschreiber „errechnet“ dort, daß ich „14 Jahre in Lagern über dem Polarkreis verbracht“ habe. Wieder glatter Unfug! Die Nachbarschaft mit deutschen Kollegen in der Masurenallee, die Rußland als die große Unbekannte betrachten, wo sich die Fuchse gleich hinter Moskau „gute Nacht sagen“ (es gibt Ausnahmen wie Dirk Sager oder Klaus Bednarz), hat irgendwie auf Sie abgefärbt. Zwischen Moskwa, Jenissei und Irtytsch ist nun mal ein erheblicher Unterschied – Sie sollten das wissen und auch so weitervermitteln.

An der Wohnzimmerwand bei Ruge hat ihr fleißiger Reporter Fotos vom Eisgang auf dem Jenissei ausgemacht, „den Walter aus dem Fenster seiner Wohnung in der Stadt Igarka beobachtet hat“. Toll! Es gab weder dieses Fenster noch diese Wohnung, es gibt überhaupt kein Haus in Igarka, aus dem man den Jenissei, geschweige denn den Eisgang, beobachten könnte (auch heute nicht), weil Igarka gar nicht am Jenissei, sondern an einem schmalen Nebenarm liegt, wo der Eisgang völlig unbedeutend ist. Mehr noch: Walter hat nie in Igarka „gewohnt“, war dort lediglich im Juli 1954, um seine Ehe mit Irina Alferowa beim dortigen Standesamt registrieren zu lassen. Das war im Juli, der Eisgang aber ist am 10. Juni vorüber – wozu also dieser völlige Unsinn? Die Fotos, die der aufmerksame Reporter bemerkt hat, sind in der Siedlung Ermakowo,

hundert Kilometer südlich von Igarka, wo Walter tatsächlich 4 Jahre gewohnt hat, 1953 geschossen worden, eben dort hinter Moskau, „wo sich die Fuchse gute Nacht sagen“.

Dann findet der Sprecher Walter (es muß sich um den Film „Über die Schwelle“ handeln) „in einer Baracke wieder, wo früher einmal Häftlinge eingepfercht waren“. Solche Baracken haben wir gesucht, aber nicht mehr auffinden können. Es handelt sich also um Barackenruinen in der ehemaligen Siedlung Ermakowo, die 1978 wegen eines unterirdischen Atomversuchs total geräumt wurde und seitdem verfällt. Es ist einfach nicht auszumachen, wie die blühende Phantasie Ihres Texters solche Visionen haben konnte. Doch er spinnt den Faden weiter: „Stellenweise hat der ewige Frostboden diese Baracken verschlungen. Es bleibt dem Verfasser überlassen, wie er sich das vorstellt. In Wirklichkeit ist die nördliche Taiga in den 52 Jahren mit Birken und Zedern in die Siedlung Ermakowo zurückgekehrt.“

Der Zeitmangel gebot, konzentriert vorzugehen. Sie konnten für diese fünf Minuten Sendezeit nicht aufwendig recherchieren, dazu wurde der einfachste Weg, ein Gespräch mit Walter Ruge, gesucht, aber nicht konsequent genutzt. Sie verpackten den Gesprächspartner kurzerhand in ein Rollenklischee: Fährt Rad, und – geradezu köstlich: „Er bedauert nicht einen gelebten Tag.“ Bedauere! So ganz ohne Handy und Online-Banking! Was sollen diese frei erfundenen Weisheiten? Oder sind das die Lebensmaximen Ihres sorglosen Texters, die mir hier noch schnell übergestülpt werden?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Interviewpartner Walter Ruge



Diesen Rotfuchs übergab uns Heike Schwarz aus Frankfurt/Oder

Am **3. Juni um 18 Uhr** spricht
Prof. Dr. habil Bernd Koenitz
im Liebknecht-Haus, Braustraße,
auf einer Veranstaltung der
Regionalgruppe Leipzig über
das Thema **CSSR 1968 –
„demokratischer Sozialismus“
oder Konterrevolution?**

Ein makabres Kuba-Spiel „Tolles Gefühl“

Bemühungen der Bundesregierung, Kinderspielzeug von materiellen Gift- und Schadstoffen freizuhalten, sind unterstützenswert. Aber sie reichen nicht aus, denn manche Spielzeughersteller verstecken auch ganz andere ideelle Gifte in ihren Produkten. Das wurde mir deutlich, als der Neubrandenburger „Nordkurier“ unlängst ein Erzeugnis der Firma „Eggert-Spiele“ vorstellte und empfahl. Es handelt sich um ein „Cuba“ genanntes „Gesellschaftsspiel“ für zwei bis fünf Beteiligte ab 12 Jahren, denen für etwa zwei Stunden ein „tolles Gefühl“ versprochen wird. Vielleicht sollte man die Herstellerfirma mit einem Warnsignal für die Spielzeugkäufer versehen.

Stutzig machte mich, daß der sonst den sozialistischen Karibikstaat eher rüde bedienende „Nordkurier“ plötzlich einräumte, auch ihn fasziniere „viele an Kuba“, beispielsweise „die Sonne, die vielen alten Autos, der entspannte Lebensstil: viel zu viel, um es in ein Spiel zu packen“. Deshalb hätten sich die Spielentwickler auch „nur auf einige Aspekte konzentriert, die den Mittelpunkt bilden“. In der Anleitung heißt das dann: „Unsere Aufgabe ist es, als Plantagenbesitzer so viele Waren wie möglich zu produzieren und zu verschiffen. Dazu brauchen wir die Hilfe des Arbeiters, der die Felder bestellt, oder des Vorarbeiters, der unsere Produktion anwirft.“

Ein erstes Staunen über den „entspannten Lebensstil“, der doch so gar nicht dem von Bush und dessen europäischen Konkurrenten gezeichneten Kubabild entspricht, wich schnell der Erkenntnis: Hier wird versucht, ein ganz anderes Kuba ins Spiel zu bringen. Jenes, in dessen Bars und Bordellen sich einst vermögende Nordamerikaner fläzten und von dessen Wiederherstellung reiche USA-Bürger noch heute träumen. Mit anderen Worten: Das Spiel soll die Akteure bewußt und gewollt in ein Kuba versetzen, welches mit der gegenwärtiger Realität absolut nichts gemein hat.

Dort werden „wir“ als sogenannte Arbeitgeber gebraucht. Daß Kuba in Wahrheit mit dem Kapitalismus gebrochen hat und eine sozialistische Gesellschaft aufbaut, in der die Industrie verstaatlicht ist und die landwirtschaftliche Nutzfläche fast völlig durch Genossenschaften oder volkseigene Güter bearbeitet wird, bleibt dabei außer Betracht. Auch der Rezensent des Eggert-Spiels verliert darüber natürlich kein Wort.

Ganz spielerisch wird den Beteiligten vorgegaukelt, auf Kuba habe die Konterrevolution längst gesiegt, auch dorthin

seien die Casino-Besitzer zurückgekehrt. Die Plantagenarbeiter gehören wieder dem Patron. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens, von dem die Erfinder dieses „Gesellschaftsspiels“ beseelt sind. Überdies soll den Teilnehmern vermittelt werden, man könne auch mit den Gesellschaftsordnungen „spielen“. Die Idee, Kindern und Jugendlichen auf eingängige Weise schon mal eine Ausbeuterrolle zuzuweisen und dabei „tolle Gefühle“ auszulösen, ist nicht neu. Man denke nur an „Monopoly“.

Übrigens: Das vom „Nordkurier“ gepriesene Spiel stellt in Wahrheit eine nur dürftig versteckte Form der Kriegshetze dar, soll doch ein Land in seiner Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund auf verändert werden. Das ginge im Falle Kubas aber nur im Wege einer militärischen Intervention.

Der Rezensent des „Nordkurier“ sagt ungewollt die Wahrheit: Es handle sich um „ein Spiel aus dem Tollhaus“. Ein Anlaß mehr für uns, die Solidarität mit dem kubanischen Volk und seinem grandiosen Aufbauwerk zu verstärken.

Wolfgang Mäder

Brief aus der „Heldenstadt“ Pleitegeier als Wappentier

Verachtet mir die Meister nicht und ehret ihre Kunst!“ Das Wort ist uns von Hans Sachs überliefert. Das Opfer ist diesmal längst nicht so prominent wie Handwerkskammerpräsident Dirscha, über dessen Insolvenz ich im RF 122 berichtete. Aber die Sache stinkt derart zum Himmel, daß sich die „Exakt-Redaktion“ des MDR dieses Falles annehmen mußte. Eine Leipziger Baufirma hat vor zwei Jahren bestellte Arbeiten von 50000 Euro ausgeführt und ihr Geld nicht erhalten. Sie zog daraufhin vor das Landgericht und klagte. Dieses konnte die Klageschrift jedoch nicht zustellen, weil der betrügerische Schuldner auf einmal abgetaucht war und am Grundstück sein Namensschild entfernt hatte. Die Richter zuckten nur mit den Achseln ...

Das Opfer ging zum Haus ohne Namen und betrat das Grundstück, um die Post persönlich zu übergeben. Die anwesende Person verbat sich das lauthals und zeigte den Eindringling an. Das Amtsgericht verurteilte ihn wegen „Hausfriedensbruchs“. Das also versteht man hierzulande unter „Beschleunigung“ fälliger Zahlungen.

Damit war für die Fernsehreporter die Sache erledigt. Doch sie hatten diesmal auf einige Kleinigkeiten verzichtet, die sonst zur Routine gehören. Zum Beispiel darauf, Meinungen einzuholen. Der Handwerkskammerpräsident und Verbandsvertreter hätten sich gern geäußert. Denn bei dem

geschilderten Fall handelte es sich nur um die Spitze des Eisbergs. Die Zahl jener, welche fällige Rechnungen vorsätzlich nicht begleichen, ist Legion.

Die sächsische Öffentlichkeit erhält seit Jahr und Tag von den zuständigen Ministern keine Informationen über durch Zahlungsflucht geschädigte und zugrunde gegangene Firmen, verlorene Arbeitsplätze und Lehrstellen, über das finanzielle Gesamtminus. Und wo ist die parlamentarische Kontrolle? Oder ein „Reparaturplan“ für die marode Justiz, die mit ihrem Gesetzbuch gesunden Unternehmen, die sie eigentlich schützen soll, oft gefährlicher wird als Betrügnern, die sich wie eine Epidemie ausgebreitet haben?

Ich habe die örtlichen Bundestagsabgeordneten angesprochen, vor allem Herrn Weißgerber von der SPD, und sie gebeten, sich für die geprellten Handwerker und kleinen Unternehmer einzuschalten. Auch den ehemaligen Bundesgeschäftsführer der SPD Ottmar Schreiner habe ich bereits 1998 darum ersucht. Nicht minder einen der führenden Linkspolitiker. Sie erhielten von mir eine wichtige mitteldeutsche Wirtschaftsanalyse mit besonderer Bezugnahme auf die defizitäre Rechtslage ausgehändigt. Und da, wie man unschwer erkennen kann, der „Erfolg“ einer Null hinter dem Komma glich, habe ich mich als Wirtschaftsredakteur

der linken Zeitung „Leipzigs Neue“ bei der Handwerkskammerleitung persönlich dafür entschuldigt, nichts erreicht zu haben. Leider ist bei keiner der etablierten Parteien eine Positionierung zugunsten der Geschädigten erkennbar.

Neben dem oben geschilderten Fall möchte ich noch zwei weitere Beispiele anführen: Ein Leipziger Bestattungsunternehmer mußte eineinhalb Jahre warten, bevor die Stadtverwaltung seine Rechnung für die Beisetzung eines von ihr betreuten Sozialhilfeempfängers beglich. Und zweitens: Laut Medienberichten hat die Bundesregierung als Bauauftraggeber einer Firma aus Halle/Saale die Arbeiten am Fundament des Berliner Kanzleramtes nicht vollständig bezahlt und daraufhin erhobene Proteste einfach ignoriert, so daß der Unternehmer in die Pleite stürzte.

Der Glaube an den „Rechtsstaat“ ist an der Basis weitgehend erschüttert. Die Mehrheit der Ostdeutschen hat das, was auf sie zukommen würde, im Herbst 1989 offensichtlich falsch eingeschätzt.

P. S. Kürzlich mußte sogar die auf der internationalen Bühne operierende Transportfirma RICÖ Insolvenz anmelden. Sie gilt als prominent, weshalb von ihr gesprochen wird. Die zahlreichen unbekannteren Kleinfirmen verschwanden als Geschädigte spurlos.

Joachim Spitzner, Leipzig

Warum die CIA den Dalai Lama jetzt aus der Kiste holte

Auf das „Timing“ kommt es an

US-Geheimdienste sind immer auf das „Timing“ (die Wahl des richtigen Zeitpunkts) fixiert. Ein jüngstes Beispiel dafür: Die Regisseure der antichinesisch-antikommunistisch orientierten Provokation gegen Beijing hatten dem Hauptdarsteller zum 11. März 2008 grünes Licht gegeben.

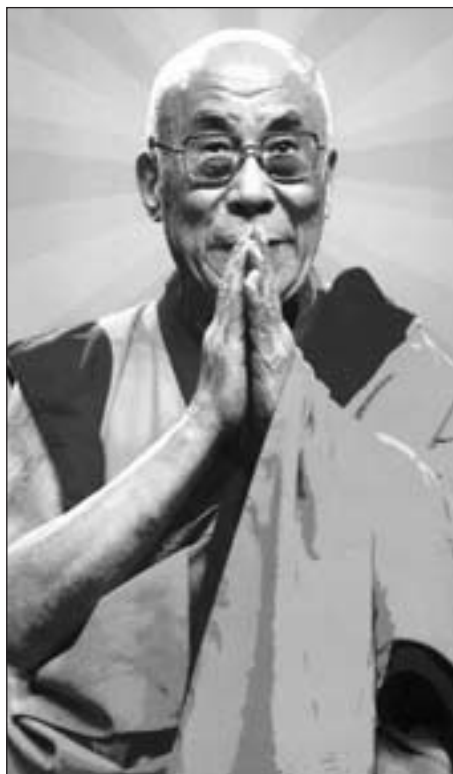
Genau vor 50 Jahren war durch den Dalai Lama (DL), der von der CIA beraten und unterstützt wurde, in Tibet ein Aufstand ausgelöst worden, der Schiffbruch erlitt. Jetzt behauptete der DL in einer Ansprache aus seinem indischen Exil, China habe sich damals „unvorstellbarer und grausamer Menschenrechtsverletzungen“ schuldig gemacht. Von „Völkermord“ war gar die Rede.

Das Signal für seine Kampfgruppen im Exil und für Verschworene in Tibet selbst war gegeben. Am gleichen Tag noch versuchten seine Anhänger in der nepalesischen Hauptstadt Katmandu die chinesische Botschaft zu stürmen. Und nun begann ein Amoklauf, der zunächst New York, dann Wien, Delhi, Marseille, Berlin und Athen erreichte. Koordiniert forderte man „Freiheit für Tibet“.

Zur Regie der Eröffnung eines kalten Propagandakrieges gegen die Volksrepublik China gehörte, daß der DL durch Besuche in Hauptstädten führender imperialistischer Länder maximale Publizität erhielt. In der BRD verlieh ihm die Universität Münster den Ehrendoktor. Nicht zufällig wurde ihm ein hauseigener Preis der „Bild-Zeitung“ zuteil. Der als Geistlicher verkleidete politische Scharlatan sonnte sich bei seiner vorletzten Visite im Wohlwollen von Angela Merkel, die es sich nicht verkneifen konnte, „Seine Scheinheiligkeit“ exklusiv zu empfangen.

Bei einem USA-Besuch wurde dem DL die höchste Auszeichnung des Kongresses der Vereinigten Staaten überreicht, während ihm George W. Bush seine Erfahrungen bei der „Demokratisierung“ von „Schurkenstaaten“ vermittelte. Das „Timing“ war auf „nachhaltige“ Wirkung angelegt. Es geht darum, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele mit einer antichinesischen Kampagne zu überschatten. Das „Fest der Jugend“ soll dazu mißbraucht werden, „Chinas Image weiter zu beschädigen“.

Der exiltibetische Kampfverband TPUM will den Beginn der Olympiade, so sie nicht mehr verhindert werden



Seine Scheinheiligkeit, der Dalai Lama

könnte, als „Höhepunkt“ provokatorischer Umtriebe „markieren“. Die „Reise der Harmonie“, der Fackellauf rund um die Welt,

wurde in einigen Staaten von Anschlägen und Provokationen beeinträchtigt. Roland Koch überschlug sich mit seiner Forderung, die Olympischen Spiele abzusagen, und lief bei Sportgremien ins Messer.

Überdies sollte der antichinesische Dauerbrenner eine negative Wirkung auf die Parlamentswahlen in Taiwan ausüben. Der Versuch schlug bekanntlich fehl, da gerade jene Kräfte die Mehrheit der Sitze erhielten, die nicht auf einem Konfrontationskurs gegen Beijing beharren.

Die globale Medienkampagne zielte auch darauf ab, den 5. Jahrestag der US-Aggression gegen Irak im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zurückzudrängen. Fünf Jahre Krieg im Zweistromland – das sind 150 000 bis 200 000 getötete Zivilisten, mehr als 130 000 tote Soldaten, darunter 4000 amerikanische GIs, zwei Millionen Iraker, die aus ihrer Heimat fliehen mußten. Und es sind 500 Milliarden Dollar, die die Washingtoner Administration bisher für die angebliche Demokratisierung Iraks verpulvert hat.

Schließlich schien den Regisseuren der Beginn des propagandistischen Feldzugs gegen Beijing auch insofern günstig, als einige Tage zuvor die völkerrechtswidrige Abspaltung des Kosovo von Serbien vollzogen worden war und man damit ein Beispiel geschaffen hatte, das Schule machen soll, wo immer es dem Imperialismus geboten erscheint. Die US-Strategen,

die erklärtermaßen die „Neuordnung der Welt“ anstreben, träumen offenbar im Rahmen ihrer Pläne zur Einkreisung Rußlands von einem weiteren US-Protectorat in Fernost.

Es ist damit zu rechnen, daß die Medien der Bourgeoisie bis zum Beginn der Olympiade kontinuierlich die antichinesische und antikommunistische Karte spielen werden. Dabei wird die besondere Rolle der BRD immer offensichtlicher. Peter Scholl-Latour, gewiß kein Sympathisant linker Ideen und sozialistischer Staaten, traf die Feststellung: „Der Gipfel dümmlicher Anmaßung ist erreicht, wenn Angehörige deutscher Splitterparteien, deren Regierungen mit wachsender Mühe der Verwaltung von achtzig Millionen Staatsbürgern gerecht werden, einem riesigen Imperium Vorschriften und Vorwürfe machen, dem das Wohl von 1,3 Milliarden Menschen anvertraut ist und dem es gelang, deren erbärmliches Existenzniveau deutlich anzuheben.“

Prof. Dr. Georg Grasnack



Grafik von Gun Kessles: Chinesische Mutter mit Kind
Aus: „Proletären“, Göteborg

Tausend Studenten aus China und Deutsche demonstrierten in Berlin gegen die antichinesische Kampagne des Imperialismus und seiner Medien. Gleiche Manifestationen gab es an anderen Orten. In der asiatischen Volksrepublik fanden Massendemonstrationen und Internetaktionen zur Unterstützung der Regierung statt. Bereits nach der Bombardierung der Botschaft Beijings in Belgrad 1999 durch die U. S. Air Force stellte ein Washingtoner Analytiker fest, daß die chinesische Jugend nicht, wie man erwartete, den westlichen Verlockungen folgt, sondern sich sehr patriotisch verhält. Schon jetzt ist klar, daß die Angriffe auf Olympia ihr Ziel nicht erreichen werden. Es geht hier nicht um Spiele allein, die Attacke richtet sich gegen China als sozialistische Macht. Auf eine Frage des Berichterstatters der „Tagesschau“ nach deren Auswirkungen auf das China-Bild in Deutschland reagierte Beijings Botschafter in Berlin: Es habe bereits dem Image der BRD unter der chinesischen Bevölkerung Schaden zugefügt, was sich auch in Zukunft auswirken könne.

Die derzeitige antichinesische Kampagne ist, und daran lassen selbst deren Organisatoren keinen Zweifel, von außen organisiert, gesteuert und finanziert. Tibet ist eine Autonome Region Chinas. Es gibt kein Tibet-Problem in der VR, wie es kein New-York-Problem in den USA gibt. Das heißt nicht, daß in Tibet bereits alle Fragen gelöst wären. Probleme bestehen sowohl in China als auch in den USA. Tibet mißt 1,2 Millionen km², d. h., sein Territorium ist fast dreieinhalb mal so groß wie die Fläche der BRD. Seine Einwohnerzahl beträgt 2,8 Millionen, davon sind über 90 % Tibeter, etwa 6 % Han (in der VR China leben 1,3 Milliarden Menschen aus 56 Nationalitäten, alle sind Teil des chinesischen Volkes. Die Han stellen mit über 90 % den größten Teil der Bevölkerung). Zum Prozeß der Herausbildung des chinesischen Staates gehörte die Hochzeit einer Prinzessin des Kaiserhofes mit dem König von Tibet im Jahre 641 u. Z. Schon Mitte des 13. Jahrhunderts war Tibet offizieller Bestandteil des chinesischen Kaiserreiches. Im Verlauf der halbkolonialen Unterjochung Chinas durch die westlichen Mächte nach den Opiumkriegen überfielen britische Truppen von ihrer Kolonie Indien aus 1888 und 1903 zweimal Tibet und besetzten dabei auch Lhasa. Unter dem Druck Großbritanniens gaben tibetische Behörden 1913 eine „Unabhängigkeitserklärung“ ab. Diese stieß auf den Widerstand der chinesischen Zentralregierung und konkurrierender imperialistischer Staaten. Bereits am 1. Januar 1912 verkündete Sun Yat Sen in seiner Antrittsrede als Provisorischer Präsident der Republik China „die Vereinigung der Han, Mandschuren, Mongolen, Hui und Tibeter in einem Staat, zu Mitgliedern einer großen Familie“. Die Verfassung legte fest, daß Tibet Bestandteil der Republik China ist. Die Vertreter Tibets nahmen an den offiziellen Akten der Guomindang zur Bildung der Nationalregierung und der Nationalversammlung teil.

In der Endphase des Bürgerkrieges, in der sich die Niederlage des Tschiang-Kai-Schek-Regimes abzeichnete, intensivierten die USA ihre Aktivitäten. Nach Beginn der Aggression gegen Nordkorea im Jahre 1950 kündigten sie an, tibetische Ambitionen zu unterstützen, sich von China loszusagen.

Nach Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 wurde am 23. Mai 1951 zwischen deren Zentralregierung und den örtlichen Behörden in Lhasa ein 17-Punkte-Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets abgeschlossen. Der Dalai Lama und der Panchen Lama erhielten hochrangige Staatsämter.

Die CIA bildete u. a. in Colorado tibetische Terroristen aus. Einer von ihnen namens

verletzen. 1987/88 ereigneten sich erstmals seit 1959 wieder Revolten in Tibet, die mit der Forderung nach Abtrennung verbunden waren. Die terminliche Nähe zu den Ereignissen in Beijing 1989 und der Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa ist nicht zu übersehen.

Die jüngste Entwicklung ist unschwer nachzuvollziehen: Im Mai 2007 fand auf Einladung der „Friedrich-Naumann-Stiftung“ der FDP in Brüssel eine Konferenz zur Beratung der Chancen statt, die „sich den Tibetern mit den Olympischen Spielen bieten“. Im November folgte in Berlin eine Veranstaltung des „Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag“ zum Thema „Tibet und Olympia“. Der bereits 1970 im Exil gebildete „Tibetische Jugendkongreß“

Ein schändlicher Angriff auf das sozialistische China Tibet und Olympia

Dainmba kehrte von dort nach China zurück und äußerte 1991 auf einer Pressekonferenz in Beijing: Ein Politinstrukteur des Ausbildungslagers habe erklärt, um zu verhindern, daß China reich und stark werde, bestehe die Strategie der USA darin, das Land zu teilen, solange es noch arm sei. Das erste Ziel bestehe in der Losrennung Tibets, dann Xinjiangs, danach der inneren Mongolei und schließlich der Mandschurei.

Bis 1959 herrschte in Tibet mittelalterliche Leibeigenschaft. 5 % der Bevölkerung gehörten zur herrschenden Klasse, 90 % waren Leibeigene und 5 % Sklaven. Die Feudalherren widersetzten sich Reformen und verstärkten mit Unterstützung von außen separatistische Bestrebungen. 1959 führte das zu einem Putsch. Er scheiterte. Der Dalai Lama wurde von CIA-Zöglingen des Lagers Colorado nach Indien verbracht.

Dieser „Gottkönig“ spricht von Menschenrechten, ist aber Repräsentant der Leibeigenschaft und Sklaverei in Tibet und hat sich nie davon distanziert. Er nennt sich Demokrat, wurde aber auch während seines Exils in keines der von ihm bekleideten Ämter gewählt. Er soll der Vertreter der Gewaltlosigkeit sein, hat sich aber nie gegen die Aggressionskriege der USA und der NATO ausgesprochen. Stolz hebt er in seiner Autobiographie hervor, daß zwei seiner Brüder aufs engste mit der CIA zusammengearbeitet haben. Der Dalai Lama redet von Humanismus, hat sich aber keineswegs von seinem Freund, dem Anführer der für das Giftgasattentat in der Tokioter U-Bahn verantwortlichen Aum-Sekte, distanziert. Seine Gönner in der BRD sollten wissen, mit wem sie da umgehen.

In Tibet wurde ab 1959 die Leibeigenschaft beseitigt. Seitdem wird die VR China angeklagt, dort die Menschenrechte zu

forderte die Unabhängigkeit der Region „mit Gewalt“. Im Januar 2008 wurde im indischen Exil mit ausdrücklicher Billigung des Dalai Lama die „Aufstandsbewegung des Volkes von Tibet“ gegründet. Dieser Kampfverband erhielt die Aufgabe, „direkte Aktionen“ durchzuführen und „den historischen Moment der Olympischen Spiele zu nutzen“. Die Reisen des Dalai Lama zu Frau Merkel und Mr. Bush Ende letzten Jahres bildeten den politischen Rahmen, um ihn zu einer internationalen Führergestalt aufzubauen. Zu den Unterstützern der Operation gehören auch die Heinrich-Böll-Stiftung, Bündnis 90/Die Grünen und Hessens Ministerpräsident Roland Koch.

Tibet hat seit der Abschaffung der Leibeigenschaft grundsätzliche Wandlungen erfahren: Die Lebenserwartung ist von 35 auf über 67 Jahre gestiegen. Materieller Konsum, Volksbildung und Gesundheitswesen haben zur positiven Veränderung der Lage der Menschen geführt. Es gibt keinen „Genozid“ an den Tibetern, sondern einen Aufbruch in ein zivilisiertes Leben. Die Autonomie wird durch Praktizierung von Tibetisch und Chinesisch als Amtssprachen befördert, wobei Tibetisch Vorrang hat. Alle staatlichen Dokumente sind in dieser Sprache ausgefertigt. Allein die 46 000 buddhistischen Mönche und deren 1400 Klöster widerlegen die Lüge es gäbe keine Glaubensfreiheit. Über 90 % der Kinder besuchen heute die Schule, im alten Tibet waren es 2 %. Der Anteil der Analphabeten liegt noch bei 30 %, das ist mehr als in der VR China insgesamt, aber bedeutend weniger als z. B. in Indien. Der größte Teil der Beamten im Autonomen Gebiet ist tibetischer Nationalität.

Rolf Berthold

Unser Autor war bis 1990 Botschafter der DDR in der VR China.

Der schwarze Kontinent erteilt dem Pentagon eine Abfuhr AFRICOM ist unerwünscht

Es wurde mit Pauken und Trompeten angekündigt: Ab 2008 werde Afrika sein militärisches Kommando haben. Washington entschied, um sein Interesse an dem Kontinent zu bekräftigen, alle afrikanischen Länder, deren Belange bisher unter dem europäischen, pazifischen und dem Zentralkommando aufgeteilt waren, in einer Großstruktur mit dem Namen AFRICOM zusammenzufassen. „Die Basis von AFRICOM wird auf afrikanischem Boden errichtet“, sagte General William „Kip“ Wald, ehemals Befehlshaber der US-Truppen in Bosnien-Herzegowina und Vizechef des europäischen Kommandos, der wohl aufgrund seiner afroamerikanischen Herkunft mit der Leitung der neuen Einrichtung betraut wurde. „Ab Oktober 2008 wird das Kommando von AFRICOM in Afrika etabliert werden“, bekräftigte auch Jendayi Frazer, Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten im U. S. State Department.

Rasch kam der Gegenbefehl: In einem Interview mit der BBC bestätigte Wald verärgert, „mehrere afrikanische Länder“ hätten „die Absichten der USA falsch interpretiert“. Deshalb werde sich AFRICOM vorerst nicht in Afrika niederlassen, sondern weiterhin in seiner Stuttgarter Basis verbleiben, wo sich auch der Stützpunkt des europäischen Befehlsstandes (EUCOM) befindet. Ein aufsehenerregender Rückzug, der zeitlich mit der einwöchigen Afrika-Rundreise von Präsident George W. Bush zusammentraf – einer Tour, die in Liberia (dem einzigen Land,

das sich bereit erklärte, AFRICOM zu beherbergen) endete.

Der Rückzieher reflektiert eine empfindliche Niederlage: Wenn die USA nämlich ihre ursprünglichen Pläne neu aufwerfen mußten, dann bedeutet dies, daß sie die Afrikaner nicht von ihren edlen Absichten überzeugen konnten. Trotz der auf Beruhigung abzielenden Behauptung des Außenministeriums und des Pentagons, die bei mehr als einer Gelegenheit unterstrichen, daß die neue Struktur nur eine „Rationalisierung des ohnehin schon Bestehenden“ sei, forderte die angekündigte Schaffung von AFRICOM auf dem schwarzen Kontinent heftigen Widerstand heraus.

Die Opposition ging von Südafrika aus: Durch die Stimme seines Verteidigungsministers, Mosioua Lekota, bestätigte Pretoria ohne Umschweife, daß „sich die afrikanischen Länder der Schaffung eines vereinheitlichten Kommandos auf dem Kontinent widersetzen“. Südafrika unterstrich seine Stärke als Regionalmacht, um zu erreichen, daß die Southern African Development Community (SADC), eine Regionalorganisation, die 14 Länder der Subregion umfaßt, seine Position übernahm. Dem schlossen sich mehrere Länder mit Gewicht an: Libyen, Marokko, Algerien, Senegal und Nigeria.

Tatsache ist, daß sich heute die Akzeptanz der USA in Afrika auf ihrem historischen Tiefpunkt befindet. Seit 2001 änderte sich die Lage in der Welt beachtlich. Damals entsandte Washington 900 Soldaten nach Dschibuti, wo sie sich immer noch im Rahmen der Operation „Andauernde

Freiheit“ („Enduring Freedom“) befinden. Heute ist der Kontinent einiger. Es gibt Regionalstrukturen, die tiefer verankert sind. Die im Jahr 2002 aus der Asche der Organisation für Afrikanische Einheit geschaffene Afrikanische Union (OAU) spricht bisweilen schon mit nur einer einzigen Stimme.

Trotz der Vorspiegelung angeblich bester Absichten waren die wirklichen Ziele AFRICOMs von Beginn an für alle durchschaubar: Mittels dieses neuen Kommandos möchten die USA ihre Ölversorgung schützen, konkret jene im Golf von Guinea. Gleichzeitig bekämpfen sie erbittert das Voranschreiten Chinas, das immer neue Märkte erobert, Verträge abschließt und Lizenzen zur Erforschung von Bodenschätzen jeglicher Art erwirbt. Die Durchdringung Afrikas durch Beijing besteht aus einem weisen Cocktail: einer Mischung aus Entwicklungshilfe, Darlehen mit langer Laufzeit, Finanzierung von Infrastrukturen, Schürfungen zur Ausbeutung von Mineralien und Bodenschätzen auch in Gebieten, die wenig rentabel erscheinen. Genau diese vom Westen kritisierte Präsenz Chinas versieht die afrikanischen Länder bei Geschäften mit einer bisher nicht gekannten Verhandlungsmacht, die es ihnen erlaubt, ihre Stimme zu erheben und sogar der Ex-Supermacht die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Stefano Liberti, Il Manifesto (Italien)

Übersetzung: Isolda Bohler

Ich beziehe mich auf den RF-Artikel „Blutige Nasen“ in Nr. 122. Stefan Kleemanns Ausführungen hinsichtlich der Afghanistan-Politik der britischen Kolonialmacht im 19. Jahrhundert, die ich hier nicht wiederholen möchte, dokumentieren eine für die Engländer zuvor nie erlebte militärische, politische und moralische Niederlage. Unter anderem hat sie den indischen Völkern für ihren Befreiungskampf Auftrieb gegeben, was schließlich zur Vertreibung der Kolonialmacht vom Subkontinent geführt hat. Wie verhält es sich aber mit der Intervention der sowjetischen Armee im Dezember 1979? War dies ein Überfall, ein Krieg oder die Besetzung Afghanistans? Zwischen unserem Land und der Sowjetunion bestand seit Dezember 1978 ein Freundschafts- und Beistandsvertrag. Als die CIA sechs Monate vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan gegen die demokratische Regierung in Kabul aktiv wurde, um sie zu stürzen (siehe Memoiren von Robert Gates, damals Geheimdienstchef und derzeit Kriegsminister der Vereinigten Staaten), ersuchte die afghanische Regierung Moskau um Beistandshilfe. Erst nach der 21. Bitte entschied die sowjetische Führung, Militäreinheiten

Um was ging es bei der sowjetischen Beistandshilfe für Afghanistan?

nach Afghanistan zu entsenden, um, wie Breshnew in der „Prawda“ erklärte, ein zweites Chile zu verhindern.

Die UdSSR hat nicht nur die Sicherheit der afghanischen Regierung und die territoriale Integrität des Landes gewährleistet, sondern auch Tausende junge Frauen und Männer ausgebildet sowie faktisch die afghanische Bevölkerung ernährt. Dabei kamen uns andere sozialistische Länder, nicht zuletzt die Deutsche Demokratische Republik, ebenfalls tatkräftig zu Hilfe.

Nachdem die Gorbatschow-Clique die KPdSU entmachtet und den Sozialismus für vogelfrei erklärt hatte – Afghanistan war das erste Geschenk Moskau an den Imperialismus –, wurden auf der Grundlage der Genfer Vereinbarung am 15. 2. 1989 die letzten Einheiten der Sowjetarmee aus unserem Land abgezogen. Ihren Oberbefehlshaber General Gromow verabschiedete man an der sowjetisch-afghanischen Grenze mit Blumen. Den Abzug der Sowjetsoldaten betrachtete Gromow als eine politische Entscheidung, nicht aber als militärische Niederlage,

was auch meiner Einschätzung entspricht. Ohne Gorbatschow wären möglicherweise immer noch einige sowjetische Offiziere, zumindest als Berater und Ausbilder, in Afghanistan stationiert.

Man sollte also die seinerzeitige britische Intervention und die zeitweilige Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan nicht miteinander vergleichen. Vergleichbar sind hingegen der derzeitige NATO-Krieg und die Okkupation unseres Landes durch Angehörige von Armeen dieses Paktes mit der Situation Afghanistans während des britischen Krieges und der Besetzung im 19. Jahrhundert.

Die Entsendung der sowjetischen Kontingente in ein befreundetes Land basierte eindeutig auf dem bestehenden Freundschaftsvertrag zwischen beiden Staaten und entsprach Artikel 51 der UN-Charta.

Hervorheben möchte ich schließlich, daß es nach meiner festen Überzeugung keine militärische Lösung in Afghanistan geben wird.

Dr. Matin Baraki, Kabul

Die Regierung von Álvaro Uribe ermordete in den Morgenstunden des 1. März auf ekuadorianischem Territorium Comandante Raúl Reyes von den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) in einer mit Hilfe der USA ausgeheckten und durchgeführten Operation. Die Nachricht wurde anfänglich vom Verteidigungsminister der Regierung des Präsidenten Uribe in einem triumphalistischen Kommuniqué verbreitet, das die Ereignisse verzerrte und das kriminelle Vorgehen bei dieser terroristischen Aktion verbarg.

Laut Juan Manuel Santos wäre Reyes in einem 1,8 km (!) von der Grenze entfernten Lager in einer durch die Luftstreitkräfte seines Landes von Kolumbien aus, um „die Souveränität“ des Nachbarlandes Ekuador nicht zu verletzen, erfolgten Bombardierung ums Leben gekommen. Dann erklärt er aber, daß anschließend Truppen der kolumbianischen Armee die Grenze überschritten und den Leichnam „geborgen“ hätten, um ihn nach Bogotá zu bringen und zu verhindern, daß ihn die FARC beisetzen könnten.

Die Mitteilung des Ministers mutet surrealistisch an. Es ist unvorstellbar, daß irgendein Flugzeug Bomben über einem Lager abwerfen kann, wenn es sich fast zwei Kilometer in horizontaler Entfernung davon befindet.

Die Geschehnisse trugen sich auf andere Art zu. Durch die US-Satelliten wußte Uribe von der Existenz eines Lagers der FARC in Ekuador, das dem kolumbianischen Departament Putumayo im Amazonasgebiet gegenüberliegt. Bogotá hatte durch eine Denunziation erfahren, daß sich Raúl Reyes dort befand. Auf den Kopf des Revolutionsführers, den Zweiten innerhalb der Hierarchie der FARC, war – tot oder lebendig – ein Preis von 2,7 Millionen Dollar ausgesetzt. Der Verrat wurde bezahlt, und Super-Tucan-Flugzeuge der Luftwaffe, der mächtigsten und am besten ausgerüsteten Lateinamerikas, entluden einen Bombenregen über dem Camp. Bei dem Piratenangriff aus der Luft starben außer Reyes auch der revolutionäre Sänger Julián Conrado (der Sprecher des Untergrundsenders „Stimme des Widerstands“) und 16 Guerrilleros. Sie wurden, während sie schliefen, unter bisher noch nicht ganz geklärten Umständen massakriert.

Als Uribe die Nachricht erhielt, beglückwünschte er die Luftstreitkräfte. Danach erschienen Fotos der Leiche von Reyes im Fernsehen und in den Zeitungen Dutzender Länder. Fast dasselbe makabre Ritual, das die Ermordung Che Guevaras 1967 begleitete.

Das terroristische Attentat geschah in einem Augenblick, in dem die Kampagne für die Freilassung von Ingrid Betancourt einen hysterischen Ton annahm und Teile der sogenannten internationalen Presse zu Ausfällen inspirierte. Niemals wurde so viel über die kolumbianische Wirklichkeit gelogen wie in diesen Tagen, in denen die FARC unter dem Vorwand des Leidens der früheren Präsidentschaftskandidatin zur Zielscheibe übler Verleumdungen wurden. Eines Tages kommt ans Licht, daß sie

in der Debatte um den humanitären Austausch die ganze Zeit überschaubar und auf revolutionäre Weise handelten.

Aufgrund der wiederholten Appelle von Venezuelas Präsident Hugo Chávez und der Senatorin Piedad Córdoba entschieden die FARC, in einer ersten Phase einseitig Clara Rojas und die frühere Abgeordnete Consuelo Perdomo freizulassen. Die Operation mußte um einige Tage verschoben werden, weil Uribe die Truppenkonzentration in dem Gebiet verstärkte, in dem beide dem Internationalen Roten Kreuz übergeben werden sollten, bevor sie in einem venezolanischen Hubschrauber nach Caracas weiterreisten. Die FARC waren sich des enormen Risikos der Aktion be-

Ich lernte ihn im Mai 2001 kennen, als ich eine Einladung erhielt, sein Lager nahe San Vicente del Caguán, dem Hauptort der damaligen entmilitarisierten Zone, zu besuchen. Ich blieb drei Wochen. Beim ersten Zusammentreffen sprach ich mit Raúl Reyes über die weltweite Krise, ehe er mir Bücher und Dokumente als unerläßliche Einführung in einen Dialog über den Kampf der FARC anbot.

Er war der Verantwortliche für die Friedensgespräche, die in jenen Wochen mit den Vertretern der Regierung des Präsidenten Pastrana nahe des Weilers Los Pozos geführt wurden. Es war die Zeit, in der Pastrana seinen Gegner Marulanda respektvoll mit einer Judas-Umarmung

Wie Kolumbiens USA-gesteuerte Soldateska den FARC-Führer abschlachtete

Der Raúl Reyes, den ich kannte

wußt. Nur wer Kolumbien kennt, ein Land mit 1,14 Millionen Quadratkilometern und 45 Millionen Einwohnern, durchschnitten von drei Gebirgen, riesigen Flüssen und in einem Großteil durch die dichte Flora des Amazonas-Gebiets bedeckt, kann ermesen, was es bedeutete, die zwei Frauen aus dem unbekanntem Lager bis in die Nähe der Grenze Venezuelas zu bringen. Es ist deshalb wichtig daran zu erinnern, daß die kolumbianische Armee die Abmachung über die Feuerpause verletzte und den Ort eine Stunde nach dem Abflug der Helikopter zu bombardieren begann. Danach bestanden die FARC als unerläßliche Bedingung für den vom kolumbianischen Volk geforderten humanitären Austausch, der vorsah, 40 in ihrer Gewalt befindliche Geiseln, unter ihnen Ingrid Betancourt, gegen 500 in Staatsgefängnissen einsitzende Guerilleros auszutauschen, auf die Entmilitarisierung der Gemeinden von Pradera und Florida.

Trotz der unnachgiebigen Haltung des neofaschistischen Präsidenten Uribe entschieden die FARC, als Antwort auf eine erneute Bitte von Hugo Chávez vier Abgeordnete ebenfalls als einseitige Geiseln auf freien Fuß zu setzen. Einmal mehr wurde die Operation aufgeschoben, weil die Armee am Vorabend des festgelegten Termins große Truppenverbände in Departements verlegte, wo die FARC unter der Bevölkerung gut verankert sind.

Comandante Raúl Reyes war nach Manuel Marulanda das herausragendste Mitglied des Sekretariats und des zentralen Befehlsstandes der FARC. Er wurde 60 Jahre alt. Revolutionär seit seiner Jugend, begann er als Gewerkschafter in den Kämpfen gegen die oligarchischen Regierungen seines Landes. Sie waren der Beginn für weitere politische und militärische Schlachten. Vor mehr als dreißig Jahren schloß er sich als Luis Edgar Devia den FARC an.

begrüßte, Tage, in denen ich Botschafter aus Ländern der Europäischen Union sich um die Worte und ein Lächeln von Marulanda, dem legendären Ersten Befehlshaber der FARC, streiten sah.

Ich reiste mit Reyes im Juni nach Macarena. Dort übergaben die FARC in einer einseitigen Geste dem Roten Kreuz 304 kriegsgefangene Militärs. Ich vergesse nicht das Privileg langer Gespräche mit Reyes im dichten Morgenrauen über seine revolutionäre Organisation, Lateinamerika und die Strategie des US-Imperialismus, aber auch über das Leben. Ich schrieb in diesem Lager Artikel über die Kämpfer der FARC für Portugals „Avante!“ und machte ein Interview, das vom Organ der PCP veröffentlicht wurde.

Raúl Reyes hielt den Kontakt zu mir auch nach meiner Rückkehr nach Havanna, wo ich damals lebte, aufrecht. Oft bekam ich über befreundete Comandantes Nachrichten von ihm, und er dankte sich für die über den Kampf der FARC veröffentlichten Artikel.

Bis zu seinem letzten Tag war Raúl Reyes die Stimme der FARC bei allen Dialogen mit der Außenwelt. Dabei fand er noch Zeit, Artikel zu schreiben, einige davon zu ideologischen Themen. Sie zeigten außer Wissen, Erfahrung und Standfestigkeit des Kommunisten auch die harmonische Komponente der Kultur eines humanistischen Intellektuellen.

Uribe stieß auf den Tod des Kämpfers an, der in den Worten des Generalsekretärs der kolumbianischen KP, Jaime Caicedo, ein beispielhafter Revolutionär war, „der sein Leben der Sache, an die er glaubte, gegeben hat“. **Miguel Urbano Rodrigues**

Unser Autor ist ein namhafter portugiesischer Gelehrter und Publizist. Er gehörte der Parlamentsfraktion der PCP an.

Übersetzung: Isolda Bohler

Wie ich Bundeswehr-Fans in einer Taverne auf Kreta erlebte „Endlich wieder dabei!“

Es war während eines Urlaubs auf Kreta. Der Bus klapperte frühmorgens Hotels an der Küste ab. „Wollen Sie auch schluchtern?“, fragte die Reisebegleiterin an jedem Hotel Urлаuber, die eine Wanderung durch die Samaria-Schlucht gebucht hatten. Die Temperaturen an diesem noch dunklen Sommermorgen waren angenehm. Das sollte sich aber im Laufe des Tages ändern.

Nachdem alle an Bord waren, stellte sich die Reisebegleiterin in bestem Hochdeutsch vor: „Ich heiße Maria; aber wenn Sie Maria rufen, dreht sich auf Kreta die Hälfte aller Frauen um. Also kommen sie während der Wanderung durch die Samaria-Schlucht auf mich zu und sprechen Sie mich direkt an. Sie erkennen mich an meinem schwarzen Rucksack mit dem gelben Küken Tweety.“ Maria war klein und stämmig und kam von der Insel. Eindringlich machte sie auf die bevorstehenden Strapazen der Wanderung durch das Naturschutzgebiet aufmerksam.

Die Samaria-Schlucht ist 16 Kilometer lang und umfaßt unterschiedliche klimatische Zonen. Die steilen Berghänge bieten keine Möglichkeit, die Wanderung vorzeitig zu beenden. Die engste Stelle beträgt etwa drei Meter. Die Kraft des Wassers verändert während der regenreicheren Jahreszeit im Frühjahr das Gelände so erheblich, daß der Wanderweg immer neu festgelegt werden muß. Im Sommer ist der Flußlauf auf großen Abschnitten austrocknet. Nur an einigen Stellen tritt das klare und saubere Wasser noch an die Oberfläche. „Es ist in der Qualität so gut, daß Sie es bedenkenlos trinken können“, erklärte uns Maria.

Der Wanderweg führte teilweise über die Geröllflächen des Flußbettes. Etwa 36 Mal mußte es überquert werden. „Sie haben fünf Stunden Zeit. Um 14 Uhr treffen wir uns in der Taverne ‚Tarra‘ in Ayia Roumeli.“ Mit dem Bus erreichten wir die Bergstation am Einstieg zur Schlucht. „Wer es sich überlegt hat, kann hier noch ausscheren“, schlug Maria vor. Keiner befolgte das Angebot. Engländer, Franzosen und Deutsche machten die Tour mit.

Die Wanderung war ein wirkliches Erlebnis. Landschaft und Schlucht sind einmalig. Mit dem Abstieg und der zunehmenden Tageszeit stieg die Temperatur auf fast 40 Grad im Schatten, der Schweiß drang aus allen Poren. Meine dreiköpfige Familie erreichte die Taverne nach etwa vier Stunden. Als wir ankamen, war sie noch recht leer und die Bedienung zügig. Wir wählten einen Tisch am Ende der Terrasse mit Überdachung und Meeresblick. In kurzer Zeit tranken wir zu dritt sieben Gläser Orangensaft und zwei große Flaschen Wasser. Meine Frau und meine Tochter wollten sich noch etwas den Ort und das Meer ansehen. Ich blieb sitzen, um auszuruhen. Dabei musterte ich mei-

ne Umgebung. Nebenan unterhielt sich eine Gruppe von Niederländern. Die Wanderer tranken Bier. Am anderen Nachbartisch saß eine Frau mit ihrer Tochter. Sie schleckten Eis. Die Taverne füllte sich schnell. Viele Erschöpfte verlangten nach Getränken und anderen Erfrischungen, kaum einer nach einer warmen Mahlzeit. Von einem der Tische vernahm ich deutsche Laute. Die Sprache der Männer war hart und klang militärisch. Das kannte ich noch aus meiner Armeezeit. Ich drehte meinen Kopf leicht nach rechts, um die zwei unteretzten Herren besser sehen zu können. Etappenhengste, dachte ich. Beide saßen sich gegenüber. Sie waren nur leicht bekleidet und sahen nicht so aus, als hätten sie gerade die Schlucht durchgemessen. Einer trug einen kleinen Oberlippenbart. Laut wurde Bier bestellt. Plötzlich tauchten zwei weitere deutsche Herren auf, die der gleichen Altersgruppe angehörten. Sie wirkten durchtrainiert. Beide nahmen an dem Tisch Platz. Einer von ihnen war auf dem Arm tätowiert. Ich erkannte einen Fallschirm und einen gezackten Pfeil. Beide Neuankömmlinge verlangten „recht kaltes Bier“. Beim Öffnen einer Flasche erwies sich das Getränk als gefroren. Der Tätowierte rief den Kellner und forderte Ersatz. Nun entspann sich ein eigenartiges Gespräch. Der Schnurrbärtige führte dabei das große Wort: „Schaut doch mal auf den Strand. Da liegen Wellenbrecher. Die sehen aus, als ob sie noch von unserer Organisation Todt wären. Das waren bestimmt mal Panzersperren, die hier

herangekarrt wurden. Im letzten Krieg hatten wir ja Kreta besetzt. Kann schon was übriggeblieben sein.“ „Na ja“, meinte der Tattoo-Träger, „es kann sein, daß so manches noch von uns stammt.“ „Damals war ja auch richtiger Krieg“, begeisterte sich sein Gefährte. „Heute sind wir wieder auf dem Balkan. Auch dort ist ja ein richtiger Krieg geführt worden. Wir sind dabei und sogar Besatzungsmacht im Kosovo.“ „Sie irren sich: Das ist nur ein begrenzter militärischer Einsatz. Wir müssen uns schon an die Sprachregelung halten“, meinte der Bartmann und verdrehte etwas alkoholisiert die Augen: „Es ist doch ein Treppenwitz der Geschichte, daß uns ausgerechnet Sozis und Grüne den Krieg beschert haben. Von der Union hätte ich das ja erwartet. Doch Scharping und Fischer? Solche Typen konnten in Deutschland Politik machen, ohne etwas von der Truppe zu verstehen.“

„He Blondschoopf, komm doch mal rüber ... du mit dem Pferdeschwanz ... ha, ha, ha. Ich habe Zeit und trinke mit dir gern ein Bier. Mensch, siehst du schnucklig aus“, spielte sich der Tätowierte auf und starrte gierig zum Tisch der Niederländer. Zu denen war eine junge, attraktive, naturblonde Frau getreten. Sie sprach holländisch und regelte mit den fünf Wanderern kurz deren Rückfahrt. Der durchtrainierte Typ nahm den Gesprächsfaden wieder auf: „Was soll man von der Regierung erwarten? Wichtig ist nur, daß wir endlich wieder dabei sind ... und der Balkan schön unruhig bleibt.“

Gerald Müller

Verein und
Redaktion
gratulieren
unseren
Mitgliedern,
die große
Jubiläen
begehen.

Von allen
Geburtstags-
kindern
wünschen
wir uns
weitere
gute Taten
für den
„RotFuchs“

Wir beglückwünschen die neuen **80jährigen**:

Horst Kulisch (5. Juni) aus Güstrow,
Wolfram Tornow (8. Juni) aus Berlin,
Hugo Jensch (20. Juni) aus Pirna,
Günter Darlatt (23. Juni) aus Leipzig und
Eva Letz (25. Juni) aus Berlin.

Zu den **75jährigen** stoßen:

Werner Riedel (6. Juni) aus Halle/Saale,
Fred Dieter Schlicke (8. Juni) aus Dresden,
Hasso Wiegmann (10. Juni) aus Berlin
und unser Autor
Klaus Kukuk (13. Juni) ebenfalls aus Berlin.

Ihren **70. Geburtstag** können feiern:

Edgar Kühne (16. Juni) aus Halle/Saale,
Klaus-Dieter Trantow (16. Juni) aus Hildesheim und
Roland Bugge (19. Juni) aus Radebeul.

Unsere Grüße gehen an zwei **65jährige**:

Gerd Heimann (6. Juni) aus Petershagen und
Harald Puff (17. Juni) aus Dessau.

Auch die **60jährigen** sollen nicht vergessen sein:

Wolfgang Körner (3. Juni) aus Falkenau und
Jürgen Heinrich (10. Juni) aus Berlin

Es war eine schwarze, mondlose Nacht. Der mit mehr als 100 km/h blasende Wind bäumte über zehn Meter hohe Wellen auf, die mit einem höllischen Krachen gegen das zerbrechliche Holzboot schlugen, welches unlängst aus einer Bucht der Küste Mauretaniens mit 101 afrikanischen Hungerflüchtlingen an Bord ausgelaufen war. Dank eines unerwarteten Wunders warf der Sturm das Boot gegen ein Riff am Strand von El Medano, Teneriffa, Kanarische Inseln. Auf dem Schiffsboden fanden die spanischen Guardia Civiles die Leichen von drei Jugendlichen und einer Frau, die verhungert und verdurstet waren.

Einige Kilometer weiter strandete in derselben Nacht am Ufer von Hierro ein anderes klappriges Boot mit 60 Menschen

Jahr ungefähr zwei Millionen Menschen versuchen, illegal auf das Territorium der Europäischen Union zu kommen, daß 2000 davon im Mittelmeer und in den Gewässern des Atlantik sterben. Ihr Ziel ist es, die Kanarischen Inseln von Mauretaniens und Senegal oder die Meerenge von Gibraltar von Marokko aus zu erreichen. Der Generalsekretär des Internationalen Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, Markku Niskala, erklärte: „Diese Krise wird komplett totgeschwiegen. Niemand hilft den in die Enge getriebenen Menschen, es gibt nicht einmal eine Organisation, die Statistiken über diese alltägliche Tragödie erarbeitet.“ Um Europa vor solchen Immigranten zu schützen, schuf die Europäische Union eine militärische, halb geheime Agentur mit

Schiffsfabriken den Fischreichtum der davon lebenden Fischervölker zerstören, einschließlich in deren Territorialgewässern. Die Fabrikschiffe klassifizieren den Fang, verarbeiten ihn zu Tiefkühlkost, Fischmehl oder für Konserven und schicken ihn auf die Märkte, z. B. nach Guinea-Bissau, dessen Wirtschaftszone ein großes Fischvorkommen beheimatet. Heutzutage reduziert sich das Überleben des traditionellen Fischervolkes von Bissau auf den Einkauf von dänischen, kanadischen oder portugiesischen Fischkonserven zu übersteuerten Preisen.

In Misere und Hoffnungslosigkeit versunken, gegenüber den Plünderern machtlos, verkaufen die ruinierten Fischer den Mafias der Grenzschieber ihre Boote zu einem niedrigen Preis oder sie satteln selbst zu Grenzschiebern um. Diese, für den Küstenfischfang in den Territorialgewässern gebauten Boote, sind im allgemeinen nicht geeignet, auf hoher See zu fahren. Zwischen 1972 und 2002 stieg die Zahl der stark und permanent unterernährten Afrikaner von 81 auf 203 Millionen an. Es gibt viele Gründe dafür. Der Hauptgrund ist die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (PAC).

Die Industriestaaten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zahlten ihren Bauern und Viehzüchtern 2006 für deren Produktion und den Export mehr als 350 Milliarden Dollar an Subventionen. Besonders die Europäische Union praktiziert mit einem unverschämten Zynismus ein Agrar-Dumping. Ergebnis: die systematische Zerstörung der afrikanischen Landwirtschaft. Von den 52 Ländern Afrikas leben 37 ausschließlich von ihr. Wenige Menschen auf der Erde arbeiten so viel und unter so harten Bedingungen wie die Wolofbauern aus Senegal, die Bambarg von Mali, die Mossi aus Burkina oder die Bashi von Kivu. Die europäische Politik des landwirtschaftlichen Dumpings zerstört ihr Leben und das ihrer Kinder.

Kehren wir zu „Frontex“ zurück. Die Scheinheiligkeit der Brüsseler Kommission ist abscheulich: Einerseits sind sie für den Hunger in Afrika verantwortlich, und andererseits kriminalisieren sie die aus Hunger Flüchtenden.

Aminata Traoré brachte die Situation beim Weltsozialforum in Nairobi (Januar 2007) auf den Punkt: „Die menschlichen, ökonomischen und technologischen Mittel, die vom Europa der 26 gegen die Migrationsströme eingesetzt werden, sind in Wirklichkeit ein reiner und harter Krieg, den diese Weltmacht gegen die jungen, hilflosen Afrikaner aus Stadt und Land führt. Als Opfer von makroökonomischen Entscheidungen und Optionen, an denen sie überhaupt keine Schuld tragen, werden die Afrikaner ausgewiesen, verfolgt und gedemütigt, wenn sie in der Emigration einen Ausweg suchen.“ **Jean Ziegler**

Jean Ziegler ist Schriftsteller, Sonderbeauftragter der UNO für das Recht auf Ernährung und Soziologie-Professor an der Universität Genf.

Übersetzung: Isolda Bohler

Warum die EU zu ertrunkenen Hungerflüchtlingen aus Afrika schweigt Tod im Mittelmeer

an Bord, unter ihnen 17 Kinder und sieben Frauen, die schwankenden Gespenstern am Rande der Agonie glichen.

In den gleichen Tagen, nur diesmal im Mittelmeer, geschah eine andere Tragödie: 150 km südlich von Malta lokalisierte ein Beobachtungsflugzeug der Frontex ein Schlauchboot mit 53 Passagieren, die wahrscheinlich wegen eines Motorschadens auf dem bewegten Meer kenterten. An Bord des Schlauchbootes identifizierten die Kameras des Flugzeugs kleine Kinder und Frauen. Nach der Rückkehr zum Stützpunkt auf La Valetta informierte der Pilot die maltesischen Behörden, die sich aber unter dem Vorwand, die Schiffbrüchigen wären in libyschen Gewässern, einzugreifen weigerten. Die Abgesandte der UNO-Flüchtlingsorganisation Laura Boldini intervenierte und bat die Malteser, ein Rettungsschiff loszuschicken. Nichts wurde unternommen. Europa bewegte sich nicht, und jegliche Spur der Schiffbrüchigen verlor sich.

Einige Wochen zuvor ging ein Boot in Richtung auf die Kanarischen Inseln, auf dem ungefähr hundert afrikanische Hungerflüchtlinge zusammengepfercht waren, gegenüber der Küste Senegals unter. Nur zwei Menschen überlebten.

Tausende von Afrikanern, einschließlich Frauen und Kinder, campieren gegenüber den Barrieren der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in der trockenen Zone des Rifs. Wegen der Verordnungen der Brüsseler Kommissare lehnt die marokkanische Polizei die Afrikaner in der Sahara ab. Ohne Lebensmittel und Wasser leben Hunderte, vielleicht Tausende und sterben in den Felsen und im Sand der Wüste. Wie viele junge Afrikaner verlassen ihr Land, riskieren ihr Leben, um nach Europa zu gelangen? Man schätzt, daß jedes

dem Namen „Frontex“. Sie verwaltet „die äußeren Grenzen Europas“, verfügt über bewaffnete Schnellboote zur Intervention auf hoher See, Kampfhubschrauber, eine Flotte von Beobachtungsflugzeugen, die mit hochsensiblen Kameras und Nachtsichtgeräten, Radar, Satelliten und ausgeklügelten elektronischen Geräten zur Observation über große Entfernungen ausgerüstet sind.

„Frontex“ unterhält außerdem auf afrikanischem Boden „Aufnahmelager“, in welche die aus Zentral-, Ost- oder dem südlichen Afrika, aus Tschad, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi, Kamerun, Eritrea, Malawi und Zimbabwe Kommenden, die vor dem Hunger Geflüchteten, abgeschoben werden. Oft müssen sie ein oder zwei Jahre lang den Kontinent durchqueren, vegetieren, Grenzen überwinden, um sich nach und nach einer Küste zu nähern, wo sie dann von den Wächtern der „Frontex“ abgefangen werden oder von den örtlichen Hilfssheriffs, die ihnen den Weg zu den Häfen des Mittelmeers oder des Atlantiks verwehren. Angesichts der großen Geldsummen, die „Frontex“ den afrikanischen Machthabern bezahlt, werden diese Lager von den wenigsten Staaten abgelehnt, ausgenommen Algerien. Präsident Bouteflika sagte: „Wir weisen diese Lager zurück. Wir werden nicht die Schließer unserer Brüder sein.“

Die Flucht der Afrikaner über das Meer wird zum Großteil durch die schnelle Zerstörung der Fischereigemeinschaften an der Atlantik- und Mittelmeerküste des Kontinents verursacht.

Die Mehrheit der afrikanischen Staaten ist extrem verschuldet. Sie verkaufen ihre Fischereirechte an Industrieunternehmen aus Japan, Europa und Kanada, deren

Was uns Pablo Picassos „Guernica“ heute zu sagen hat Allgegenwärtiges Meisterwerk

Während meines vorjährigen Erholungsaufenthalts an der spanischen Südküste besuchte ich Pablo Picassos Geburtsstadt Malaga, die stolz auf ihren großen Sohn ist. Seine Lithographie der Friedenstaube bleibt wohl für alle Zeiten das Symbol jener weltweiten Bewegung, die sich gegen den Krieg stemmt. Der Weltfriedensrat hat es mit seinem höchsten Preis gewürdigt.

In Malaga fiel mir besonders auf, daß neben Reproduktionen vieler anderer Werke des Meisters auf Straßen und Plätzen immer wieder sein zweifellos berühmtestes Gemälde zu betrachten ist, das die

Regierung der DDR hohe Verantwortung auch beim Aufbau der Streitkräfte des sozialistischen deutschen Staates übertragen. So war zum Beispiel der frühere Interbrigadist und Generalmajor der DDR Hermann Gartmann Anfang der 60er Jahre mein Kommandeur an der Offizierschule der Grenztruppen in Plauen. Der langjährige DDR-Verteidigungsminister, Armeegeneral Heinz Hoffmann, hatte seine Feuertaufe ebenfalls in Spanien, als Kommissar in den Internationalen Brigaden, erhalten.

Nach der Rückkehr aus dem Urlaub fragte ich meine Enkelin – sie besucht das

Widerlegung der Lüge von der angeblich unbescholtenen Wehrmacht, in deren Tradition die Bundeswehr aufgebaut worden ist und der sie bis heute folgt. Die Aktualität von Picassos berühmtestem Gemälde liegt auf der Hand. Der stabsmäßig geplante Zerstörung dieser Stadt, der 1645 Menschenleben zum Opfer fielen, folgten die Bombardements auf Warschau, Coventry, Rotterdam und London, um nur einige Schauplätze der faschistischen Luftüberfälle zu nennen. Mit einer plumpen Fälschung, dem sogenannten Hufeisen-Plan, „begründete“ der frühere BRD-„Verteidigungs“minister Ru-



Zerstörung der baskischen Stadt Gernika (spanisch: Guernica) durch hitlerfaschistische Sturzkampfbomber der „Legion Condor“ am 26. April 1937 versinnbildlichte und eine einprägsame Anklage gegen die Mörder darstellt.

Dem Volksbildungswesen der DDR war die Vermittlung konkreter Kenntnisse über den nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes (1936–1939) gegen den faschistischen Militärputsch unter General Franco ein wichtiges Anliegen. Die militärische Unterstützung der „Aufständischen“ durch Nazideutschland und das faschistische Italien Mussolinis bildete den geschichtlichen Hintergrund des barbarischen Überfalls auf Guernica. Das zu verdeutlichen, war ein ständiges Anliegen der antifaschistischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen.

Ehemaligen Kämpfern der Internationalen Brigaden wurde durch die

Gymnasium und steht vor dem Abitur –, wie sich die Formierung der spanischen Volksfrontregierung (Februar 1936) und die nachfolgenden Ereignisse in ihren Geschichtslehrbüchern widerspiegeln. Wie zu befürchten, aber auch zu erwarten war, findet sich darin zu diesem Thema – das betrifft natürlich auch die Bombardierung Guernicas – keine Zeile. Die Generalprobe für Görings Luftwaffe und das Testen neuer Angriffswaffen der deutschen Rüstungskonzerne auf ihre Kriegstauglichkeit werden ebenso totgeschwiegen wie der aufopferungsvolle Kampf von 30 000 Antifaschisten aus 53 Ländern, die der Spanischen Republik zu Hilfe eilten. So etwas paßt einfach nicht in das vom Antikommunismus geprägte Geschichtsbild, welches heute in der BRD vermittelt wird.

Das Verbrechen von Guernica ins Bewußtsein zu heben betrachte ich als einen Beitrag zur

dolf Scharping (SPD) – ein erprobter Radfahrer im doppelten Sinne – die Teilnahme bundesdeutscher Kampfmaschinen an den NATO-Attacken auf Jugoslawien im Jahre 1999. Dabei wurden vor allem zivile Objekte in einer Reihe von Städten getroffen. Nach zuverlässigen Angaben fanden bei diesen Kriegsverbrechen unter Beteiligung der BRD-Luftwaffe mehr als 2000 Menschen den Tod. Deren Ermordung wurde zynisch umschrieben. Die Aggressoren sprachen von „Kollateralschäden“. Gegenwärtig führen zu „Auslandseinsätzen“ abkommandierte Tornados mit dem stilisierten schwarzen Kreuz Aufklärungsflüge über Süd-Afghanistan durch. Ein anderer BRD-„Verteidigungs“minister – Herr Jung (CDU) – hat sie aufgrund eines Bundestags-„Mandats“ entsandt. Der Auftrag der Piloten lautet, USA-Bombern ihre Vernichtungsziele anzuweisen. Diesen völkerrechtswidrigen Interventionen muß ein Ende gesetzt werden. Dazu bedarf es des gemeinsamen Handelns aller am Frieden interessierten Kräfte, in erster Linie aber des Zusammenschlusses der politischen Linken inner- und außerhalb von Parlamenten.

Heinz Behrendt, Plauen



Wir sind von den Jungen die Alten

Wir waren die Kinder des Kriegs,
und wir trugen den Frieden im Herzen.
Die Straßen, sie waren von Trümmern gesäumt,
mit Mut haben wir sie beiseitegeräumt.
Wir waren nicht verzagt, und wir haben es gewagt,
die Zukunft, wir haben sie erträumt.

Wir waren so jung und voll Schwung,
und wir bauten Fabriken und Städte.
Aufs Dorf gingen wir, haben Saaten gelegt,
die Heimat zu schützen, das hat uns geprägt.
Wir waren motiviert, und wir haben studiert,
die Zukunft, sie hat uns bewegt.

Wir lebten und liebten und kämpften,
wir wollten die Siege erzwingen.
Hier war uns're Heimat, hier war unser Land,
doch als man fürs Volk keine Sprache mehr fand,
da ging es zu Ende und reifte zur Wende,
wir gaben das Land aus der Hand.

Wir leben jetzt in anderen Zeiten
mit Sorgen, mit Ängsten, mit Träumen.
Doch wissen wir heute: Der Weg, den wir gegangen,
weckt Hoffnung und Kraft für ein neues Verlangen.
Drum hört alle zu: Ja, wir geben nicht Ruh',
uns ist der Mut nicht vergangen!

Refrain:
Wir sind von den Jungen die Alten,
durchlebten Stürme und Zeit.
Schmerz kennen wir – doch Herz zeigen wir!
Wir sind noch zum Kämpfen bereit!

Malte Kerber

*Das von Klaus Schneider vertonte Lied wird seit
Januar 2005 vom Ernst-Busch-Chor Berlin gesungen.*

Teuerung

Alles wird teurer,
sagte der Arbeitslose,
als er in der Kneipe
den letzten Cent
aus der Tasche zog.

Alles wird teurer,
klagte der Kleinrentner
und stieß den Schemel
unter den Füßen zur Seite,
so daß der Strick sich spannte.

Alles wird teurer,
konstatierte der Spekulant
und verfolgte freudig
die ansteigende Tendenz
im Börsenbericht.

Horst Buder

wendegedicht

wir wurden ausgewandert entmündigt verwaltet bevormundet entwurzelt entmachtet besiegt regiert beschult	wo blieben freiheit und menschlichkeit? Anna
--	--

Dialog

Ich nehme immer den Besseren,
einen, der flinker ist als du.
Wie oft soll ich dir das noch sagen.
Es geht nicht anders.
Das Geschäft.
Mein Geld muß arbeiten.
Du stehst ihm im Weg und mir auch.
Wir müssen dich durchfüttern.
Was wärest du schon ohne mich?
Ich sehe dich und denke an Gras,
an Unkraut.
Veriß dich, du Versager.
Ist dir nicht leid, daß du geboren bist?

Das wolltest du gerne.
Juckt mich aber nicht.
Ich lebe und sei es dir zum Trotz.
Weiß ich doch, was ich für dich bin:
Wohlfeile Ware,
Massenartikel,
gekauft zu werden oder auch nicht.
Bettler, der vor dir kniet:
Nimm mich und nicht den anderen.
Feind dem Freund soll ich sein,
der sich prügelt um dein schäbiges Angebot.
Ich bin noch billiger,
dein Roboter
mit hundert Armen und Händen.

Hast du gedacht
in ganzer Großzügigkeit.
Du,
der sich bereichert,
der sich aushalten und ernähren läßt durch
unsereins.
Selber Versager.
Zerrbild deines Spiegels,
der einen Sprung hat.
Du bist hier einer zuviel,
nicht ich.
Du bist das Übel,
das große Risiko.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.
Du aber bist es nicht,
nie.
So du begreifst und ich mich besinne.
Ich bin das Gesetz.

Rudi W. Berger

Leipziger Lorbeer?

Als die Ratten aus den Löchern kamen
– Wir sind e i n Volk! –
ein Volk von was?
... ein einig Volk von Brüdern ...
(na klar! von Schwestern auch!)
– Nur mit Gohl geht's uns wohl –
Wer hat da gelacht?
Zwischen Nikolai- und Thomaskirche knallten,
fünfundvierzig Jahre nicht gehört,
Nagelsohlen auf das Pflaster.
Im Blitzlichtgewitter
geschniegelte Rotznasen brüllen:
„Ich bin stolz, Teutscher zu sein!“
Voran 'ne Seekriegsflagge
zweiundsechzig Jahre nicht gesichtet.
O meine Vaterstadt!
Den bitteren Lorbeer eines Freiheitsmutes
trugst Du kurze Zeit.

Christa Müller

Politiker oder Raubritter sein?

(Gedanken eines Unpolitischen)

Des nachts im Bett fiel die Frage mir ein:
Möcht ich Politiker oder Raubritter sein?
Ein Raubritter grob, frei und gerissen?
Politiker sauber, mit eigenem Gewissen?
Die Antwort bereitete mir keine Pein
Ich möchte gern ein Politiker sein!

Ich möchte so gern ein Politiker sein!
Natürlich als Rechter, da gält ich als fein.
Man hielt mich als solcher für ganz exzellent
Und so könnt ich in Deutschland ins Parlament.
Da bringen mir die Diäten allerhand ein
Ich möchte so gerne ein Politiker sein.

Ich möchte so gern ein Politiker sein.
In Merkels Regierung käme ich rein
Ich würde ein Freund von Hundt und von Henkel
Und senkte die Rente für Alte und Enkel
Das müßte doch wohl zu machen sein!
Ich möchte ...

Ich möchte so gern ein Politiker sein!
Dann mischte ich mich überall ein.
Mit deutschen Soldaten in Stahlgewittern
am Hindukusch und am Mittelmeer.
Da würden die Völker bald wieder zittern
vor uns und unserer Bundeswehr
So ging ich in die Geschichtsbücher ein.
Ich möchte ...

Ich möchte so gern ein Politiker sein
Ganz brüderlich stell ich den Serben ein Bein
Für meine Verdienste ums weltweite Morden
Verlieh mir Herr Jung einen Tapferkeitsorden
Der könnte auch wieder ein eiserner sein
Ich möchte ...

Ich möchte so gern ein Politiker sein
Ich hätte ein Konto in Liechtenstein
Und fühlte mich wohl bei der ganzen Blase
Könnst auch was tun für die Steueroase
Dort blieb ich bestimmt nicht lange allein.
Ich möchte ...

Ich könnte ja wirklich Politiker sein
Ich wäre mir niemals für etwas zu fein.
Ich ginge wie Bush über tausend Leichen.
Doch sollte ich Koch a u c h das Wasser reichen?
Dann möcht ich wohl lieber ein Raubritter sein

Ernst Weidner

Schwarz und links in den USA

wehe wenn du schwarz
und des Mordes verdächtigt
den zu begehen
du das Eisherz nicht hast

wehe
wehe
wenn du schwarz und links
und des Mordes verdächtigt
noch wahrscheinlicher
Schneewehe des Todes

gefrorene Jahrzehnte
leidet Mumia Abu-Jamal
unter Gerechtigkeit auf amerikanisch
wehe Ungewißheit

Jürgen Riedel

Nachträglich zum Achtzigsten des Dichters Peter Hacks Entscheidung für den Kommunismus

Ein Geburtstag war angesagt: Peter Hacks wäre am 21. 3. achtzig Jahre alt geworden. Anlaß zu Nachdenken und Ehrung – wenn auch verspätet, doch nicht minder herzlich gemeint.

Bislang wußte ich nur Vages über sein Wirken und seine Anerkennung, zu wenig für eine Würdigung des Lyrikers, Dramatikers und Sprachkünstlers. Gewiß, ich erlebte die Macht seines Wortes – von der großartigen Karin Gregorek in einem „Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe“ auf die Bühne gebracht. Dieses Stück wurde 1976 in Dresden uraufgeführt und rief an vielen Orten Beifall für Hacks' Kunst hervor. Ich gestehe meine leider so späte Erkenntnis, daß Peter Hacks politischer war, als ich das der erlebten Klassikeraufführung in Berlin entnommen hatte.

„Es gibt Wichtigeres als Kunst – Politik ist allemal das erste“ bekannte er. Dabei vergaß er nie die aktivierende Rolle von Kunst unter entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen: „Eingestandenermaßen ist die Kunst eine Waffe. Eingestandenermaßen ist ein Holzhammer eine Waffe. Nach Aristoteles folgt hieraus nicht, daß die Kunst ein Holzhammer sein müsse. Es folgt eher, daß die Kunst eine um so bessere Waffe sei, je bessere

Kunst sie ist.“ Er sieht das Primat des Politischen, das den Denkwillingen durch weltgeschichtliche Kämpfe aufgezwungen wird. Darum betont Hacks auch die Rolle des Staates; in ihm sieht er die vernunftgemäße Verfaßtheit des Gemeinwesens. So sah er auch die DDR, die er trotz deren Unzulänglichkeiten stets verteidigte und jungen Leuten empfahl. An Ronald M. Schernikau schrieb er 1987:

„Ihre Frage, ob die DDR zum Vaterland zu wählen, ist bis zu einem gewissen Grad beantwortbar. Falls Sie vorhaben, ein großer Dichter zu werden, müssen Sie in die DDR; sie allein stellt Ihnen ... die Fragen des Jahrhunderts. Sollte hingegen Ihr Talent darin liegen, Erfolg zu haben und Menschen zu erfreuen – in dem Fall freilich würde ich mir einen solchen Entschluß noch überlegen.“

Hacks war 1955 aus freien Stücken diesen Schritt in die DDR gegangen und hat sie seither verteidigt – selbst dann noch, als er Auswirkungen fehlgeschlagener Kulturpolitik der SED und des sozialistischen Staates zu spüren bekommen hatte. Walter Ulbricht hielt er für den fähigsten deutschen Staatsmann, den er „ums Verrecken“ gegen keinen anderen eingetauscht haben wollte. Darum verurteilte er die „Abschaffung“ Ulbrichts und bekannte sich zur

Ausweisung Wolf Biermanns aus der DDR. Das brachte ihm Unverständnis manches Schriftstellerkollegen in der DDR und Ablehnung in der damaligen BRD ein. Aber Hacks hatte genug Gründe gefunden, sich für den Kommunismus zu entscheiden, selbst den, damit der Mensch seinen Spaß haben könne.

Ich empfehle zur persönlichen Erschließung Hacks'scher Werke „Verehrter Kollege. Briefe an Schriftsteller“, von Rainer Kirsch ausgewählt und herausgegeben, erschienen 2006 im Eulenspiegel-Verlag. Der Band faßt 256 Briefe von Peter Hacks aus 55 Jahren an 101 Schriftstellerkollegen zusammen.

Ach so, nun habe ich doch Hacks' Widerwillen gegen Orden und Jubiläen mißachtet, denn er schrieb 1981 an Wieland Herzfelde: „Ich habe keinen Sinn für Jubiläen, nicht für meine und nicht für Deine. Aber daß Du Dich so tapfer auf die Höhe der Jahre machst, von der aus einzig man seinen Sieg betrachten kann, freut mich für Dich und uns alle und soll von Herzen gelobt sein.“

Ich vermute, Hacks hätte auch nichts gegen meine Lobpreisung seines Werkes und Lebens gehabt.

Siegfried Birkner

Theoretiker und Praktiker der Kriminalliteratur:

Hasso Mager

Wie der Dresdner Hasso Mager zum Schreiben kam, ist eine eigenartige Geschichte. 1959 saß er an einer Dissertation, mit der er sein Jurastudium krönen wollte. Er brach seine Untersuchungsergebnisse ab, nahm ein neues Blatt und begann, eine Erzählung zu schreiben. Werner Bräunig entdeckte Hasso Magers literarisches Talent, förderte den jungen Autor und wies ihm Wege. Von 1951 bis 1960 war er als Staatsanwalt, Justitiar und Arbeitsrechtler tätig. Mager kehrte der Juristerei den Rücken, stürzte sich in das Abenteuer Literatur und war seit 1962 freischaffend.

Am 15. Mai 1920 wurde er in Chemnitz als Sohn eines kleinen Handwerkers geboren, mußte bald für die Mutter und die zwei

jüngeren Geschwister sorgen. Er schloß eine Lehre als Autoschlosser ab, wurde in die Wehrmacht eingezogen und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Mager war danach in verschiedenen Berufen tätig, ehe er das Jurastudium aufnahm. In seiner frühen Erzählung „Goethe in Gefangenschaft“ (1962) versuchte er darzulegen, wie Literatur in einer zugespitzten Situation wirken kann. Mager stellte in seinem Roman „Freitags zwischen drei und sechs“ (1964) ein kompliziertes Vater-Sohn-Verhältnis während der Nazizeit vor. Vom Juristen profilierte er sich zum Schriftsteller und profitierte auch vom ersten Beruf. Deshalb verwundert es nicht, daß seine spannenden Kriminalromane, wie „Bartuschek ist wieder da“ (1973) und „Mord im Hotel“ (1978) auf beachtlicher juristischer Sachkenntnis beruhen.

Hasso Mager zählt neben Hans Pfeiffer und Günter Ebert zu den Theoretikern der Kriminalliteratur der DDR. Über die Chancen dieses Genres äußerte er sich in dem aufsehenerregenden Essay „Krimi und crimen. Zur Moral der Unmoral“ (1969), der in den einst beliebten Wochenschriften „Weltbühne“ und „Sonntag“ ein öffentliches Streitgespräch auslöste. Mager kritisierte die Enge des Struktur-

schemas Tat-Ermittlung-Aufklärung. Er wies unter anderem nach, daß innerhalb der DDR-Kriminalliteratur Detektiv-, Kriminalroman und Mischformen gleichrangig nebeneinander existierten. Erst 1988 wurde Hasso Mager in dem Buch „Tatbestand, Ansichten zur Kriminalliteratur der DDR, 1947–1986“ (Akademie-Verlag) gewissermaßen recht gegeben. Seine Romane „Personalien oder Das Glück zu zweit“ (1976) und „Gier“ (1983) reflektierten Straffälle. War es im ersten Roman ein Lehrer, der wegen sexuellen Mißbrauchs von Minderjährigen verurteilt wurde, so war in dem zweiten Roman das Tatmotiv Habgier. In „Zwiespalt“ (1987) erzählte Mager die Geschichte eines Richters, den die bewältigt geglaubte Vergangenheit im engen Familienkreis einholte. Renate Drenkow fand in ihrer Rezension hierzu bemerkenswert, „wie der Autor das örtliche Kolorit im Sächsischen eingefangen hat und auch den schönen, einfachen deutschen Satz gekonnt einsetzte“.

Hasso Mager erreichte mit seinen Büchern ein überaus großes Leserpublikum, da sie sich durch soziale Genauigkeit, psychologisches Feingefühl, eine schlichte Sprache, Spannung und Gegenwartsnähe auszeichneten. Er erkrankte 1984 schwer, erlitt ab 1988 drei Herzinfarkte und verstarb am 8. Januar 1995 in Dresden.

Dieter Fechner

Am **2. Juni** wird unsere stets einsatzbereite und der „RotFuchs“-Sache ergebene Genossin

Annelie Herrmann

aus Lichtenau **60 Jahre** alt.

Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Vorsitzenden der Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen, Wolfgang Herrmann, hat sie großen Anteil an der Festigung der Strukturen in dieser wichtigen Region.

Herzlichen Glückwunsch!

Heinz-Florian Oertels Erfahrungsbuch „Gott sei Dank!“ ist Interessierten wärmstens zu empfehlen. Da wird Tacheles geredet. Tatsachen, welche die Herrschenden gerne verschweigen würden, kommen zur Sprache. Begonnen hat der Wahlkampf, von der Wirtschaft wird behauptet, daß sie boome, die Bezüge der Vorstände und Manager sind phantastisch. Auch die Abfindungen bei Versagen. Aber die Preise steigen weiter, und Otto Normalverbraucher schaut unglücklich ins Portemonnaie, wo der so gepriesene Aufschwung eigentlich bleibt.

Die evangelische Bischöfin Maria Jepsen hat das Grundproblem so formuliert: „Das Menschenbild hat sich in diesen Jahren zum Negativen verändert. Wir dürfen nicht dem Geld und der Wirtschaft untertan gemacht werden.“ Und sie fügt hinzu: „Wir wissen, es gibt nicht nur das Problem der Verarmung, sondern auch das der Verreichung.“ Da wird ein Zustand geschildert, der geschichtsträchtig ist und heute in der BRD eine Neuauflage erlebt.

Die Wertvorstellungen haben sich radikal verändert, Geld ist der einzige Gott dieser Gesellschaft, Reichtum wird zur Schau gestellt, Egoismus und Oberflächlichkeit blühen, Politiker lügen um die Wette, Versprechungen sind Schall und Rauch, die Korruption wächst ins Unermeßliche. Und so mancher Vorstandsvorsitzende bezieht locker zehn Millionen Euro im Jahr.

In der Wahlschlacht geht es wieder um Recht und Freiheit. Besonders die Freiheit wird strapaziert. Ihre Apostel sind zu fragen, wessen Freiheit sie eigentlich meinen. Arbeitslosigkeit, Gewinnsucht, astronomischer Reichtum, Abfindungen, Aktien, Chancenungleichheit – das alles sind Freiheiten in diesem Staat, der sich natürlich als demokratisch bezeichnet.

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wurden 1791 in Frankreich eingefordert. Die beiden letzten Werte sind längst aus dem Sprachschatz der Politiker verschwunden. In der heutigen „Wertegesellschaft“ bestimmt die Größe des Geldbeutels alles.

„Ich kann mir das leisten“, „Ich lasse mir keine Vorschriften machen“, „Ich bestimme, wie ich lebe“. So lauten die Maximen. Eine weitere Unsinnigkeit ist der Ruf nach Fachkräften aus aller Herren Länder. „Importe“ dieser Art sind gefragt. Als ob unsere junge Generation nicht dazu in der Lage wäre, bei entsprechender Förderung den Mangel selbst zu beheben. Doch eine mittelalterliche Bildungspolitik steht dem im Wege. PISA läßt grüßen! Es dominiert die föderale Zersplitterung. Keiner der vielen Kultusminister vermag zu beweisen, worin deren Vorteile bestehen. Dieser Staat ist weit davon entfernt, über ein modernes, der Zeit entsprechendes Bildungswesen zu verfügen.

Die Massenmedien leben vom Katastrophenjournalismus, die Fernsehmacher verdienen ihr Geld mit Mordserien ohne Ende. Zuviel Aufklärung kann der Markt nicht vertragen, Käufer müssen gelenkt werden. Und die vielen Video-Killer-Spiele? Bringen sie den Kindern nicht „Spaß“ und Ablenkung? Mit Gewalt ist fast alles zu erreichen! Verbote? Die BRD ist doch

Die aufschlußreiche Sicht der Bischöfin Maria Jepsen Freiheit, die sie meinen ...

kein Zwangsstaat, keine Diktatur! Schon Brecht stellte fest: „Vierzig Jahre unter den Menschen haben mich ständig gelehrt, daß sie der Vernunft nicht zugänglich sind.“

Summa summarum: Wo Betrug, Korruption, Selbstsucht, Arroganz und Deals bei Wirtschaftsverbrechen herrschen, wo das Rückgrat aus Konto, Wertpapieren und Immobilien besteht, ist die Vorstellung von einer moralischen Ordnung der Frei-

heit blanke Illusion. Damit sind wir wieder bei Maria Jepsens Grunderkenntnis. Aber schon vorher war dieses Problem von Brecht lyrisch verarbeitet worden:

*Armer Mann und reicher Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.*

Klaus-Peter Lange, Jena



12 Kurzgeschichten aus der Kindheit des Heinz Tellbach Suhler „RotFuchs“ griff zur Feder

Heinz Tellbach, ein Suhler „RotFuchs“ und gestandener Pädagoge, hat im Selbstverlag ein Bändchen mit 12 Kurzgeschichten herausgebracht. Es handelt sich dabei um Erinnerungen eines Knaben – des Knaben Heinz Tellbach. Ihr Titel: „Pause in Polen“. Die in der dritten Person erzählten kurzen Geschichten spielen in der Zeit zwischen 1945 und 1947. Sie vermitteln uns bewegte Bilder von der Flucht aus Ostpreußen, einem längeren Aufenthalt im unterdessen polnisch gewordenen, aber noch durch Truppen der UdSSR besetzten Pommern und einer weiteren Flucht nach Deutschland, genauer: in die sowjetische Besatzungszone. Die Erlebnisse des Knaben Heinz und seiner drei Geschwister spiegeln die komplizierten Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen zweier Völker unter den harten Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit einfühlsam wider. Erzählt wird vorurteilslos, ehrlich und unsentimental vom täglichen Kampf ums Überleben sowie von den zumeist ernstesten, aber auch heiteren „Abenteuern“, die es dabei

zu überstehen galt. Hervorzuheben ist, daß Konflikte mit der Besatzungsmacht und die überwiegend merkantilen Kontakte zu den polnischen Bürgern unbeschönigt und sachlich dargestellt werden. Der Leser begegnet der Entdeckerlust der Kinder und ihrem Einfallsreichtum, ihrer gegenseitigen Hilfsbereitschaft sowie ihrem solidarischen Handeln im gemeinsam zu bewältigenden Alltag. Er erlebt das tiefe Betroffensein der handelnden Personen und deren indirekte Mahnung zu Völkerfreundschaft und Frieden. Es ist also gut und nützlich, auch in solch subjektiv begrenzten Erzählungen nachdrückliche Erinnerungen an die Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges wachzuhalten und die aufgehäuften Erfahrungen den heute Lebenden weiterzureichen.

Lustige naive Zeichnungen von Elvira Möller und einige dokumentarische Fotos bereichern das Bändchen.

Dr. Bernhard Igel

Heinz Tellbach, *Pause in Polen. Erinnerungen eines Knaben.* Selbstverlag, Suhl 2007, 76 S., 10 Euro

Anlaß der Begegnung war ein bedeutender Jubiläumstag im Henschel-Verlag. Alle Mitarbeiter waren festlich gekleidet, der große Speise- und Versammlungssaal war mit vielen Blumen geschmückt, eine bekannte Band spielte, altmodisch und ohne Verstärker, Künstler vom berühmten BE wurden erwartet, Gisela May, Ekkehard Schall und die Intendantin Helene Weigel höchstpersönlich. Erwartungsvoll und hingerissen lauschte man den Darbietungen der weltberühmten Brecht-Interpreten. Ein bißchen DDR-Stolz war auch dabei. Archie war von Helene Weigels Einfachheit und Bescheidenheit besonders beeindruckt. Gisela May kannte er schon aus seiner Studentenzeit, hatte er doch privaten Schauspielunterricht bei ihr genommen, nachdem er sie in der Universitätsstraße 3b bei den Theater-

hielt aber dann gleich Ausschau nach den Schönen im Saal, wovon es im Verlag viele gab, nicht nur Bücher.

Helene Weigel sagte zu Archie ganz locker: „Sie sind also der, der die schönen Büchel mit den Theaterstückeln macht“, und hielt einen dicken Dramenband in der Hand. Sie stellte sofort viele Fragen nach ganz bestimmten Autoren und unerwünschten Stücken, und warum man eigentlich diesen und jenen Autor nicht drucken würde. Archie suchte zunächst ängstlich mit Blicken den Cheflektor, der mit einem Ehrengast beschäftigt war. Gisela May wurde zum Tanzen aufgefordert, Prof. Helene Weigel rückte ihm mit heiklen Fragen weiter auf die Pelle. Archie ließ allmählich alle diplomatische Vorsicht beiseite und sagte, was er so dachte, redete sich dabei sogar ein wenig

Instinkt. Er konnte also schnell ins BE wechseln, bei 14tägiger Kündigungsfrist. Als die Kaderakte bei der Intendantin ankam, machte sie ihn sofort darauf aufmerksam, daß da etwas drinsteht, was nicht reingehört. Die Akte ging zurück; es mußte rausgenommen werden. Das hatte Archie der Weigel zu verdanken, es wäre sonst immer drin geblieben. Er hatte ihr im Verlauf der leider kurzen Zeit, die ihr noch im BE und im Leben blieb, viel zu verdanken, vor allem die Stärkung seines Selbstbewußtseins.

Es war nicht leicht, sich in so ein Theater wie das BE, einmalig, wie es war, einzugliedern. Die Intendantin half ihm dabei, lachte ihn nicht aus, wenn er Fehler machte, schalt ihn nicht, grenzte ihn nicht aus, wie es andere im Ensemble versuchten. Sie erklärte ihm geduldig die Theater-Welt des BEs. So hatte er einmal bei der Arbeit an einem umfangreichen Programmheft eine wichtige Information vergessen. Es mußte also ein Beizettel eingelegt werden, der Kosten verursachte. Archie schlich um das Intendantenbüro, die Chefin war beschäftigt. Irgendwann rief sie durch die halboffene Tür: „Komm schon rein, ich merk doch, du hast was.“ Nach Archies Beichte sagte sie: „Da mußt du dir was einfallen lassen, damit es so aussieht, als sei das eine besondere Idee.“ Ihm fiel spontan etwas ein, eine Werbung fürs BE, sie klatschte Beifall. Dann wurde sie ernst und sagte: „Weißt du, was mir passiert ist? Als ich übers Wochenende spielfrei hatte, habe ich draußen in Buckow am See das BE doch völlig vergessen.“ Sie sah dabei so ungewollt komisch aus, daß Archie lachen mußte, worauf er von ihr aus dem Zimmer geschoben wurde. Außerdem klingelten die Telefone. Das Donnerwetter war für ihn also ausgeblieben.

Ja, sie versuchte, junge Leute zu fördern, aus dem Ensemble heraus neue Regie-Kollektive zu bilden. Das kam ihm sehr entgegen, weil Archie nicht am Schreibtisch kleben wollte. Gelegentlich hatte er auch Gäste aus dem Ausland im BE heranzuführen, weil sie ihn für polyglott hielt. Als er einmal nicht erreichbar war, geleitete sie selbst eine Gruppe junger russischer Besucher durch das Theater. Bei der Dramaturgie angekommen, öffnete sie die Tür und sagte: „Hier arbeiten unsere Dramaturgen.“ In dem Zimmer lag Archie auf dem Sofa und war vor Übermüdung in der Mittagszeit eingeschlafen. Die letzten Tage vor einer Premiere waren stets anstrengend. Sie hat ihm diesen Vorfall nie übel genommen, ihn aber des öfteren gefrotzelt und ermahnt, im Wiederholungsfall die Tür von innen zuzuschließen. Der Brecht habe das immer gemacht.

Als sie 1971 viel zu früh starb, war das für ihn wie ein Schock, von dem er sich am BE nicht mehr erholte. Archie ging nach drei Jahren zum DEFA-Spielfilm, obwohl er inzwischen einen nicht befristeten Vertrag hatte, kaum kündbar zu DDR-Zeiten. Welcher Luxus für die Jetztzeit! Übrigens hatte ihm die Intendantin auch einiges über Brecht und die Schauspielerei erzählt, was man in Büchern nicht finden kann.

Manfred Hocke

Helene Weigel leitete Brechts Berliner Ensemble

Archie und die Intendantin

wissenschaftlern als Seminarleiterin für Schauspiel schätzen gelernt hatte. Am Theaterinstitut dort in Berlin brachte auch Aspirant Kurt Böwe den Studenten die Theatergeschichte bei, ehe er in einer Aufführung von Ernst Tollers „Der entfesselte Wotan“ für die große Bühnenkarriere entdeckt wurde. Archie, der auch Schauspielambitionen hatte, war mit von der Partie. Gisela May probierte privat mit ihm den Alexej aus der „Optimistischen Tragödie“ von Wsewolod Wischnewski, dem Klassiker der Sowjetdramatik, und danach den „Danton“ von Büchner. Sie sagte damals resigniert: „Ach, Archie, Sie liegen leider auf den schweren Helden, da müssen Sie lange warten, ehe Sie Rollen bekommen.“

Aber Archie drängte es zum Theater. Beim Henschelverlag betreute er u. a. die Reihe „Internationale Dramatik“ als Lektor. Nach den Darbietungen und den Reden nahm ihn Gisela May bei der Hand und plazierte ihn neben die Intendantin, ohne ihn groß zu fragen. Archie war ganz klamm vor lauter Ehrfurcht. Schall gab ihm etwas verfremdet eckig die Hand,

in Rage. Sie blickte ihn nachdenklich an, den Kopf leicht schräg auf die Hand gestützt, berührte nach einer Weile leicht seinen Arm und bemerkte plötzlich: „Ich glaub, ich werd jetzt müde“, und stand auf. Archie erhob sich ebenfalls und sah sie erschrocken an. „Ich bin schon seit der Früh im Theater“, und nach einer Gedankenpause: „Willst nicht zu uns rüberkommen?“ Im Saal war ein ziemlich hoher Geräuschpegel, Lachen, Musik, Qualm. Archie nickte heftig, was immer sie auch gemeint haben mochte, war ganz perplex. Zu Hause sagte er: „Vielleicht war es nur eine Sektlaune von ihr.“ Drei Tage später stellte die Chefsekretärin das Telefon zu ihm durch und meinte leicht verwundert: „Die Intendantin vom BE ist für Sie am Apparat.“ Er hörte die unverwechselbare Stimme, die er von vielen Schallplatten kannte: „Grüß Gott, Archie, haben's heute nachmittag Zeit für eine alte Frau?“ Nach dem Gespräch mit der Intendantin unterschrieb er einen vorgefertigten Mehrjahresvertrag mit großzügiger Gehaltsaufbesserung. Die legendäre Darstellerin der „Mutter Courage“ hatte ihn gefragt, ob er Kinder habe. „Drei, einstweilen“, sagte Archie wahrheitsgemäß. „Oh“, erwiderte sie, „Kinder sind kleine Erwachsene, nur teurer, da müssen wir was drauflegen.“

Als Archie das seinem Chef mitteilte, sagte der spontan: „Das geht doch gar nicht, sie hat ja die Kaderakte noch gar nicht angefordert.“ Bei dieser Intendantin ging das eben. Sie hatte Archie nicht danach gefragt und den Verlag auch nicht. So war das. Die Darstellerin der Pelagea Wlassowa aus „Die Mutter“ hatte sich auf ihre Menschenkenntnis verlassen, auf ihren

Die **RF-Regionalgruppe** **Jena-Weimar-Rudolstadt**

lädt für den **28. Juni um 10 Uhr**
in die Gaststätte „Rasputin“ in
Jena, Karl-Liebknecht-Straße 24,
zu einer Veranstaltung über **China** ein.

Redner ist **Prof. Dr. Eike Kopf**
(Beijing/Erfurt)

Leserbriefe an RotFuchs



An Klaus Steiniger, Redaktion „RotFuchs“ Mit Deinem Artikel „Vaterlandslose Gesellen“ im RF Nr. 123 hast Du einen brandaktuellen, bedeutsamen und zugleich erfreulichen Beitrag zu der Entgleisung so mancher Kommunistinnen und Kommunisten und einiger ihrer Führungskräfte im Verhältnis von Nationalem und Internationalem geschrieben. Dafür bin ich Dir dankbar. Du hast mit Herz, Verstand und marxistisch-leninistischem Wissen einen Standpunkt bezogen, der auch der meine ist: „Entschieden widersetzen wir uns der Preisgabe nationaler Identität. Deshalb kämpfen wir gegen die Auflösung der europäischen Nationen in einem vor allem vom deutschen Imperialismus angerührten Brüsseler Brei. Wir lehnen den nationalen Nihilismus der sogenannten Antideutschen ebenso ab wie das kosmopolitische Geschwätz von einer angeblich notwendigen Absage an Nationen. Dabei bleibt für uns die nationale Frage immer eine Klassenfrage.“

Stets war ich für eine sich wandelnde Gewichtung des Internationalen in unserer strategischen Orientierung offen. Immer war ich auf die Dialektik kommunistischer Politik im Verhältnis von Nationalem und Internationalem bedacht: Als junger Patriot und FDJler in den ersten Nachkriegsjahren, als einer der führenden Kommunisten in der illegalen KPD, als stellvertretender Vorsitzender der DKP und dann als Vorsitzender der Partei. Das ist ein Grund mehr, daß ich durch den Verlust von Einsichten in ein dialektisches Verhältnis von Globalem und Nationalem auch bei uns Kommunisten betroffen bin.

Herbert Mies, Mannheim

Der Artikel „NATO-Estland feiert Henker als ‚Freiheitskämpfer‘ – Die Enkel der ‚Waldbrüder‘“, von Dr. Bernhard Majorow (RF 122) kennzeichnet die heutige Situation in Estland. Das Material hat bei vielen meiner Kollegen, die aus Estland stammen, lebhaften Widerhall und Zustimmung gefunden. Ich würde gerne noch ein paar Tatsachen hinzufügen.

Vor 1939 war der Mehrheit der Bevölkerung Estlands und so manchen Politikern die Notwendigkeit der Entwicklung guter Beziehungen zur UdSSR völlig klar. Davon hing die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung des Landes in vieler Hinsicht ab. Das verstand auch Estlands damaliger Präsident Konstantin Pjats, der 1940 auf einer Kundgebung in Tallinn sein Amt freiwillig niederlegte und so den Weg für die Wiedererrichtung der Sowjetmacht in der Republik freimachte. Pjats hat sich später – schon als er in Sibirien interniert war – nach dem faschistischen Angriff an die Sowjetregierung mit dem Vorschlag gewandt, ihn in Propaganda-Aktivitäten gegen die Aggressoren einzubeziehen. Die sogenannten Freiheitskämpfer, die derzeit in Estland gefeiert werden, sind in Wahrheit Überreste der 20. Estnischen SS-Division, die hauptsächlich im durch die Deutschen okkupierten russischen Gebiet Pskow eingesetzt war, um dort für die „Neue Ordnung“ zu sorgen. Die von den faschistischen Behörden geschaffene „Staffel für Selbstverteidigung“ („Omakeitell“) wütete auf estnischem Gebiet. Ihre Angehörigen nahmen an Massenerschießungen einheimischer Zivilisten, von Juden, Zigeunern und Russen teil, besonders auch von Kriegsgefangenen.

Ende der 90er Jahre wurde in Schweden ein Buch über Estland veröffentlicht. Seine Autoren stellten darin fest, daß die geschilderten Untaten allein von estnischen „Helden“ durchgeführt wurden. Die heute in Tallinn Regierenden haben die Verbreitung dieser Schrift verhindert und verboten.

Witalij Korotkow, Moskau

Bald werde ich 85 Jahre alt, da möchte ich noch etwas loswerden. Irritiert und vergrämt über die Konterrevolution stand ich im Frühjahr 1990 im Stau auf der Stadtautobahn Rostock – Warnemünde. Neben mir stoppte ein Pkw, die Scheibe wurde geöffnet, ein mir gut bekannter Genosse grüßte freundlich und sagte: „Na Hermann, jetzt haben wir wohl eine große Schlacht verloren, aber nicht den Krieg. Er geht weiter und wird uns oder unseren Enkeln eines Tages doch den Sieg bringen.“

Das gab mir Kraft. Schon in meinem Elternhaus wurde ich bewußt zum Antifaschisten und Kommunisten erzogen. Auch die Verfolgung durch die Faschisten prägte meine Entwicklung. Nach den Ereignissen 1989/90 suchte ich nach einer neuen politischen Heimat unter den veränderten Bedingungen, leider ohne richtigen Erfolg. Doch dann bekam ich den „RotFuchs“ in die Hand, dessen Leser ich seitdem bin. Ich gehöre auch dem Förderverein an. Die niveaувollen Veranstaltungen unserer Regionalgruppe Rostock geben mir eine politische Heimat.

Als Zeichen meiner Verbundenheit mit dem „RotFuchs“ und als Dank übersende ich Dir, lieber Genosse Klaus Steiniger, ein Abzeichen der deutschen Spanienkämpfer. Mein Vater, ehemaliger Offizier der Internationalen Brigaden, hat es mit Stolz getragen. Dieses Abzeichen soll Euch ermutigen, weiterhin für eine gerechte sozialistische Welt zu kämpfen.

Dr. Hermann Schuldt, Rostock

Mit großem Interesse habe ich in der April-Ausgabe des RF den Beitrag von Torsten Preußing über das Zustandekommen des Deutschlandsenderprogramms „Dem Frieden die Freiheit“ gelesen. Das um so mehr, da ich selbst in der damaligen BRD 22 ½ Monate politisch inhaftiert war.

Diese Sendung löste stets neue Wellen der Solidarität mit uns bei der DDR-Bevölkerung aus. Wir haben das nie vergessen. Und da Solidarität für uns keine Einbahnstraße ist, war es selbstverständlich, daß wir von Beginn an Solidarität mit jenen DDR-Bürgerinnen und Bürgern übten, die nach der Vereinnahmung ihres Staates durch den westdeutschen Kapitalismus widerrechtlich von der BRD-Justiz verfolgt wurden.

In nachwirkender Erinnerung an die erwähnte Sendung haben wir in Zusammenarbeit mit der Kulturvereinigung Leverkusen eine Doppel-CD „Politisch Verfolgte rehabilitieren – übt Solidarität!“ herausgebracht. Sie ist gegen eine Spende von 7,50 Euro bei mir unter der Anschrift: Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, zu beziehen.

Karl Stiffel, Essen

Sprecher der Initiativgruppe für die Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges

Liebe Berliner „RotFuchse“, wenn Ihr jetzt im Bus oder in Eurem Auto auf der Heimfahrt von unserer Festveranstaltung seid, denkt Ihr bestimmt an einen erlebnisreichen, schönen Tag in Karl-Marx-Stadt zurück. Wir haben ein gelungenes Programm mit einem eindrucksvollen Grußwort, einem sehr guten und wissenschaftlich fundierten Vortrag sowie große Kunst erlebt!

Ich bin nun schon zu Hause. Als ich vor einigen Minuten meinen Briefkasten leerte, fand ich zu meiner Freude auch den neuen „RotFuchs“ vor. Da setze ich mich jetzt auf den Balkon, trinke eine Tasse Kaffee und lese mit Vergnügen unsere Zeitschrift. Also, ich bin dann mal fort, in Mühlefeldts Garten!

Albrecht Geißler, Chemnitz

In den letzten Tagen hatte ich das große Glück, vom Bundesschatzmeister der CDU einen persönlichen Brief zu erhalten. Ich wurde darin gebeten, mit einer Spende den Kampf der CDU gegen links zu unterstützen. Offensichtlich sind die schwarzen Kassen der Kohl-Ära leer, nun wird der Bürger angepumpt. Als gewissenhafter Mensch habe ich die Post des Herrn Eckart von Klaeden selbstverständlich beantwortet. Mein Text: „Ich bedanke mich für Ihren Brief. Sie werden sicherlich verstehen, daß ich als Benachteiligter der deutschen Ein-

heit (MfS-Offizier a. D.) Ihrer Bitte nach einer Spende nicht folgen kann.“

Wilfried Steinfath (E-Mail)

Früher, zu DDR-Zeiten, pflegte man zu fragen: Wem nützt und wem schadet es? Man konnte auch die Formulierung hören: Stell zuerst mal die Klassenfrage!

Wagt man es heute, wird man sofort zurückgepfiffen: Der Marxismus-Leninismus habe ausgedient! Die das sagen, fühlen sich fast wie „Sieger der Geschichte“, die wir einst sein wollten.

Wenige Monate vor Beginn der Olympischen Spiele in China wurden plötzlich Stimmen des Protests von „Tibetern“ laut, die eine Unabhängigkeit vom Mutterland fordern. Journalisten legen mit „bewundernswerter Zähigkeit“ Sportlern und Sportfunktionären Fragen vor, die fast an Nötigung grenzen, um von ihnen genehme Antworten zum Boykott der Spiele zu erhalten. Selbst das ND, das sich sehr wahrscheinlich in bezug auf China und Kuba dem Zeitgeist anpassen möchte, läßt Töne anklingen, die ich als politisch interessierter Leser manchmal nicht begreifen kann. Meine volle Unterstützung (bei aller notwendigen Kritik) gehört gegenwärtig China und Kuba, die die Interessen der friedliebenden Menschen Asiens und Lateinamerikas, aber auch in aller Welt vertreten.

H. Jürgen Grebin, Rostock

Zum Beitrag von Heiko Kreßin aus der Basisorganisation der Linkspartei in Friedrichroda möchte ich folgendes bemerken: Als Mitbegründer der „Linken“ im tiefsten Bayern habe ich schon seit langem den Eindruck, daß es in unserer Partei Kräfte gibt, die alles andere als einen neuen Sozialismus wollen. Ich sehe mit Sorge, daß zunehmend Leute in Erscheinung treten, die nur in „Die Linke“ eingetreten sind, um politisch Karriere zu machen. Die Befriedigung des eigenen Ego scheint an erster Stelle zu stehen. Daneben gibt es Neuzugänge aus allen möglichen Richtungen, besonders aber von den Grünen. Zumindest ist das bei uns in Bayern so. Das wäre nicht problematisch, wenn es nicht zu einer Zersplitterung im öffentlichen Denken und Handeln führen würde. Diese Linkspartei scheint mir immer mehr einem Tiger zu ähneln, dem die Reißzähne gezogen worden sind, damit er handzahm bleibt und niemanden ernsthaft verletzt!

Das permanente Geschwafel vom „demokratischen Sozialismus“, die fragwürdigen Äußerungen Petra Paus, die glaubt, sich dafür entschuldigen zu müssen, daß sie früher mal SED-Mitglied und Kader der FDJ war – das alles erweckt in mir den Eindruck, daß hier irgendwann ein Sozialismus mit Schonwaschung erreicht werden soll.

Hans-Peter Ackermann,

Basisorganisation Oberviechtach

Mit großem Interesse habe ich den Brief der PDL-Basisgruppe aus Friedrichroda im RF 124 gelesen. Den Thüringer Genossen gehört meine Hochachtung für ihre gesunde Einstellung zur Solidarität mit Christel Wegner. Es bleibt nur zu hoffen, daß noch mehr Mitglieder der PDL ihre Meinung öffentlich machen und von ihrer Führung entsprechende Standpunkte einfordern. Davon wird mit abhängen, wie sich „Die Linke“ weiterentwickelt. Ob sie eine wirklich linke Partei, die auch Arbeiterinteressen vertritt, wie das die Genossen der Basis immer wieder fordern, sein wird, oder ob ihren Kurs Antikommunisten wie Gysi und Brie bestimmen.

Rainer Albert, Zwickau

Bei strahlendem Sonnenschein über Gotha die herzlichsten Grüße aus Thüringen. Wir feiern gerade unser Gothardusfest anläßlich der ersten überlieferten Namensnennung unserer Stadt.

Habe den Mai-RF dankend erhalten und bin mir gewiß, es wird ein herrlicher Tag mit Euch. Mit meiner Lebenspartnerin bin ich Mitglied der Bürgerinitiative der Stadt Gotha und der Landkreisgemeinden. Vor 14 Tagen waren wir zur gut besuchten Demo vor dem Landtag

in Erfurt. Unser Protest richtete sich gegen überhöhte und ungerechte Beiträge für Energie, Wasser/Abwasser und Straßenausbau. Nur der Abgeordnete Frank Kuschel (Die Linke) nutzte das Podium für einen kämpferischen Beitrag. Einer der Höhepunkte war der Auftritt des seine „Thesen“ anschlagnenden Pfarrers Hartmann aus Sonneborn – ein Martin Luther, wie man ihn sich vorstellt. Seine klaren und starken Worte aus der Bibel und dem Kommunistischen Manifest, gerichtet an die Abgeordneten und den demagogischen Ministerpräsidenten Althaus, fanden lebhaften Beifall. Ob Pfarrer Hartmann etwa ein konspiratives Mitglied der DKP oder gar ein noch aktiver Mitarbeiter des MfS ist, der von der Konterrevolution nichts mitbekommen hat und von dem unsere Chefinquisitorin Birthler noch nichts weiß? Er ist auf alle Fälle ein kluger Mann.

Jürgen Siegel, Gotha

Die antikomunistische Kampagne der bürgerlichen Medien gegen Christel Wegner liegt noch nicht lange zurück. Sie wurde und wird von manchen Linken aufgenommen und fortgesetzt. Bitter ist die Erfahrung, wie anfällig einige Linke (nicht im engeren Sinne) gegenüber imperialistischen Meinungsmanipulationen sind: Es genügt, daß sie bestimmte Reizworte wie „Stasi“ und „Mauer“ in den Raum stellen, und schon wird eine Reflexwelle „demokratischer“ und „antistalinistischer“ Emotionen ausgelöst. Die Kampagne gegen die DKP und Christel Wegner hat aber nicht nur Zuspruch gefunden. Sie machte auch viele Leute nachdenklich und stärkte die Solidarität mit ihr. Christel gebührt die Sympathie aller Linken, einschließlich derer in der Partei dieses Namens, und zwar nicht nur, weil sie Klassenpositionen bezogen hat und dadurch zur Zielscheibe einer antikomunistischen Hetzjagd geworden ist, sondern auch, weil sie im Unterschied zu zahlreichen Angepaßten in der gegnerischen Umzingelung nicht weich geworden ist.

Ghassem Niknafs, Hamburg

Vor 50 Jahren, im April 1958, kehrte das 10 000-Tonnen-Frachtschiff der DDR-Handelsflotte MS „Freundschaft“ nach einer sensationellen 100-Tage-Ostasienreise aus den Häfen Shanghai, Tsingtao und Tientsin der VR China zum Ausgangspunkt Wismar zurück. Damit war der Schiffsdienst zwischen der DDR und der VR China eröffnet. Schiff und Besatzung wurden sowohl in den chinesischen Hafenstädten als auch in Wismar von Teilen der Bevölkerung überaus herzlich begrüßt und empfangen. Im gegenseitigen Warenaustausch lieferten wir Kunstdünger und Maschinen nach China und bezogen von dort Baumwolle, Seide, Konfektionsartikel, Felle, Tee, Tabak, Nüsse, verschiedene Erze und andere wertvolle Handelsgüter, die wir transportierten.

Die freundschaftlichen Begegnungen der Schiffsbesatzung mit Bürgern der Volksrepublik werden wohl allen Beteiligten dieser erfolgreichen Reise unvergeßlich bleiben. Möge der Geist der Völkerfreundschaft, den wir auch mit unserem Schiffsnamen symbolhaft verbreiten wollten, gerade in der heutigen Zeit Anliegen aller zwischenstaatlichen Beziehungen sein! Ich bin davon überzeugt, daß die zahlreichen Völkerschaften der VR China gute Gastgeber der Olympischen Sommerspiele sein werden.

Heinz Born, Rostock

Es vergeht z. Z. kein Tag, an dem nicht eine neue Meldung über die Medien geht, die sich mit „Protesten“ gegen die Führung in Peking richtet, ob ihrer Haltung zu Tibet, dem autonomen Gebiet der Volksrepublik China. Wie scheinheilig muten die Versicherungen von Politikern einiger Länder an, durch die die olympische Flamme getragen wurde, daß sie trotz größten Polizeiaufgebots die „Proteste“ nicht in den Griff hätten bekommen können. Lächerlich, daß das olympische Feuer und die Fackelträger nicht entsprechend geschützt zu werden vermochten. Ganz anders sah es doch beim vorjährigen G8-Gipfel in Heiligendamm

aus. Da wurden unerwünschte Demonstrationen mit aller staatlichen Gewalt verhindert. Warum geschah das nicht auch zum Schutz der olympischen Flamme? Offensichtlich ist den Gegnern Chinas alles recht, um dieses Land zu diskreditieren und zu verleumdern.

Thea Kleine, Berlin

Sehr originell finde ich die Aktionen zur Störung des olympischen Fackellaufes. Schönes Futter für die Medien, schönes Gefühl für die „Gutmenschen“ in den Fernsehsesseln, die nach der zweiten Chiptüte in den Familienrat hineinrülpsen: „Also, für Tibet bin ich auch.“ Bei der Olympiade werden die Einschaltquoten hoch sein wie noch nie, denn es dürfte auch genügend Zuschauer geben, die auf einen Skandal oder ein Attentat warten. So steigen die Werbeeinnahmen. Tibet ist ein riesiges Geschäft geworden. Wem es nichts nützt, das sind vor allem die Tibeter. Also lauf, Fackel, lauf – 13700 Kilometer durch China. Wenigstens dort bist du ungestört und kannst tatsächlich zum Symbol für Frieden, Freiheit und Freundschaft werden.

Karsten Rößler, Gera

Nach der Lektüre des Leitartikels „Mühlefeldts Garten“ bitte ich, mich in den „RotFuchs“-Förderverein aufzunehmen. Ich lese gar mancherlei, doch nur der „RotFuchs“ erwärmt mein Herz.

Hans-Joachim Eichler, Pfaffenhofen

Im ND vom 5./6. April veröffentlichte Stefan Bollinger einen Artikel über das Aktionsprogramm der KPC von 1968. Er hatte dort bereits im Juni 2007 einen Aufsatz unter der Überschrift „Verbote eines kurzen Frühlings“ publiziert. Nun hat sich Bollinger erneut zu den damaligen Vorgängen in der CSSR geäußert, so naiv oder angepaßt wie zuvor.

Einigen führenden Personen des „Prager Frühlings“ ging es nicht um einen besseren Sozialismus, wie das z. B. die 68er Studenten annahmen. Der von B. als „Reformwegbereiter“ bezeichnete Ota Šik offenbarte bereits am 5. November 1990 in der Zeitung „Die Welt“: „Wir, der Kern der ökonomischen Reformer, versuchten in Prag damals eben nicht, den Kommunismus zu reformieren. Unser eigentliches Ziel war es, ihn abzuschaffen und ein neues System aufzubauen. ...“

Überdies ist bekannt, daß ein anderer Expone dieser Kräfte, der frühere Präsident Vaclav Havel, durch Präsident Bush für „seinen Kampf gegen das kommunistische Regime“ mit der höchsten zivilen Auszeichnung der USA, der Freiheitsmedaille, dekoriert worden ist.

Prof. Dr. Klaus Rohrbeg, Crinitzberg

Der NATO-Ring um Rußland wird immer enger. Nach Polen, Tschechien und Rumänien steht der Beitritt der Ukraine und Georgiens nach wie vor zur Debatte. Besonders Bush setzt sich geradezu vehement dafür ein. Noch gibt es keinen Fahrplan, aber er ist beiden Staaten fest zugesichert worden. Bereits im Dezember wollen die NATO-Außenminister darüber beraten. Man fragt sich, was dieses gefährliche Unterfangen soll und was dahintersteckt. Neben der Verfolgung weltstrategischer Ziele können „nur“ ökonomische Gründe dafür maßgeblich sein, Washington und die NATO zu einer solchen Frontstellung gegen Rußland zu bewegen. Haben nicht schon früher Imperialisten vom Besitz russischer Rohstoffe geträumt? Josef Goebbels zum Beispiel, der als Propagandaminister Hitlers im Jahre 1941 ungeschminkt erklärte: „Wir wollen uns endlich einmal an den Futternapf der Welt setzen. Bisher haben wir nur um blasse Ideale gekämpft, diesmal geht es um wichtigere Dinge: um Kohle, Eisen, Öl und Weizen.“ Der Leser Heinz Weiß (RF 123) hat völlig recht, wenn er an diese geschichtlichen Erfahrungen erinnert.

Dr. Rudolf Dix, Zeuthen

Käthe Seelig: Donnerwetter, 92 Jahre und „seelig“, wie ich sie kenne! Ich habe (leider nur zwei) Vorlesungen von ihr an der Theaterhochschule

„Hans Otto“ in Leipzig erlebt. Es ist ein Glückstag, zu lesen, daß diese Frau ihren Idealen und Werten und damit uns, die wir bei ihr lernen durften, verbunden geblieben ist, streitbar und ehrlich.

Hochverehrte Käthe Seelig, danke für die Vorlesung: Ich stehe zu meinen Worten. Bleiben sie wach, unbeeindruckbar und herzlich!

Christina Gehse (E-Mail)

Zum Ende seines Beitrags „Ein Muttermal der alten Gesellschaft“ (RF 121) schreibt Prof. Matho: „Es geht um eine neue Welt, für die es zu kämpfen lohnt. Aber dazu wissen wir noch viel zu wenig, dafür reichen die bereits gewonnenen positiven Erfahrungen im bisherigen Sozialismus bei weitem nicht aus. Dazu ist eine tiefgründige, allseitige und zugleich tabulose Forschungsarbeit über die Zukunft der menschlichen Gesellschaft erforderlich.“

In den „Mitteilungen“ der Kommunistischen Plattform der Partei „Die Linke“ (9/2007) wurde die „Ausarbeitung eines Sozialismusbildes“ angedacht. Hier machten die Genossen schon wieder den zweiten Schritt vor dem ersten. Ein solches Herangehen hat nach meiner Auffassung nichts mit der von Prof. Matho geforderten Forschungsarbeit zu tun.

In der DDR und den anderen einstigen RGW-Ländern gab es in den leitenden Parteiorganen nicht wenig Leute, die bereits „genau wußten“, wie der Sozialismus konkret ausgestaltet sein müsse. Das wurde dann oft zum Dogma. Weder bei Marx und Engels noch bei Lenin kann man irgendwo lesen, wie Sozialismus und Kommunismus in der Realität aussehen werden

Dr. Manfred Graichen, Berlin

Am interessantesten ist der RF für mich immer dann, wenn sich Basisfunktionäre zu Wort melden. Ich beziehe mich konkret auf den Beitrag des Genossen Wendisch in der April-Ausgabe. Zuerst einmal stimme ich ihm voll und ganz zu, dann jedoch kommt ein „Aber“. Hat Genosse Wendisch 19 Jahre gebraucht, um zu diesen Erkenntnissen zu gelangen? Wieviel von dem, was er heute darlegt, wußte er bereits in den 80er Jahren? Von den Befehlsempfängern bei Mittags Leipziger Seminaren habe ich schon zu DDR-Zeiten erfahren. Es soll ja sogar zur Ablösung von Wirtschaftsfunktionären gekommen sein, wenn sie es wagten, seinen irrealen Forderungen zu widersprechen. Unerfreulich waren auch die geschönten Berichte aus den Grundeinheiten der Partei, aus Betrieben und Einrichtungen. Wer wie ich lange Jahre Sekretär einer kleinen Parteiorganisation war, weiß, was gemeint ist. Die von der Parteiführung verhängte Zensur erstreckte jede Kritik und führte letztlich dazu, daß sie selbst die Lage völlig falsch einschätzte.

Günter Glante, Gera

Ich bin nicht als Sozialist und schon gar nicht als Kommunist geboren. Aber durch die Erziehung meiner Mutter, später durch meinen Stiefvater, der sich aus rassistischen Gründen in einem faschistischen Straflager befand, bin ich einer geworden. Doch darüber wollte ich eigentlich gar nicht berichten. Heute weiß ich, daß die Grundorientierung unseres Handelns stimmte, auch wenn nicht alles richtig war, was von uns getan wurde. Wir haben zu vieles kommentarlos hingenommen, obwohl wir oft nach den Beratungen ganz anderer Meinung waren. Das trifft auch auf mich zu, der ich bis zum Ende der DDR als 1. Sekretär einer Kreisleitung der Partei tätig war. Damals gab es SED-Mitglieder, die vor Ehrfurcht „unter meiner Tür hindurch“ zu den Gesprächen „krochen“. Heute kennen mich solche „Genossen“ natürlich nicht mehr.

Nach der Zerschlagung der SED war ich noch kurze Zeit Mitglied der PDS, aber niemand interessierte sich für meine Meinung. Es ist sicher kein Zufall, daß sich nicht einer der Spitzenpolitiker der PDS bzw. der „Linken“ jemals als Kommunist bezeichnet hat. Was mich betrifft, so steht mir Sicherheit fest, daß ich als solcher lebe und als solcher sterben werde.

Robert Böttger, Greiz

Selten hat mich eine Lektüre so interessiert wie der Mai-„RotFuchs“. Ich verschlang gleich fast das ganze Heft. Es freut mich immer riesig, daß es noch viele Leute gibt, die so denken wie ich, besser, die weiterdenken als man selbst. Im täglichen Umfeld gilt man bei Diskussionen oft als Unverbesserlicher, Ewiggestriger oder „rote Socke“, weil man Argumente anführt, welche nicht dem gängigen Muster der Medien entsprechen. Oft merkt man aber auch, daß einem nötiges Grundwissen einfach fehlt. Hätte man doch in Staatsbürgerkunde besser aufgepaßt! Also: Großes Lob an Euch.

Bernd Nantke (E-Mail)

Ich gehöre zu jener Minderheit der Ostdeutschen, welche in einer weiteren staatlichen Eigenständigkeit nur Vorteile sah und am 18. März 1990 folgerichtig für die SED-PDS gestimmt hat. Mir war als Angehörigem der sozialistischen Intelligenz von vornherein klar, welche massive und brutale Verdrängung aus der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft es geben würde.

Für sehr zutreffend halte ich den Satz im RF: „Nach der konterrevolutionären Zerschlagung der DDR ist der Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Nation im Osten jäh abgebrochen worden.“

Dr. Bernd Kolkwitz (E-Mail)

Ich gehöre dem Förderverein von Helle Panke an und erhalte regelmäßig das Journal der RL-Stiftung „ROSALUX“. Als ehemaliges SED-Mitglied fühle ich mich verpflichtet, nach meinen Möglichkeiten zur Aufarbeitung der Parteigeschichte beizutragen. Schon lange habe ich in einer „sozialistischen“ Publikation nicht mehr so viel Gehässigkeit und Bosheit über das Leben in der DDR gelesen wie in Jörn Schürumpfs Beitrag über das Jahr 1968. Fast scheint mir, daß ich fern aller Realität gelebt habe. Von diesem Herrn kann man erfahren: „Im Hort des DDR-Stalinismus, in Leipzig, wurde zum Sturm auf die Jugend geblasen. 1968 trafen sich die flügge gewordenen Kinder des SED-Adels in der ... Mokka-Milch-Eisbar ... und landeten in MfS-Kellern.“ In dieser Preislage ist der ganze Text.

Die DDR war meine Heimat – meine ganze Kraft galt über viele Jahre der Arbeit mit jungen Menschen. Offensichtlich habe ich unerhörtes Glück gehabt, nicht solche begleitet zu haben, die sich selbst vergewaltigen mußten, um in diesem Land zu leben.

Nein, zu diesem erlesenen Kreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung möchte ich nicht gehören. Für einen solchen Beitrag aus dem Hause Dietz – Schürumpf ist ja sein Leiter – kann man sich nur schämen.

Erika Tiepohl, Berlin

Jeden Monat beglücken uns die Medien mit den neuesten Arbeitslosenstatistiken. Immer sind die Zahlen rückläufig, stets bekommen mehr Menschen unter der Regierung Merkel einen Job. Die Prognosen strahlen Zufriedenheit aus, es gehe nun endlich aufwärts, wird behauptet. Schon visiert man eine Arbeitslosenziffer unter drei Millionen an.

Überall positive Trends? Mir gehen viele Fragen durch den Kopf. Wieweit ist diese Statistik falsifiziert? Verhält es sich tatsächlich so, wie man es uns weismachen will? Warum liest man dann tagtäglich in den bürgerlichen Journalen, daß hier und dort Arbeitskräfte in drei-, vier- oder gar fünfstelliger Höhe abgebaut werden, ob bei Siemens, Nokia oder der mächtigen Telekom? Es werden so viele um ihre Arbeitsstellen gebracht und finden sich dann im Job-Center wieder. Und trotzdem sinken angeblich die Arbeitslosenzahlen.

Burkhard Kammhoff, Templin

1995, die Konterrevolution hatte bereits stattgefunden, und im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg waren gerade die „Sieg-Heil“-Rufe der Neonazis verklungen, da summt meine damals achtjährige Enkelin plötzlich die Melodie des Deutschlandliedes. Gleich darauf sang

sie auch den Text. Auf meine Frage, woher sie das kenne, antwortete sie, es handle sich um eine Hausaufgabe. Die Schüler der damals 3. Klasse mußten die Hymne im Musikunterricht vorsingen. Das werde zensiert. Ich erklärte ihr, weshalb ich dieses Lied nicht hören wolle und was es damit auf sich habe. Egal, erwiderte sie. Wenn sie Text und Melodie nicht beherrsche, bekäme sie eine Fünf. Ihre Eltern und ich würden sich darüber freuen, sagte ich daraufhin.

Für die nächste Musikstunde übten wir die „Kleine weiße Friedenstaube“. Maria kam mit einer Sechs statt einer Fünf nach Hause und fragte, ob wir auch darüber froh seien. Einige Jahre später wurde sie von der Schule in Knabes „Gruselkabinett“ geführt, und es war weitaus schwieriger, ihr klarzumachen, was dort abließ. Jetzt war sie kein kleines Kind mehr, und ihr Vertrauen zu dem begleitenden Lehrer, der den dortigen Schilderungen offenbar nicht widersprach, war groß.

Monika Kauf, Berlin

Mit großem Interesse und sehr gründlich las ich die März-Ausgabe des RF. Viele Beiträge, besonders jene, die sich mit historischen Problemen befanden, fanden meine Zustimmung. So auch das „schmerzhaftes Gespräch mit Hermann Kant“, den man als eine DDR-Ikone bezeichnen kann. Seine wesentlichen Werke fand ich toll und finde es gut, daß er sich nicht zu einem „Wendehals“ umfunktionieren ließ. Manche jedoch halten sich wie Schabowski für oberklug und wußten immer schon Bescheid, wo es langgeht. Seine „Analysen“ strotzen vor Eitelkeit, Selbstüberschätzungen, Lügen und anderen Boshaftigkeiten.

Die Leserbrief-Rubrik ist eine gute Informationsquelle und zeigt, wie kritisch und intensiv die Artikel zur Kenntnis genommen werden.

Dr. Helmut Feist (E-Mail)

Eberhard Fensch hat mit seinem Artikel „K.O.-Prinzip als Maxime“ den Nagel auf den Kopf getroffen, indem er die kapitalistische Wettbewerbsfäule als gnadenlosen Konkurrenzkampf entlarvte. Überträgt man seine Darlegungen auf das Gesundheitswesen, dann steht fest: Es ist menschenverachtend, ausgerechnet in diesem Bereich jetzt „mehr Wettbewerb“ einzufordern. Eine Unzahl von Krankenkassen soll ihn forcieren. Auf der Strecke bleibt dabei die Gesundheit von Millionen Menschen. Überarbeitete Klinikärzte und die Schließung zahlreicher Praxen sind das Ergebnis. Der Masse der Patienten werden immer neue Lasten aufgebürdet. Mehr Zynismus und Inkompetenz kann man von den Initiatoren dieser Art des „Wettbewerbs“ wohl kaum erwarten.

Klaus Schmidt, Zwickau

In einer Fernsehsendung („Fakt ist ...!“) war unlängst jener Mann zu erleben, der es als Pfarrer, als Landrat und als sächsischer Innenminister zu nichts Vernünftigem gebracht hat. Doch als Verleumder der DDR führt er das Feld an. Die Rede ist von dem berüchtigten Herrn Eggert. Er behauptete allen Ernstes, in der DDR seien alten Leuten dringend notwendige Herzoperationen verwehrt worden.

Da ich selbst 15 Jahre lang als Stadtbezirksabgeordneter in Dresden immer unangemeldet Sozialerichtungen besuchte, wobei ich natürlich qualitative Unterschiede feststellte, mehrmals selbst Krankenhausaufenthalte durchzustehen hatte und auch in heutigen Einrichtungen dieser Art Vergleiche anstellen konnte, vermag ich mit gutem Gewissen zu erklären, daß Eggert nicht nur übertrieben, sondern auch gelogen hat.

Horst Zimmermann, Cottbus

Dank dem „RotFuchs“ für die Veröffentlichung des Artikels von Dr. Dieter Hillebrenner. Eine so treffliche, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD widerspiegelnde Analyse, die zugleich die Zwänge und die ideologische Verfaßtheit vieler Menschen real darstellt, ist eine echte Bereicherung für die marxistische Einschätzung der Gegenwart. Bleiben die Fragen: Wie wollen Sozialisten, Kommunisten, Sympathisierende

den Kampf gegen Macht und Manipulierung erfolgreich gestalten? Wie muß der Widerstand gegen ökonomische Erpressung organisiert werden? Wie kann man bei nahezu gleichgeschalteten Medien die Hirne und Herzen der Menschen dennoch erreichen?

Egon Bethge, Berlin

Der Film „Das Leben der anderen“ gehört wohl zu den übelsten Anti-DDR-Machwerken. Das verwundert nicht, wenn man weiß, wer der Produzent dieses Propagandastreifens ist und aus welchem „Stall“ er kommt. Herr Henckel von Donnersmarck entstammt nämlich der „Elite“ des adligen und kapitalistischen Deutschland. Dafür will ich nur zwei Vertreter seines Clans nennen: Fürst Guido Henckel von Donnersmarck war um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nach Kaiser Wilhelm II. der reichste Mann in Preußen. Er nannte sich freier Standesherr und Erboberlandmundschenck im Herzogtum Schlesien, besaß neben montanindustriellen Unternehmen im Jahre 1908 auch 27000 ha Land und ein Vermögen von 177 Millionen Mark.

Ein zweites Exemplar dieser „honorigen Familie“ war Fürst Guidotto Henckel von Donnersmarck. Wie der Historiker Stephan Malinowski von der FU Berlin nachwies, zählte er nicht nur zum Geldadel, sondern auch zu den aktiven Förderern der Nazi-Partei. Er stellte sein Haus am bayerischen Tegernsee prominenten Faschistenführern als Treffpunkt zur Verfügung.

Günter Freyer, Berlin

In seinem Artikel „Verschwindet die Arbeiterklasse?“ (RF 123) schreibt Götz Dieckmann: „... Die Schritte der Konterrevolution waren folgerichtig: ... Entwaffnung der Arbeiterklasse, ... Liquidierung der Betriebsparteiorganisationen ...“ Meines Erachtens müßten diese Ereignisse gründlicher analysiert werden. War die Arbeiterklasse überhaupt zu einem bewaffneten Einsatz bereit bzw. hätte man die Konterrevolution durch Waffen noch stoppen können, und wie wäre es danach weitergegangen? Welchen Widerstand haben z. B. die Betriebsparteiorganisationen der Konterrevolution entgegengesetzt? Und: Welche Rolle hätten diese im Falle ihrer Nichtauflösung während und nach der Deindustrialisierung Ostdeutschlands noch spielen können?

Hans Schneider, Erfurt

Es ist eine hochinteressante Frage, die Götz Dieckmann im April-„RotFuchs“ aufgeworfen hat. Ich meine, die Arbeiterklasse verschwindet nicht, wie auch alle weiteren heute existierenden Klassen in historisch unabsehbarer Zeit weiter bestehen werden. Denn Lenins Klassendefinition aus dem Jahre 1919 („Die große Initiative“) ist richtig und gilt deshalb nach wie vor.

Die Arbeiterklasse wächst sogar national und international unter den Bedingungen des global expandierenden Kapitalismus sowie der immer stärker werdenden Automatisierung und Digitalisierung der industriellen Großproduktion z. T. sprunghaft an. Dieser Prozeß geht mit einer deutlichen Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals einher. So werden bei einem zunehmenden Aufwand für die elektronische Steuerung des Produktionsprozesses größere Anteile der lebendigen Arbeit freigesetzt. Das wiederum bedeutet, daß ein ständig zunehmender Anteil von Menschen auf den Arbeitsmarkt gelangt, der nichts als seine Arbeitskraft besitzt, ohne diese aber einsetzen zu können. Die Arbeiterklasse wächst also quantitativ. (Ist das aber noch das Proletariat im Marxschen Sinne?)

Wächst die Arbeiterklasse auch qualitativ? Wachsen ihre Bewußtheit und Organisiertheit? Wie steht es um die marxistischen Führungskräfte, die revolutionären Parteien?

Geschick und Bewußt wird der kapitalistische Extra-Profit zur Niederhaltung, Zersplitterung und Korruption mit sichtbarem Erfolg eingesetzt. Wie man sieht, „zerbröckelt ... die Basis der Macht der Bourgeoisie“ (Götz Dieckmann) also nicht von allein.

Hans-Dietrich Grundmann, Eberswalde



Wenn Jesus das wüßte!

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Berlin** lädt für den **13. Juni, 16.30 Uhr**, zu einer Veranstaltung mit **Botschaftsrat José Alberto Nogales Vera** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, herzlich ein.

Der Diplomat der Botschaft der Republik Bolivien in der BRD spricht über aktuelle Entwicklungen in seinem Land.

Am **14. Juni um 10 Uhr** sind **Egon Krenz** und **Siegfried Lorenz** bei der **RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** und mit ihr befreundeten Organisationen und Vereinen zu Gast. Im Chemnitzer Kleinkunsttheater FATA MORGANA, Carolastraße 7, behandeln sie das Thema

Was bleibt von der DDR
IM-Debatte,
Kindergärten
und Ostalgie

Am **21. Juni um 10 Uhr** führt der bekannte Schweriner Maler und Grafiker **Karlheinz Effenberger** im Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstraße 12, durch

**„Effis“
Werkausstellung**

die vom 19. Juni bis 10. August stattfindet. Eine anschließende kleine Gesprächsrunde mit dem Künstler ist geplant.
Stuhlgeld: 2 Euro

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“ und
akustische Ausgabe**
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74